



MONATLICHER PRESSESPIEGEL

MÄRZ 2021

Inhalt:

- Staat und Politik
- Wirtschaft
- Finanzen
- Transport und Logistik
- Wissenschaft, Bildung und Kultur
- Tourismus und Gastronomie
- Verschiedenes
- Zahlen und Fakten

Folgen Sie uns auf [Twitter](#) und [Facebook](#)

Botschaft von Luxemburg
Presseabteilung
Klingelhöferstraße 7
D-10785 Berlin

Tel. +49 30 263 957 0
Fax +49 30 263 957 27

berlin.amb@mae.etat.lu
berlin.mae.lu





GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

STAAT UND POLITIK

EIN JAHR CORONA Die Erschöpfung ist spürbar

Bürgermeister Moritz Petry (CDU) über den grenzüberschreitenden Kampf gegen das Corona-Virus

Von Jochen Zenthöfer

„Luxemburg und Deutschland haben beide den Kollaps der Systeme vermeiden können“, stellt Moritz Petry zufrieden fest: „Mit zielgerichteten Maßnahmen versucht man bis heute Arbeitsplätze und Existenzen zu retten.“ Der CDU-Politiker ist Bürgermeister der deutschen Fusionsgemeinde Südeifel, die an das Großherzogtum grenzt. Vor einem Jahr, kurz nach Beginn der Pandemie, hatte er bereits mit dem „Luxemburger Wort“ gesprochen. Damals waren die Grenzen geschlossen. Ein Zustand, der später von vielen Beteiligten bedauert wurde. Denn die Entscheidung dazu fiel in Berlin und Mainz. Die Bürger der Großregion blieben ungehört. Deshalb hat Petry nun seine persönlichen Verbindungen nach Luxemburg weiter ausgebaut. Bis heute bekommt er von einer wirklichen Abstimmung zwischen der rheinland-pfälzischen Landesregierung und den Verantwortlichen in Luxemburg nichts mit. Jeder kocht immer noch sein eigenes Süppchen.

„Es wäre klug, wenn die Grenzgemeinden stärker in diese Gespräche eingebunden würden. Statt über Grenzkontrollen zu diskutieren, hätten die Regierungsverantwortlichen in Mainz und Luxemburg gemeinsam die Bevölkerung stärker auffordern müssen, die Grenze nur mit wirklich triftigen Gründen zu passieren.“ Das sei vor allem dann notwendig, wenn sich in den Ländern die Höhe der Inzidenz und die getroffenen Maßnahmen deutlich unterscheiden. Zwischen den Niederlanden und Deutschland habe das besser funktioniert. „Erst jetzt kommt man auf

den Gedanken, gemeinsame Testzentren an der Grenze zu entwickeln. Dies ist reichlich spät“, bedauert Petry. Er betont, dass sein Austausch mit den luxemburgischen Kollegen von Rosport-Mompach über Echternach und Berdorf bis Vianden sehr gut funktioniert. „Allerdings haben wir nichts zu entscheiden, obwohl wir vieles sicher besser beurteilen könnten als die Regierenden in den Hauptstädten.“

Doch ein Jahr Corona bedeutet nicht nur einen wichtigen persönlichen Austausch über die Grenze hinweg, sondern vor allem Erschöpfung, „obwohl es uns im ländlichen Raum des Eifelkreises noch vergleichsweise gut geht“. Dennoch seien die vom Lockdown und der Pandemie Betroffenen an der Belastungsgrenze angelangt. „Wir brauchen neben den positiven Impfsignalen eine schrittweise Rückkehr zum Leben mit dem Virus. Dies geht nur über großflächige Schnelltests und ein zügiges Impfen“, ist Petry überzeugt. Immer mehr Menschen fragen ihn, wann das normale Leben zurückkehre. Darauf gibt es immer die gleiche Antwort: „Ich vertraue auf die Zusagen der Politik, dass wir im zweiten Quartal eine sehr hohe Impfdynamik erhalten werden. Schon im Sommer werden wir die neue Normalität spüren.“

Von Leugnern und Verharmlosern

Mit Corona-Leugnern oder Verharmlosern hat der Bürgermeister wenig zu tun. „Glücklicherweise ist dies in der Grenzregion kaum zu spüren. Spätestens in der zweiten Welle haben fast alle erkannt, welch große Probleme dieses Virus verursacht. Ich habe mich eher

über die Rücksichtslosigkeit einiger Bürger geärgert, die der Meinung waren, sich nicht an die Maßnahmen halten zu müssen und damit anderen schweren Schaden zugefügt haben“, berichtet der Verwaltungschef von insgesamt 66 Ortschaften. „Ich habe im vergangenen Jahr gelernt, dass nicht die, die am lautesten in sozialen Netzwerken ihre Meinung verkünden, in der Mehrheit sind. Es sind glücklicherweise die Menschen, die weiter grenzüberschreitend zusammenhalten und sich gegenseitige Solidarität entgegenbringen, um gemeinsam die Pandemie zu bezwingen.“

Hat sich denn das Verhältnis zwischen Deutschen und Luxemburgern in dieser Zeit verändert? „Sicherlich war das gesamte letzte Jahr Wasser auf die Mühlen von Populisten und Menschen, die ein gutes Verhältnis zwischen Deutschland und Luxemburg schon immer kritisch gesehen haben“, meint der CDU-Politiker. „Ich bin aber der Auffassung, dass sich das Verhältnis nicht signifikant verändert hat und wir zügig zum normalen Zusammenleben zurückkehren werden, wenn die Maßnahmen auslaufen.“

Eines ärgert ihn aber bis heute: Beide Länder hätten, trotz nachbarschaftlicher Zusammenarbeit, zu sehr nach sich und ihren Befindlichkeiten geschaut. „Viele Maßnahmen waren eben nicht gemeinschaftlich abgestimmt“, bedauert Petry. Sein Resümee nach einem Jahr Pandemie: „Es sind zu viele Menschen gestorben und wir haben unsere Gesundheitssysteme zu stark belastet.“

Phase 4 des Impfplans beginnt heute

CORONA Impfberechtigt sind Personen zwischen 65 und 69 Jahren

Christine Lauer

Die vierte Impfphase beginnt heute. Das teilt der Radiosender 100,7 mit. Eine Pressesprecherin des Gesundheitsministeriums bestätigt gegenüber dem Tageblatt, dass ab diesem Zeitpunkt die ersten Impfberechtigten der Phase 4 eine schriftliche Einladung erhalten würden. Sie hätten ab dann einige Tage Zeit, um einen Impftermin auszumachen.

Die „Santé“ verschickt heute und morgen die ersten Einladungen

für die vierte Impfphase. Das hat der Radiosender 100,7 gestern Morgen gemeldet. Eine Pressesprecherin des Gesundheitsministeriums bestätigt gegenüber dem Tageblatt, dass ab diesem Zeitpunkt die Phase 4 der Impfkampagne anläuft. Entsprechend der Impfstofflieferung würden die ersten Menschen, die für die kommende Phase impfberechtigt sind, angeschrieben werden. Dazu gehören Personen zwischen 65 und 69 Jahren. Patienten mit problematischen Ausprägungen von Diabetes, Bluthochdruck und

neuromuskulären Erkrankungen, also Myopathien oder Neuropathien, werden in Phase 4b geimpft. Laut Pressesprecherin hätten die Betroffenen nach Eingang der schriftlichen Einladung einige Tage Zeit, einen Termin bei einem Impfzentrum zu buchen.

In den Impf-Einladungen enthalten ist eine Anleitung, wie man den Termin ausmachen kann. Wer Hilfe braucht, kann sich unter der Telefonnummer (+352) 247-65 53 3 melden.

Die Impfphasen im Überblick

Phase 1

In der ersten Impfphase, die seit Anfang Januar läuft, wurden zunächst das Personal in den Krankenhäusern, in den Pflegeheimen und im Gesundheitsbereich geimpft, alle Bewohner von Alters- und Pflegeheimen sowie Menschen, die aufgrund einer Behinderung in einer Betreuungseinrichtung wohnen.

Laut Ministerium ist diese Phase Anfang März beendet worden. Während dieses Monats gibt es aber noch die Möglichkeit für Menschen, die den Termin während der ersten Impfphase nicht wahrnehmen konnten, einen zweiten Impftermin zu bekommen.

Phase 2

Die Impfphase 2a zielt auf alle Einwohner Luxemburgs ab, die älter als 75 Jahre sind. Im Teil b werden die Hochrisikopatienten geimpft. Als solche gelten Erwachsene mit Down-Syndrom, mit angeborenen Immunschwächeerkrankungen, aber auch Personen, die eine Organtransplantation erhalten haben oder erhalten sollen und deswegen Immunsuppressiva zu sich nehmen müssen. Die größte Gruppe der Hoch-

risikopatienten sind allerdings jene Menschen, die sich hierzulande gerade in Krebstherapie befinden – das sind zwischen 3.000 und 3.300 Personen.

Phase zwei könnte voraussichtlich noch Ende dieses Monats beendet werden.

Phase 3

In Phase 3a sollen zuerst jene Personen geimpft werden, die zwischen 70 und 74 Jahre alt sind. Zusätzlich wartet die Nadel in Phase 3b auf die Menschen, die „bedeutende Risiken“ bei einer Covid-19-Infektion aufweisen. Darunter fallen Menschen mit Immunschwächeerkrankungen sowie chronischen Lungen- oder Herzerkrankungen, die bereits schwere Komplikationen ausgelöst haben. Auch Aids-Patienten, Menschen mit morbidem Übergewicht, also einem Body-Mass-Index über 40, Dialysepatienten und Demenzkranke werden in der dritten Phase des Plans geimpft.

Phase 4

Phase 4a der Impfstrategie umfasst die Impfungen aller in Luxemburg ansässigen Personen zwischen 65 und 69 Jahren. Patienten mit problematischen Ausprägungen von Diabetes, Bluthochdruck und neuro-

muskulären Erkrankungen, also Myopathien oder Neuropathien, werden in Phase 4b geimpft.

Phase 5

In Phase 5a zielen die Impfungen schließlich auf Personen zwischen 55 und 64 Jahren ab. Hier geht es zunächst nach dem Alter. Diese Phase wurde nach Diskussionen rund um den Wirkstoff von AstraZeneca frühzeitig eingeläutet und die ersten Einladungen wurden Anfang März verschickt. Als dann aber die Empfehlungen angepasst wurden, wurden keine weiteren Einladungen versendet. Die Personen, die einen solchen Brief erhalten haben, dürfen aber einen Termin wahrnehmen.

Personen mit angeschlagenem Gesundheitszustand, allerdings ohne bisher problematische Krankheitsverläufe – im weitesten Sinne sind damit alle Krankheiten der Phase 4 in Anfangsstadien abgedeckt, aber auch übergewichtige Personen mit einem BMI über 30 – sind dann in Phase 5b an der Reihe.

Phase 6

Die längste und umfassendste Phase des Impfplans ist weniger detailliert. Prioritär sollen in der Phase 6a jene Leute ge-

impft werden, die unter prekären Verhältnissen in Gruppen untergebracht sind, beispielsweise Gefängnisinsassen, aber auch Bewohner von Flüchtlingsunterkünften. Gezielt werden auch jene Personen anvisiert, die durch ihre Arbeit einem höheren Infektionsrisiko ausgesetzt sind.

In Phase 6b wird dann die allgemeine Bevölkerung zwischen 16 und 54 Jahren geimpft.

(hat/joé)

Vierte Impfphase in Luxemburg beginnt

Noch diese Woche sollen die ersten Einladungen zur vierten Phase der Impfkampagne verschickt werden, meldet die Santé in einer Pressemitteilung. Im Klartext bedeutet dies, dass nun auch Menschen im Alter von 65 bis 69 Jahre immunisiert werden. Dabei werden die ältesten und vulnerablen Personen zuerst eingeladen. Als verwundbar zählen Patienten mit Diabetes, neurovaskulären Erkrankungen und Bluthochdruck.

Covid-Maßnahmen bis 2. April verlängert

PARLEMENT CSV stimmt aus formalen Gründen gegen das Gesetz

Robert Schneider

Die schnell aufeinanderfolgenden Debatten zu Anti-Covid-Maßnahmen des letzten Jahres fanden ihre Fortsetzung am Freitag mit einer weiteren Verlängerung der aktuellen Einschränkungen bis zum 2. April. Es war erneut der Präsident der Gesundheitskommission, Mars Di Bartolomeo (LSAP), der das Gesetzesprojekt darlegte.

Es sei trotz einer stabilen bis leicht rückläufigen Infektionslage noch nicht der Moment, zu lockern, so Di Bartolomeo, der sowohl die aktuellen Infektionszahlen (wir berichteten) als auch die bekannten Eckpunkte des Gesetzes in Erinnerung rief. Ausgangssperre ab 23 Uhr, Verbot, mehr als zwei Menschen aus einem Haushalt bei sich zu Hause zu empfangen, Verbot des Konsums von Alkohol in der Öffentlichkeit und Schließung der Gaststätten gelten weiter; im aktuellen Gesetz sind daneben auch einige Aspekte der Regeln in den Schulen eingegliedert.

Prinzipiell einverstanden mit den Maßnahmen des am Freitag diskutierten Gesetzentwurfes zeigte sich der Redner der CSV, Claude Wiseler, der allerdings formal bemängelte, dass bei den Aspekten zur Schule nur große nationale Vorgaben wie der Wechselunterricht und das Tragen von Masken den Weg ins Gesetz fanden, lokale und detailliertere Vorgaben aber nicht berücksichtigt wurden und Minister Claude Meisch dies mit der nötigen Flexibilität erklärte. Auch die Impfkampagne geht Wiseler nicht schnell genug und so kündigte er erneut an, die CSV werde dem Text nicht zustimmen. Im Übrigen sprach er sich dafür aus, jetzt schon den russischen Impfstoff Sputnik V zu bestellen, um ihn sofort verimpfen zu können, sobald die EMA grünes Licht hierzu geben sollte.

Offener als Nachbarländer

In einer gefühlten Endloschleife befindet sich laut Gilles Baum (DP-Fraktionssprecher) die Bevölkerung des Landes; er verteidigte aber den Gesetzesvorschlag der Regierung und rief dazu auf, weiterhin Ruhe zu bewahren.

Auch der Fraktionschef der LSAP, Georges Engel, verteidigte die Regierungspolitik und verwies auf die vergleichsweise langen Öffnungszeiten von Gastronomie (bis November), Geschäften und Frisören, die noch geöffnet hatten, als sie in den Nachbarländern längst geschlossen waren. Er verteidigte den Luxemburger Weg – und griff die CSV-Fraktion nach Aussagen des CSV-Präsidenten Frank Engel an, der seinen Parteikollegen im Parlament über den Weg eines Interviews falsches Abstimmungsverhalten vorwarf.

Mit dem Prinzip Hoffnung beschäftigte sich die Fraktionssprecherin der Grünen, Josée Lorsché, die sich gegen Kritiker der Maskenpflicht an Schulen wandte. Masken würden zum jetzigen Zeitpunkt das Grundrecht auf Bildung verteidigen. Die Impfungen betreffend bedauerte Lorsché, dass sich 30 Prozent der Beschäftigten des Gesundheitssektors nicht behandeln ließen, und bezweifelte das Verantwortungsbewusstsein dieser Menschen.

Patentrechte aussetzen

Kindern dürfe keine Angst gemacht werden, so Jeff Engelen (ADR), der die Regierung aufforderte, ihre langfristigen Pläne bekannt zu machen.

Ausgerechnet Vertreter des Großkapitals haben sich bei den Impfungen vorgedrängelt, so Marc Baum („déi Lénk“) weiter. Im Gesetz vorgesehene Strafen für solche Impfdränger verlangte auch der Sprecher der Piraten, Sven Clement, der außerdem

eine Aufhebung der Patentrechte auf Impfstoffen verlangte, um eine größere Produktion zu erlauben.

Staatsminister Xavier Bettel ging auf die zwar besseren Zahlen ein, die aber nicht in den Spitälern festzustellen seien. Deshalb könne nächste Woche noch nicht gesagt werden, ob am 2. April Erleichterungen erlaubt werden könnten. Die Woche danach sei dies eventuell möglich. Er verwies auf eine gestern eingegangene Nachricht von AstraZeneca, die besage, dass weniger Impfstoff als erwartet ankommen werde. Dies illustriere die Problematik der Impfstrategie.

100.000 Impfungen pro Woche

Beim Pfizer-Impfstoff würden die Reserven nun auf ein Viertel (zur zweiten Impfung) beschränkt. Dies erlaube es, bis Ende April 30.000 Menschen mehr als geplant zu impfen. Auch der Impfstoff von Johnson&Johnson werde im April zur Verfügung stehen und zusätzliche Impfungen erlauben. Sich zum Einsatz des Sputnik-Impfstoffs zu äußern, sei noch zu früh, es würden noch zu viele Informationen fehlen. Künftig würden die Arztgespräche vor einer Impfung wegfallen, was eine Zeitersparnis von 50 Prozent bedeute. Künftig seien mehr als 15.500 Impfungen pro Tag, also annähernd 100.000 Impfungen pro Woche, möglich, wenn ausreichend Stoff zur Verfügung stehe.

Nachdem Bildungsminister Claude Meisch einige Fragen beantwortet und die Bedeutung des Präsenzunterrichtes unterstrichen hatte – in der Grundschule sei dies bis auf zwei, in Sekundarschulen bis auf nur eine Woche der Fall gewesen –, zeichnete Gesundheitsministerin Paulette Lenert ein Bild von der aktuellen Lage. Diese sei weiterhin beunruhigend und daher er-

achte man die Verlängerung als notwendig. Ein, zwei Wochen seien noch zur weiteren Einschätzung nötig.

Das Gesetzesprojekt wurde mit 31 Ja-Stimmen bei 29 Gegenstimmen der Oppositionsparteien angenommen. Nächste Woche wird das Parlament am Dienstag und am Donnerstag zusammenkommen.

Luxemburg geht seinen eigenen Weg

Öffnung der Außengastronomie mit großer Mehrheit angenommen – trotzdem protestieren heute die Gastronomen

Von Morgan Kuntzmann

Lediglich die beiden Abgeordneten von Déi Lénk stimmten gestern gegen die Öffnung der Außengastronomie ab dem 7. April. Dabei musste David Wagner (Déi Lénk) für seinen Parteikollegen, Marc Baum, per Stimmrechtsvertretung mitstimmen. Letzterer befindet sich momentan in Quarantäne, da er positiv auf das Coronavirus getestet wurde. David Wagner bemängelte, dass die Regierung erst die anderen Freiheitsbeschränkungen zurücknehmen müsse, bevor man Restaurantterrassen öffne. „Erst müssen wir die Corona-Beschränkungen abbauen. Auch Frankreich hat eine Ausgangssperre, die schon ab 18 Uhr in Kraft tritt. Ihre Zahlen waren nie besser als unsere hier in Luxemburg. Jetzt gehen sie wieder in den Lockdown“, so Wagner.

Hoffnungsschimmer

Der Berichterstatter Mars di Bartolomeo (LSAP) sagte in seiner Rede, dass ein Symbol der Hoffnung wichtig sei, um im andauernden Kampf gegen das Virus Perspektiven aufzuzeigen und „den Marathon zu bestehen“. Premierminister Xavier Bettel (DP), der Gesundheitsministerin Paulette Lenert (LSAP) vertrat, ging auf die Zahlen der Corona-Infektionen

ein. Die Lage sei momentan stabil, aber auf einem durchaus hohen Niveau. „Die Zunahme der Fälle, die Luxemburg in den letzten Tagen erlebt hat, ist linear und nicht exponentiell und erlaubt somit die vorsichtige Wiedereröffnung der Terrassen.“ Ausschlaggebend für die Lockerung sei die Zahl der Hospitalisierungen.

Trotzdem erinnerte Bettel daran, dass auch weitere Beschränkungen in den nächsten Wochen kommen können, sollten die Infektionszahlen weiter ansteigen. Für Bettel ermöglicht die Öffnung der Terrassen, dass Treffen in der Öffentlichkeit coronakonform stattfinden: „Besser es treffen sich maximal zwei Haushalte auf einer Restaurantterrasse, als mehrere Haushalte im Freien, wie wir das bei dem guten Wetter der letzten Tage feststellen konnten.“

Die genauen Bestimmungen: Maximal zwei Personen dürfen an einem Tisch zusammen sitzen, wenn sie aus verschiedenen Haushalten stammen. Die Begrenzung entfällt bei Gästen aus einem Haushalt. Dazu muss ein Mindestabstand von eineinhalb Metern zwischen den Tischen eingehalten werden oder diese müssen durch ein Plexiglas getrennt sein. Restaurants und Kneipen dürfen ihren Außenbereich von 6 Uhr morgens bis 18 Uhr abends öffnen.

Claude Wiseler (CSV) bemängelte den fehlenden Stufenplan der Regierung. Ebenfalls ging Wiseler auf die Skepsis ein, die im Horeca-Sektor gegenüber der Teilöffnung besteht. Gastronomen und Wirte wollen heute auf der Place d'Armes protestieren, um eine komplette Wiedereröffnung zu fordern. Wiseler forderte eine klare Aussage von der Regierung, dass die Einnahmen der Teilöffnung nicht negativ auf die staatlichen Hilfen angerechnet werden.

Als weiteren Kritikpunkt zählte der Oppositionspolitiker die „mangelnde Genauigkeit in der legislativen Arbeit“ der Regierung auf. David Wagner griff diesen Punkt auf und kritisierte die Ungenauigkeit und Inkohärenzen des Artikels zur Terrassenöffnung. „Die Wirte können mit Strafen rechnen, wenn sie sich nicht an das Gesetz halten. Sie dürfen jedoch nicht die Gäste kontrollieren und können höchstens nachfragen. Das geht nicht auf.“

Da sich abzeichnete, dass die meisten Abgeordneten für eine Öffnung der Terrassen waren und das eigentliche Problem die Verlängerung der geltenden Corona-Maßnahmen darstellte, wurde der Artikel zur Terrassenöffnung separat abgestimmt und mit großer Mehrheit angenommen. Die Corona-

Maßnahmen wurden mit den Stimmen der Mehrheitsparteien (31) bis zum 24. April verlängert, die Opposition (29) stimmte geschlossen dagegen.

Urlaub aus familiären Gründen

Der Congé pour raisons familiales erfuhr ebenfalls eine vierte Verlängerung. Die Maßnahme gilt somit bis zum 17. Juli. Das Datum wurde so gelegt, damit auch die später anfangenden Sommerferien der Nachbarländer miteingeschlossen sind. Berichterstatter Georges Engel (LSAP) betonte, dass man nicht sicher davon ausgehen könne, dass die Schulen nicht noch einmal bis zum Ende des Schuljahres schließen müssen. Carole Hartmann (DP) wies hingegen daraufhin, dass die Maßnahme durch den Lockdown in Frankreich von Aktualität sei: „Die Schulen werden in den nächsten drei Wochen in Frankreich zu sein. Die Grenzgänger werden also unmittelbar auf den Urlaub zurückgreifen müssen.“ Zur Erinnerung: Eltern von Kindern, die unter 13 Jahre alt sind, oder von Kindern, die stationär im Krankenhaus behandelt werden, können diesen Sonderurlaub beantragen. Die Verlängerung der Maßnahme wurde einstimmig angenommen.

Testen bis zum Umfallen

Large scale testing wird bis Mitte Juli verlängert

Luxemburg. Die Bilanz der ersten beiden Phasen des Large scale testing (LST) fällt positiv aus. Gesundheitsministerin Paulette Lenert (LSAP) zeigte sich gestern zufrieden mit den Resultaten. Zum einen habe man viele asymptomatische Fälle durch die umfangreiche Teststrategie identifizieren können, zum anderen würden die Er-

gebnisse ein gutes Gesamtbild des Infektionsgeschehens vermitteln. Allein in der ersten Phase wurden 26 Prozent der Infektionen im Rahmen des LST und des anschließenden Tracing identifiziert.

Der LST geht daher in die Verlängerung. Die dritte Phase läuft am 25. März an und geht bis Mitte Juli. Kostenpunkt: Fast

43 Millionen Euro. Das Parlament gab gestern grünes Licht. Neben den klassischen PCR-Tests sollen diesmal vermehrt Schnell- aber auch Selbsttests zur Anwendung kommen.

Derweil zieht die Affäre um die Hôpitaux Robert Schuman weitere Kreise. **DS**



Gesundheitsministerin Paulette Lenert setzt weiter auf eine umfangreiche Teststrategie.

Foto: Guy Jallay

Zum Ersten, zum Zweiten und zum Dritten

Gesundheitsministerin Lenert stellt dritte Phase des Large scale testing vor und präsentiert die Bilanz der beiden ersten Etappen

Fast 43 Millionen Euro will die Regierung in die dritte Phase des Large scale testing (LST) investieren, die am 25. März anläuft und bis zum 15. Juli dauert. Große Unterschiede zur zweiten Phase gebe es nicht, erklärte Prof. Paul Wilmes gestern bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Gesundheitsministerin Paulette Lenert (LSAP) und Dr. Thomas Dentzer von der Santé. Es werden weiterhin Einladungen verschickt und die Tests sind kostenlos. Die Testkapazität liegt bei 53 000 Tests pro Woche. Allerdings sollen die mobilen Einsatzteams stärker zum Einsatz kommen, um so bei Bedarf gezielter und schneller reagieren zu können, etwa in Schulen. „Unser oberstes Ziel ist und bleibt es, die asymptomatischen Fälle aufzuspüren, um so die Infektionsketten zu durchbrechen“, so Wilmes. Der Forscher bedauerte, dass viele Leute sich nicht testen lassen. Die Bereitschaft gehe immer dann deutlich zurück, wenn die Zahl der Neuinfektionen sinke.

Schnell- und Selbsttests

Im Gegensatz zu den beiden ersten Durchgängen setzt das Ge-

sundheitsministerium neben den PCR-Tests diesmal verstärkt auf Schnell- und Selbsttests. Mit den Schnelltests habe man gute Erfahrungen gemacht, so Ressortleiterin Paulette Lenert mit dem Verweis auf die Seniorenheime und die Schulen.

Bei den kostenlosen Schnelltests hat sich die Regierung für Tests entschieden, die im vorderen Nasenbereich gemacht werden und weniger unangenehm sind. Die Selbsttests müssen die Bürger allerdings aus eigener Tasche bezahlen. Einige Apotheken bieten sie bereits an. Weder die Schnelltests noch die Selbsttests können die PCR-Tests aber ersetzen, betonte Thomas Dentzer. Sie seien aber eine gute Ergänzung. Positive Resultate bei den Selbsttests sind nicht meldepflichtig. Allerdings ruft die Gesundheitsministerin dringend dazu auf, sich im Fall eines positiven Ergebnisses sofort in Quarantäne zu begeben und das Resultat durch ein PCR-Test überprüfen zu lassen.

Zwischenbilanz der zweiten Phase

Während der zweiten Phase wurden zwischen dem 7. September 2020 und dem 7. März 2021 insge-

samt 3 005 547 Einladungen verschickt. Allerdings wurden nur 804 747 Tests durchgeführt. Die Beteiligung lag also bei 26,77 Prozent. Es wurden 6 850 positive Fälle entdeckt, die Positivrate lag demnach bei 0,9 Prozent. Bei den Tests, die im Zusammenhang mit einer Reise durchgeführt wurden, lag die Prävalenz mehr als doppelt so hoch, und zwar bei 2,1 Prozent.

Neben den PCR-Tests wurden in der zweiten Testphase auch Bluttests durchgeführt, um die Immunität von Personen, die an Covid erkrankt waren, mittlerweile aber wieder genesen sind, zu ermitteln. Die Immunität liegt zurzeit bei zwölf Prozent. „Das Large scale testing vermittelt uns ein gutes Bild über die Infektionsdynamik im Land“, so das Resümee der Gesundheitsministerin.

Die erste Testphase ist definitiv abgeschlossen und die Ergebnisse werden demnächst im Wissenschaftsmagazin „The Lancet“ publiziert. 49 Prozent der Einwohner und 22 Prozent der Grenzgänger haben sich testen lassen. 850 positive Fälle wurden direkt durch das LST entdeckt, weitere 249 wurden anschließend über das Contact tracing ausfindig gemacht.

Rechnet man dies zusammen, so wurden zwischen dem 27. Mai und dem 15. September 26 Prozent aller Corona-Fälle über das LST entdeckt.

Interessant sind die Modellberechnungen der Forscher. Ohne das LST hätte es womöglich 43 Prozent mehr positive Fälle gegeben. Hätten alle Einwohner und Grenzgänger, die eine Einladung erhalten hatten, sich wirklich testen lassen, hätte es weit weniger Infektionen gegeben, so das Fazit. Das Luxembourg Institute of Socio-Economic Research (Liser) hat übrigens errechnet, dass durch das Lockdown im Frühjahr Kosten in Höhe von 3 200 Euro pro Einwohner entstanden sind. Die Kosten des LST belaufen sich hingegen nur auf 30 Euro pro Person. DS

● **Das Large scale testing vermittelt uns ein gutes Bild der Infektionsdynamik im Land.**

Paulette Lenert

Fern Morbachs wöchentliche Kolumne

Hey Deutschland, was ist los?

*Testen, Impfen, Masken, Chaos: Über den großen Nachbarn Bundesrepublik
Deutschland kann man nur noch staunen – und den Kopf schütteln.*

Ja, ich gebe es zu: Seit ich denken kann, hab ich ein Faible für deutsche Fernsehprogramme, ich schreibe seit mehr als vier Jahrzehnten Artikel in deutscher Sprache, ich mag den Schwarzwald und das Allgäu, nach München und Hamburg hat es uns immer wieder gezogen, ich lese vorwiegend deutsche Zeitungen und deutsche Magazine, wir wohnen an der deutschen Grenze, ich mag die Sonderangebote deutscher Discounter, unsere Töchter haben in Deutschland studiert, ich bin immer gerne nach Trier oder Köln zum Einkaufen gefahren, im Buchregal stehen mehr deutschsprachige als französischsprachige Bücher und ich schätze die deutsche Gründlichkeit. Und nun?

In den vergangenen Monaten ist mir Deutschland fremd geworden. Vieles, was ich nach einem Jahr Corona-Krise über Deutschland lese und aus Deutschland höre, macht ratlos. Man kann von der Luxemburger Regierung halten, was man will, man darf Xavier Bettel und Paulette Lenert vorwerfen, den Luxemburgern in dieser verflixten und einfach nicht zu Ende gehenden Corona-Krise zu viel abzuverlangen und sie ihrer Freiheiten zu berauben. Anschließend genügen fünf Minuten Tagesschau und zwei Blicke in die Bild-Zeitung oder die Süddeutsche, um wieder auf dem Boden der Tatsachen zu landen: Im Vergleich zu Deutschland macht Luxemburg manches besser, Deutschland scheint vom Pfad all seiner Tugenden abgekommen zu sein.

Vor einem Jahr schloss Deutschland ohne Rücksicht auf europäische Verluste auch seine Grenzen zu Luxemburg. Im Großherzogtum, hieß es damals aus Berlin, seien die Inzidenzwerte zu hoch, man wolle die deutsche Bevölkerung keinen Risiken aussetzen. Damals war das sehr kleine Luxemburg über Nacht zu einer sehr ernsthaften Bedrohung für die sehr große Bundesrepublik geworden.

Ein Jahr später sind die Inzidenzwerte in Luxemburg immer noch verhältnismäßig hoch, zugleich sind sie ziemlich stabil, und die Lage in den Luxemburger Krankenhäusern hat sich (zumindest vorübergehend) entspannt. In Deutschland jedoch,

dem Land der Macher, Manager und Premium-Automarken, spielen Landes- und Regional-Politiker während Wochen eine Art Inzidenzwerte-Jojo, mal gelten 50 Infizierte pro 100 000 Einwohner als Maß aller Dinge, mal 35, mal 100. Ob es ums Impfen, ums Testen oder ums schlichte Übermitteln von Statistiken geht – dieses Chaos passt nicht zu meinem Deutschlandbild. Ich möchte überhaupt nicht wissen, wie hoch zwischen Saarbrücken und Berlin die Dunkelziffern sind.

Wir Luxemburger schauen nach wie vor deutsche Fernsehprogramme, viele lesen gerne deutsche Zeitungen. In diesen Wochen dürfen wir uns zwischen „Soko Stuttgart“, Tatort und „Wer wird Millionär?“ nicht von schlechten Nachrichten „made in Germany“ verrückt machen lassen. Nach zwölf Monaten Pandemie zeigt sich, dass das von vielen skeptisch betrachtete Luxemburger „Large Scale Testing“ doch Sinn macht und bei der Bekämpfung von Corona hilft. Ein vergleichbares flächendeckendes Testen gibt es in Deutschland nicht. Und auch das Impf-Trauerspiel wird in Deutschland von Tag zu Tag größer. Wohl bekleckert sich beim Impfen auch das Großherzogtum nicht mit Ruhm – das Schneckentempo „made by EU“ ist ein Skandal. Immerhin schafft es Luxemburg aber, das Impfen einigermaßen ordentlich zu organisieren. In Deutschland ist eher das Gegenteil der Fall.

Natürlich haben wir Luxemburger gut reden. Es ist ein Unterschied, ob man in Berlin für 80 Millionen oder in Luxemburg für 600 000 Menschen politische Verantwortung trägt. Sollten deutsche Politiker allerdings auch in den kommenden Wochen in Sachen Corona nichts auf die Reihe kriegen, werden sie wieder – das ist zu befürchten – zu den einfachen Mitteln aus der Populismus-Trickkiste greifen. Ganz oben in dieser Trickkiste liegen immer noch die Grenzkontrollen und die Grenzsicherungen. Geschichte und Geschichten wiederholen sich. Trotzdem freu ich mich schon heute auf den nächsten Besuch im Schwarzwald oder im Allgäu.

Für Luxemburg im Einsatz

Dr. Modesta Dargeviciute hilft in Portugal zwei Wochen lang auf einer Covid-Station aus

Von Annette Welsch

Der Medienhype in Portugal war riesig: Luxemburg schickte am 14. Februar für zwei Wochen eine Intensivmedizinerin und eine Krankenschwester an das Regional Krankenhaus in Évora, anderthalb Stunden von Lissabon, um auf der Covid-Station auszuhelfen. Seit Mitte Januar wurde man dort überrannt von Covid-Patienten, denn Portugal hatte über Weihnachten die Regeln stark gelockert – ein fataler Fehler aus gesundheitspolitischer Sicht. Eine stundenlange Pressekonferenz in Präsenz der portugiesischen Gesundheitsministerin Marta Temido, vier Kamerateams und jeden Tag andere Medien, die um Interviews baten: Luxemburgs Geste der Solidarität sorgte dort für großes Aufsehen.

„Wir wurden als Helden dargestellt und waren so berühmt, dass jeder uns erkannte, als wir zum Einkaufen in die Stadt fuhren. Mir war das sehr peinlich, denn die Helden sind die, die dort jeden Tag um die Leben der Patienten kämpften. Nicht wir, die zwei Wochen zum aushelfen kamen“, sagt Dr. Modesta Dargeviciute (34).

Die Intensivmedizinerin arbeitet seit 2015 in der Notfallmedizin. Zunächst am Bruderkrankenhaus in Trier beschäftigt, ist sie nun seit 2020 im Trierer Klinikum Mutterhaus. Beide Häuser eröffneten am 17. März 2020 ein separates Gemeinschaftskrankenhaus für Covid-Patienten und stellen jeweils die Hälfte der dort tätigen Ärzte. „Ich habe von Anfang an mit Corona-Patienten gearbeitet und ohne zu zögern ja gesagt, als mein Chef mich fragte, ob ich für Luxemburg nach Portugal gehen

möchte. Ich habe es als Ehre angesehen, den Kollegen dort zu helfen. Solche Anfragen kommen nicht alle Tage und ich bin mit Leib und Seele dabei, wenn es darum geht, Intensivpatienten zu helfen“, sagt die Litauerin.

Extreme Phase schon abgeebbt

Es war die Luxembourg Air Rescue, die die Initiative ergriffen hatte, ihre Kontakte zu nutzen und sich nach einem Mediziner umzuschauen, den Luxemburg nach Portugal schicken könnte. Dr. Dargeviciute blieben nur 24 Stunden Zeit zur Vorbereitung, dann ging es mit der Luxair nach Lissabon, wo der Botschafter Luxemburgs, Conrad Bruch die beiden Frauen in Empfang nahm und nach Évora begleitete, der Hauptstadt der Region Alentejo, wo das Krankenhaus mit seinen 300 Betten der größte Arbeitgeber ist.

Als sie und Filomena Silva Costa ankamen, war die extreme Phase der Neuinfektionen von Ende Januar, Anfang Februar bereits abgeebbt. In der Zeit waren sämtliche anderen Aktivitäten eingestellt, ganze Stationen geschlossen worden und alle Ärzte, auch Internisten und Gynäkologen wurden auf der Intensivstation eingesetzt. „Alle waren überfordert, es gab zu wenig Anästhesisten und es sind sehr viele Patienten gestorben. Das war eine riesige Herausforderung und Stress. Aber auch als wir dort ankamen, gab es noch sehr viel zu tun und alle waren froh und glücklich über die Entlastung.“

Das Willkommen war dann auch entsprechend. „Wir wurden mit einem riesigen Empfang vom Krankenhaus, von Vertretern der

Stadt und Politikern willkommen geheißen. Und auch die Kollegen waren alle sehr, sehr froh und nahmen uns herzlich auf. Das war ich in dem Maß nicht gewohnt“, sagt Dargeviciute.

Am Montag um acht Uhr ging die Arbeit los und begann mit einer angenehmen Überraschung: Die Ausstattung war hervorragend. „Ich habe nicht damit gerechnet, dass das Krankenhaus so super und ohne jeden Mangel ausgerüstet ist. Es gab nicht nur einen Schutzanzug pro Tag, wie ich es gewöhnt bin. Ich habe mich in Portugal sehr gut geschützt gefühlt – das war beeindruckend.“ Anscheinend war sehr viel Material aus dem Ausland, auch aus Deutschland, Luxemburg und China geliefert worden.

Ungewohnt waren dagegen die Schichten: „Es gibt dort nur Nacht- und Frühschichten, die jeweils zwölf Stunden dauern und auch die Beatmungsgeräte waren andere, aber weil ich schon in vielen Krankenhäusern gearbeitet habe, war die Umstellung kein Problem“, erzählt Dargeviciute. Gut 16 Patienten mussten auf der Intensivstation betreut werden, die Hälfte davon musste beatmet werden. „Es waren erstaunlich junge Patienten. Aus Deutschland war ich vor allem 75- bis 80-Jährige gewohnt, hier lag das Durchschnittsalter bei 50 Jahren. Ich habe sogar 27- und 39-Jährige erlebt, die stark an Covid erkrankt waren.“

Die Behandlung der Patienten zu übernehmen und mit den Kollegen zusammenzuarbeiten war der einfachste Teil. „In ganz Europa sind die Krankheitsverläufe gleich und somit auch die Leitlinien der Behandlung. Und es stand uns ja alles Nötige an Medika-

menten und Geräten zur Verfügung.“ Am schwierigsten war die Dokumentation: „Es wird alles noch per Hand geschrieben und dann in den Computer eingetragen. Das ist doppelte Arbeit und die klinischen Angaben und Verläufe richtig einzutragen war anfangs problematisch.“

Auch sprachlich gab es keine Probleme. „Wir haben englisch miteinander gesprochen, nur die Übergabe von der Nacht- auf die Frühschicht fand auf portugiesisch statt, um Missverständnisse zu vermeiden. Filomena übersetzte dann für mich von portugiesisch auf deutsch. Sie war eine große Hilfe.“ Insgesamt war es eine Erfahrung, die die Medizinerin nicht mehr missen möchte. „Eine solche Offenheit, Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft habe ich noch nie erlebt.“

In Évora waren die Helfer aus Luxemburg die einzigen Ausländer. „Ich weiß nur, dass es ansonsten in Lissabon französische Teams zur Unterstützung gab“, sagt Dargeviciute. Sie war mit Silva Costa in der ersten Woche alleine dort, dann kam ein weiteres Team eines Intensivmediziners und einer Krankenpflegerin aus Luxemburg, die Ende dieser Woche dann zurückkehren.

● Die Helden sind
● die, die dort jeden Tag um die Leben der Patienten kämpften.

Dr. Modesta Dargeviciute

Luxemburg hilft Portugal intensiv

Luxemburg. Sie ist zwar Litauerin und arbeitet als Intensivmedizinerin in Trier, dennoch: Dr. Modesta Dargeviciute sagte mit Begeisterung zu, im Namen Luxemburgs Covid-Hilfe am Regional Krankenhaus im portugiesischen Évora zu leisten. Zwei Wochen

verbrachte sie dort mit der Krankenschwester Filomena Silva Costa, um dem seit Januar von einer Covid-Welle überrannten Land medizinische Entlastung zu bringen. Die Medien standen angesichts dieser Geste der Solidarität Kopf. Für Dr. Dargeviciute war es indes ein von vielen Eindrücken geprägtes Erlebnis. wel

„Wir geben unser Bestes“

Wegen der Pandemie kamen 2020 deutlich weniger Flüchtlinge nach Luxemburg

Von Dani Schumacher

Weil viele Grenzen wegen der Pandemie lange geschlossen waren, ging die Zahl der Asylbewerber im vergangenen Jahr deutlich zurück. 2020 gingen bei der Immigrationsbehörde 1167 Anträge ein, gegenüber 2 048 im Vorjahr. Das macht ein Minus von immerhin 42 Prozent. Die meisten Flüchtlinge kamen aus Syrien (306), Eritrea (188), Afghanistan (95), aus dem Irak (53) und aus dem Iran (53). Diese Zahlen nannte Außen- und Immigrationsminister Jean Asselborn (LSAP) gestern im Rahmen seiner Jahrespressekonferenz zum Thema Asyl und Immigration.

736 anerkannte Flüchtlinge

Die Immigrationsbehörde hat im vergangenen Jahr 1516 Entscheidungen getroffen. 736 Personen wurden als Flüchtling anerkannt, weitere 31 erhielten das Subsidiarstatut. In 359 Fällen wurde der Asylantrag abgelehnt. 96 Akten wurden geschlossen, weil die Antragsteller nicht mehr auffindbar zu machen sind.

In 219 Fällen handelte es sich um sogenannte „Dubliner“, die vor ihrer Einreise nach Luxemburg bereits in einem anderen EU-Land um Asyl gebeten hatten. 113 wurden laut den Regeln des Dublin III-Abkommens in die Länder zurückgebracht, in denen sie ihren ersten Asylantrag gestellt hatten, die meisten davon nach Deutschland (35). Umgekehrt hat Luxemburg 80 „Dubliner“ aufgenommen, die in einem weiteren EU-Land einen zweiten Antrag gestellt hatten. 43 von ihnen kamen aus Griechenland.

Wie Asselborn weiter erklärte, wurden im vergangenen Jahr insgesamt 220 Personen ausgewie-

sen, 156 Personen haben das Land freiwillig verlassen, 64 mussten zur Ausreise gezwungen werden. Der Minister betonte, dass Luxemburg, im Gegensatz zu den meisten anderen europäischen Ländern, keine abgelehnten Asylbewerber nach Afghanistan zurück schickt.

Gratwanderung

Für Minister Asselborn ist Asylpolitik immer eine Gratwanderung: „Manche Menschen finden, Luxemburg ist in Asylfragen zu großzügig. Andere kritisieren, dass wir nicht genug tun.“ Es gelte daher einen Mittelweg zu finden. „Unabhängig von der Kritik, Luxemburg bleibt solidarisch. Wir geben unser Bestes“, so Asselborn entschieden. Luxemburg habe sich in den vergangenen Jahren stärker in der Flüchtlingsfrage engagiert, als die meisten anderen EU-Staaten.

Konkret bezog er sich dabei auf die Hilfe für die Länder, die bei der Aufnahme von Flüchtlingen an vorderster Front stehen, allen voran Griechenland und Italien. Um Griechenland zu entlasten, wurden 43 Personen, die laut Dublin-Abkommen eigentlich hätten zurückgeschickt werden müssen, nicht nach Griechenland überstellt. Dazu hat Luxemburg insgesamt 117 Personen aus Griechenland aufgenommen. Hinzu kommen noch 21 Flüchtlinge aus dem Camp Moria. „Wenn jedes europäische Land so gehandelt hätte, gäbe es kein Moria mehr“, betonte Jean Asselborn.

Luxemburg hat ferner 25 Flüchtlinge aufgenommen, die eigentlich nach Italien hätten zurück müssen. Minister Asselborn zeigte sich erleichtert, dass „die Nachwehen

der Salvini-Politik langsam nachlassen.“

Logistische Herausforderung

Dass wegen Corona weniger Asylanträge eingegangen sind, ist aber nur eine Seite der Medaille. Die andere Seite der Medaille bedeutet einen deutlich größeren Arbeitsaufwand für die Mitarbeiter des Ministeriums und der Immigrationsbehörde, vor allem aber für die Hilfsorganisationen, die die Flüchtlinge vor Ort in den verschiedenen Einrichtungen betreuen. Die Empfangsstrukturen waren zunächst zwischen Mitte März und Mitte Mai vollständig geschlossen, nur die Prozeduren liefen weiter. Besonders gefährdete Personen wurden in einer ersten Phase in Hotels untergebracht. Da viele Asylbewerber keine der drei Landessprachen und auch kein Englisch sprechen, mussten die Coronaregeln in alle möglichen Sprachen übersetzt werden. Eine weitere Herausforderung bestand darin, die Flüchtlingsunterkünfte coronagerecht zu gestalten. So wurden zunächst die Speisesäle geschlossen und das Essen in die Zimmer gebracht werden. Damit die Kinder am Unterricht teilnehmen konnten, wurden sämtliche Unterkünfte mit Wifi ausgestattet.

Trotz der Anstrengungen blieben Infektionen nicht aus. Insgesamt haben sich 663 Asylbewerber angesteckt, zehn Personen mussten in ein Krankenhaus eingeliefert werden, ein Todesopfer war zum Glück nicht zu beklagen.

Besonders dramatisch war die Situation in der Structure d'hébergement d'urgence Kirchberg (SHUK), wo Personen vor ihrer Ausweisung vorübergehend untergebracht werden. Fast die Hälfte der Bewohner dort hat sich infi-

ziert. Die Pandemie hatte auch Auswirkungen auf das Centre de rétention, wo eine ganze Abteilung geschlossen werden musste, so dass nur noch 29 Personen gleichzeitig aufgenommen werden konnten.

Mittlerweile wurde in Monnerich in Zusammenarbeit mit der Gesundheitsbehörde eine Quarantänestation eingerichtet, wo die Flüchtlinge nach ihrer Ankunft sieben Tage lang untergebracht werden. Tests stehen laut Asselborn in allen Einrichtungen hinreichend zur Verfügung. Zudem wurden psychologische Anlaufstellen eingerichtet, an die sich die Flüchtlinge jederzeit wenden können.

Durch die Pandemie hat sich auch das größte Problem, mit dem das Office national de l'accueil (ONA) konfrontiert ist, noch einmal verschärft: Angesichts der enormen Wohnungsknappheit bleiben anerkannte Flüchtlinge, die eigentlich längst in eine eigene Wohnung ziehen könnten, in den Unterkünften „hängen“. Die Aufnahmekapazitäten sind daher zeitweise fast vollständig ausgelastet. Zwar konnten dank der Unterstützung zahlreicher Kommunen neue Unterkünfte errichtet werden, doch im Immigrationsministerium würde man sich über weitere Einrichtungen freuen.

● Wenn jedes
● europäische Land
so gehandelt hätte,
gäbe es kein Moria
mehr.

Jean Asselborn, Immigrationsminister



Außen- und Immigrationsminister Jean Asselborn will trotz der Kritik an der bisherigen „menschlichen Asylpolitik“ festhalten.

Foto: Anouk Antony

Zahl der Asylbewerber nach Ländern

	Herkunftsland	Gesamtzahl	Anteil in Prozent
1	Syrien	306	26,2%
2	Eritrea	188	16,1%
3	Afghanistan	95	8,1%
4	Irak	53	4,5%
5	Iran	53	4,5%
6	Venezuela	44	3,8%
7	Türkei	41	3,5%
8	Algerien	39	3,3%
9	Tunesien	29	2,5%
10	Marokko	27	2,3%
11	Sonstige	292	25%
	Total	1 167	100%

Zahl der Asylbewerber in den vergangenen fünf Jahren

	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Total	2 447	2 036	2 318	2 204	2 048	1 167

Im Gleichschritt

Luxemburg und Deutschland vereinbaren engere militärische Zusammenarbeit, unter anderem im Weltraumbereich

Von Marc Hoscheid

Vor einigen Jahren hätte die deutsche Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) als gebürtige Saarländerin und ehemalige Ministerpräsidentin des Bundeslandes noch eine deutlich kürzere Anreise nach Luxemburg gehabt. Doch auch wenn die geografische Distanz seit ihrem Wechsel in die Bundespolitik nach Berlin größer geworden ist, weiß sie die militärische Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Luxemburg dennoch zu schätzen, wie sie gestern im Anschluss an ein Arbeitstreffen mit ihrem luxemburgischen Amtskollegen François Bausch (Déi Gréng) unterstrich.

Kramp-Karrenbauer lobte die hohe Professionalität der luxemburgischen Soldaten. Man arbeite in Afghanistan und bei der Minusma-Mission in Mali sowie generell auf EU- und NATO-Ebene eng zusammen. „Dabei geht es nicht um die Frage, wer wie viele Truppen stellt, sondern um die Qualität der Beiträge und die Beiträge der luxemburgischen Seite sind von einer besonders hohen Qualität.“

Kein schneller Afghanistanabzug

In Afghanistan sei aktuell von besonderem Interesse, die Soldaten vor einer möglicherweise steigenden Bedrohung durch die Taliban zu schützen. Gleichzeitig hoffe man, dass durch die demnächst in der Türkei anlaufenden Friedensverhandlungen bald eine politische Lösung gefunden wird. Beide Minister warnten vor einem überstürzten Abzug der Truppen, da ein solcher die erzielten Erfolge gefährde. „Der Abzug aus Afghanistan kann nicht vom Kalender, sondern muss von der Sicherheitslage abhängen.“ Auch in der Sahel-Zone, bei der es sich um „eine der ganz entscheidenden Regionen für die Sicherheit Europas“ handle, brauche es einen vernetzten Ansatz, also eine Mischung aus direkter militärischer Terrorbekämpfung und nachhaltiger politischer Befriedung.

Einig sind sich Bausch und Kramp-Karrenbauer ebenfalls dar-

in, dass der Kampf gegen den Klimawandel auch mithilfe des Militärs geführt werden muss. Dieser sei nämlich oftmals der eigentliche Grund für Konflikte, beispielsweise um knapper werdende Ressourcen. Neben der Einschätzung von Gefahren durch das Klima gelte es zudem den ökologischen Fußabdruck der Armeen selbst zu verringern.

Auch mit Blick auf das Zwei-Prozent-Ziel der NATO liegen Bausch und Kramp-Karrenbauer auf einer Linie. „Am Ende geht es nicht um eine Zahl, sondern um konkrete Fähigkeiten“, so Kramp-Karrenbauer. Sie gab zu bedenken, dass ein Rückgang bei der Wirtschaftsleistung eines Landes dazu führen kann, dass es das Zwei-Prozent-Ziel erreicht, weil das Bruttoinlandsprodukt sinkt, ohne mehr in Verteidigung inves-

tiert zu haben.

Weltraumstrategie bis Jahresende

„Wir wollen uns unserer Verantwortung nicht entziehen, jeder muss seinen Beitrag leisten, aber der kann erstens unterschiedlich sein und wir müssen das zweitens breiter sehen“, meinte Bausch. Man müsse auch die Diplomatie und die Entwicklungshilfe mit berücksichtigen. Ob diese Position in der NATO mehrheitsfähig ist und wie die USA dazu stehen, muss sich laut Kramp-Karrenbauer aber erst noch zeigen.

Intensiviert werden soll die Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und dem Großherzogtum vor allem in den Bereichen Cyber, Geoinformationswesen und Weltraum. „Luxemburg ist hier an der Spitze und sehr agil beim zielgerichteten Ausbau seiner Fähig-

keiten“, meinte Kramp-Karrenbauer. Bausch kündigte seinerseits an, dass sich Luxemburg bis zum Ende des Jahres eine Weltraumstrategie geben wird.

Als Projekt mit Vorbildcharakter nannte Bausch den Observationssatelliten LUXEOSys. Dieser solle als Beitrag Luxemburgs zur NATO ausschließlich der Verteidigung dienen und nicht kommerziell genutzt werden. Das bedeutet, dass die generierten Bilder den Bündnispartnern kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Dies sei auch von Anfang an so geplant gewesen und die Idee, den Satelliten möglicherweise auch kommerziell zu nutzen, erst am Ende der vorherigen Legislaturperiode „drangehängt“ worden.



Die deutsche Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer folgte mit ihrem gestrigen Besuch im Großherzogtum einer Einladung ihres luxemburgischen Amtskollegen François Bausch. Foto: Gerry Huberty

Neue Pressehilfe zielt auf Qualität

Die Medien sollen besser unterstützt werden, es bleiben aber Zweifel

Luxemburg. Im Juli 2020 legte Premier- und Medienminister Xavier Bettel (DP) die Reform der Pressehilfe vor. Einem arg gebeutelten Sektor, der gerne auch ob seiner Kontrollfunktion als vierte Gewalt im Staat bezeichnet wird, soll stärker unter die Arme gegriffen wer-

den. Wobei die Arbeit der Berufsjournalisten im Zentrum stehen soll: Bezuschusst wird nicht mehr pro bedruckter Seite, sondern pro professionellem Schreiberling – egal ob in einer Online-Redaktion oder für ein Druckerzeugnis arbeitend.

Das klingt zunächst lobenswert, aber hält es, was versprochen wird? Und wie steht es um die Zukunft der Zeitungen und Magazine, die im Vergleich mit den Online-Medien die hohen Druckkosten verkraften müssen – und dennoch nicht mehr Unterstützung er-

halten? Ist das Zeitungssterben eingeläutet, weil der hippe Premierminister digital first propagiert?

Gerade einmal zwei Millionen Euro mehr pro Jahr ist der Regierung die Medienvielfalt wert, die sich in den vergangenen Jahren bereits verschoben hat. Und die Auswirkungen auf die Attraktivität des Berufsjournalismus sind noch lange nicht abzusehen. *wel*

Geld für die vierte Gewalt

Die Reform der Pressesubvention bleibt im Sektor umstritten

Von Annette Welsch

Luxemburg gehört im europäischen Vergleich zu den Ländern mit einer starken Tradition der Pressesubventionen und einem ausgeprägten staatlichen Interventionismus. Das erklärt sich durch einen begrenzten und stark umworbenen Medienmarkt sowie ein begrenztes Zielpublikum – die Unabhängigkeit und Freiheit der Presse sowie der Medienpluralismus sollen so erhalten bleiben, politischer Druck und Einflussnahme verhindert werden.

Mit acht Millionen Euro pro Jahr – 13 Euro pro Einwohner – unterstützt der Staat derzeit die Medien, sprich die Druckerzeugnisse und Online-Angebote. Die Summe soll nun auf 10,3 Millionen Euro pro Jahr ansteigen. Aber wird das reichen?

Denn technologischer und ökonomischer Wandel machen den Medienhäusern zu schaffen. Gratiszeitungen vereinnahmen durch ihre hohe Verbreitung den Annoncenmarkt, Wirtschaftskrisen und Wettbewerbsdruck lassen die Werbeausgaben der Unternehmen einbrechen, staatliche Bekanntmachungen werden zunehmend ins Internet verlegt, Online-Medien schießen aus dem Boden, wobei weltweit bislang noch kein wirklich effizientes Finanzierungsmodell dafür gefunden wurde. Soziale Medien ersetzen zunehmend klassische Medien, für die bezahlt werden muss. Die klassische Printklientel mit ihren treuen Abonnenten stirbt langsam aus. Die Kosten für Papier steigen. Der Wettbewerb ist schlicht härter geworden.

Auch an Luxemburgs Medienlandschaft geht dieser Wandel nicht spurlos vorbei. Ganze Gruppen werden verkauft, weil sich nur noch wenig Profit machen lässt und Umstrukturierungen anstehen, ausländische Medienhäuser steigen in den Markt ein. Zusätzlich zum Print müssen E-Paper-Produkte entwickelt und Online-Angebote gemacht werden, die möglichst auch Einnahmen oder Abonnenten bringen sollen. In den vergangenen Jahren kam die Gratis-Zeitung „L'essentiel“ hinzu, aber mit dem „Le Jeudi“ und dem „Lëtzebuerger Journal“ wurden auch zwei Printprodukte eingestellt. Letzteres sattelte auf ein rei-

nes Online-Angebot um, so wie auch mit dem „Reporter.lu“ mittlerweile ein reines Online-Angebot entstanden war.

Aufwertung der Journalistenarbeit

In diesem Wandel legt Medienminister Xavier Bettel (DP) mit der so genannten Hilferegelung für einen professionellen Journalismus eine Reform der bisherigen Presseförderung vor: Es soll über die Aufwertung der redaktionellen Arbeit in die Qualität investiert werden – es sollen nicht mehr die bedruckten Seiten, sondern die beschäftigten Berufsjournalisten zählen, es wird ein einheitlicher Rahmen für Druck- und Online-Medien geschaffen und Gründer-Verleger sowie die ehrenamtlichen so genannten Bürger-Medien werden unterstützt. Erklärtes Ziel: Das aktuelle System soll optimiert, die künftigen Herausforderungen antizipiert, die Diversität gefördert und die Qualität aufgewertet werden, wobei die editoriale Unabhängigkeit und die operationelle Autonomie respektiert werden. Vom Gesetz profitieren vor allem die Online-Medien, die erst seit 2017 staatlich unterstützt werden.

Nicht betroffen sind die RTL-Gruppe, die über einen Konzessionsvertrag mit dem Staat finanziert wird und das öffentlich-rechtliche, soziokulturelle Radio 100,7, dessen Budget auf einem Gesetz beruht: 2020 erhielt das Radio 100,7 6,62 Millionen Euro. Und 2021 trat die neue Konvention mit RTL in Kraft: Der Staat finanziert mit 9,6 Millionen Euro pro Jahr einen Teil des Defizits des luxemburgischen TV-Programms.

Arbeit der Parlamentarischen Kommission

Den formellen Einsprüchen des Staatsrats, unter anderem dass verschiedene Regelungen im Gesetz stehen müssen und nicht in großherzogliche Verordnungen ausgelagert werden sollen, hat die parlamentarische Medienkommission bereits Rechnung getragen. Ganze 22 Gesetzesänderungen wurden eingebracht, die nun zurück an den Staatsrat gehen. Darunter sind etliche Präzisierungen zu den Übergangsbestimmungen und

den Bürger-Medien, die nun nur noch einen Berufsjournalisten beschäftigen müssen. Auch die Indexierung der Pressehilfe soll verankert werden.

Gutachten der Vereinigung der Berufsjournalisten (ALJP)

„Die wahre Herausforderung im Mediensektor besteht darin, ein gesundes Gleichgewicht zu finden zwischen der schnellen und maximalen Verbreitung von Informationen einerseits und der Forderung einer gewissen journalistischen Qualität, die auf einer minutiösen und glaubwürdigen Recherchearbeit beruht“, schreibt die ALJP. Sie begrüßt zwar ausdrücklich den Geist des Gesetzes, mehr auf Qualität und Investitionen im Print zu drängen und Online und Druckerzeugnisse gesetzlich gleichzustellen. Es gebe aber auch Journalisten, die freiberuflich und unabhängig von einem Herausgeber arbeiten wollen. Sie riskieren zu Verlierern dieser Reform zu werden, wenn Herausgeber aus finanziellen Gründen nicht mehr auf sie zurückgreifen, mahnen die Journalisten. Sie verlangen auch eine genauere Definition des Journalisten professionel im Pressegesetz, denn es gebe nicht nur schreibende Journalisten, sondern auch Fotografen, Kameramänner, Web content oder social media Manager sowie so genannte Fact checker – Berufsbilder, die teils mit den neuen Medien erst entstanden. Sie sind vom Presserat anerkannt und sollten auch finanziell im neuen Gesetz als Professionelle berücksichtigt werden können. Und wenn das Pressegesetz in diesem Sinn schon abgeändert werden muss, dann sollte dort auch endlich der Informationszugang für Journalisten hinzugefügt werden, so wie das Regierungsprogramm es vorsieht. Die ALJP beklagt des Weiteren eine klare Bevorzugung der Online-Medien die Kosten und den Aufwand betreffend: Während ein Zeitungsverleger mindestens sechs Mal pro Woche publizieren muss an mindestens 50 Wochen pro Jahr und mit einer Vielzahl an selbst verfassten Artikeln, braucht ein Online-Verleger für die gleiche staatliche Subvention nur zwei Artikel pro Tag an sechs Tagen der Woche zu ver-

öffentlichen. Die Journalisten kritisieren auch den Betrag von 30 000 Euro pro Berufsjournalist, der ursprünglich bei 55 000 Euro lag. Man befürchtet, dass die Verleger dies als Richtwert des Gehalts ansehen werden und dass ein Journalist künftig als Einnahmequelle betrachtet wird und eben nicht dem Ziel des Gesetzes entsprechend ob seines Professionalismus und der redaktionellen Qualität aufgewertet wird. Das wird auch dadurch untermalt, dass dem Verleger keine Pflicht zur Weiterbildung seiner Journalisten auferlegt wird – ein Plan reicht. Und schließlich findet die ALJP den Gesamtbetrag im Vergleich zu anderen Staatsausgaben eher bescheiden – nur gut zwei Millionen Euro mehr, wobei der Verlegerkreis um Online, Monats- und Gratiszeit-schriften oder Gründer-Verleger vergrößert wird. „Wird dadurch wirklich die journalistische Qualität verbessert und ein Paradigmenwechsel eingeläutet?“, fragt die ALJP.

Gutachten der Association Luxembourggeoise des Médias d'Information (Almi)

Die zehn Herausgeber formulieren sechs Empfehlungen. Um das System klarer, einfacher und flexibler für künftige Entwicklungen zu gestalten, sollten die Bedingungen gelockert werden, beispielsweise das Erscheinen auf Minimum viermal die Woche an 50 Wochen im Jahr festzulegen oder auch einen einzigen Grund- sowie Deckelungsbetrag vorzusehen. Die Beträge pro Berufsjournalist sollten zudem gestaffelt werden je nach Größe der Redaktion: 55 000 Euro (1-10 Journalisten), 45 000 Euro und 30 000 Euro (ab 21 Journalisten). Alle Mitarbeiter mit Pressekarte des Presserates und auch die mit befristetem Vertrag sollten in Betracht gezogen werden. Um hohe Kosten zu vermeiden, sollte auf die Forderung einer von einem Wirtschaftsprüfer kontrollierten analytischen Buchhaltung verzichtet werden. Eine Ehrenerklärung mit Kontrollmöglichkeit sollte reichen. Die Pressehilfe sollte zudem indexiert sein.

Gutachten des Presserats

Der paritätisch mit Journalisten und Herausgebern besetzte Presserat verweist auf die anderen Gutachten und konzentriert sich auf seine Hauptaufgabe: Die Pressekarte zu vergeben, die künftig eine

zentrale Rolle spielen wird. In diesem Sinn schlägt er eine neue Definition der Berufsjournalisten vor. Als Berufsjournalist sollte nicht gelten, wer ihn als „vergüteten Hauptberuf“ ausübt, sondern wer seinen Lebensunterhalt seit mindestens drei Monaten überwiegend aus hauptberuflicher journa-

listischer Tätigkeit erzielt, volljährig und im Besitz der Bürgerrechte ist. Fotografen und Video-Editoren zählen zu den Journalisten, aber nicht reine Mitarbeiter in Redaktionen oder Personen, die Werbung oder Handel betreiben. Und schließlich wiederholt der Presse- rat eine lange Forderung: Wenn

das Pressegesetz schon im Zuge der Reform der Pressehilfe abgeändert werden muss, dann sollte endlich das Recht auf Informationen von Institutionen, Verwaltungen und Organismen des öffentlichen Rechts für Berufsjournalisten eingeschrieben werden.

Hauptpunkte des Gesetzes

Das aktuelle System unterstützt nur Publikationen, die hauptsächlich in einer der drei Amtssprachen verfasst sind. Monats- sowie Gratis-Publikationen sind ausgeschlossen. Künftig gewährt der Medienminister einem Verleger, der eine Vielzahl an Voraussetzungen erfüllen muss, 30 000 Euro pro vom Presserat anerkannten Berufsjournalisten, der einen unbefristeten Vertrag hat – auf Vollzeit gerechnet. Es gibt eine Innovationsprämie von 200 000 Euro pro Jahr, wenn ein Chefredakteur und ein

Team von Berufsjournalisten beschäftigt sind, das zusammen einer Vollzeitbeschäftigung von mindestens fünf Personen entspricht.

Aber: Die Publikation muss für die gesamte Bevölkerung zugänglich sein, sie muss in einer Sprache verfasst sein, die mindestens 15 Prozent der Bevölkerung beherrschen, es muss ein Weiterbildungsplan für die Journalisten bestehen und ein Jahresbericht erstellt werden. Dieselben Regeln gelten dann für Online-Medien, ihnen wurde seit 2017 pauschal

100 000 Euro pro Jahr zugestanden. Die maximale Zuwendung darf 1,6 Millionen Euro für eine Tages-, 800 000 Euro für eine Wochen- und 650 000 Euro für eine Monatspublikation sowie 550 000 Euro für ein Online-Medium nicht überschreiten. Mehr als 2,5 Millionen Euro kann eine Mediengruppe für all seine Produkte nicht erhalten. Und einen Betrag von mindestens 50 Prozent der gewährten Hilfe muss der Verleger pro Jahr selber verdienen.

Um die Pressevielfalt zu fördern, gibt es eine klar geregelte Zuwendung für Gründer-Herausgeber von 100 000 Euro, die maximal zwei Jah-

re gewährt wird und für die leichtere Bedingungen gelten. Ihre Zahl ist auf fünf pro Jahr limitiert. Die beim Minister angesiedelte Aide à la presse-Kommission bestehend aus zehn Mitgliedern aus dem Medienbereich erstellt ein Gutachten zu den Anträgen. Die größtenteils ehrenamtlich betriebenen so genannten Bürger-Medien können jährlich 100 000 Euro beantragen, wenn dort Berufsjournalisten entsprechend von zwei Vollzeitstellen beschäftigt sind. Hier werden allerdings Probleme gesehen, denn die wenigsten können dies erfüllen, weil

Künftige Pressehilfe laut Gesetzesprojekt

Publikation	Anzahl der Journalisten	Hilfe in Euro
Letzeburger Land	6	380 000 €
Letzeburger Journal	7,7	431 000 €
Revue	8	440 000 €
Tageblatt	45	1 550 000 €
L'essentiel	26	980 000 €
Le Quotidien	21	830 000 €
Paperjam	15	650 000 €
Reporter	8	440 000 €
Luxemburger Wort	84	1 600 000 €
Telecran	8	440 000 €
Contacto	8	440 000 €
Luxembourg Times	5	350 000 €
Woxx	7,62	438 600 €
Zeitung vum Letzeburger Vollek	7	410 000 €
Total		9 379 600 €

Quelle: data.public.lu

Die aktuelle Pressehilfe im Jahr 2020

	2020		2020
Luxemburger Wort	1 201 093,64	contacto.lu	100 000
Le Quotidien	1 045 745,91	luxtimes.lu	100 000
Lëtzeburger Journal	715 035,27	delano.lu	100 000
Lëtzeburger Land	306 805,25	paperjam.lu	100 000
Revue	361 453,52	lessentiel.lu/de	100 000
Tageblatt	1 234 229,17	lessentiel.lu/fr	100 000
Télécran	351 034,45	lequotidien.lu	100 000
Woxx	272 481,75	wort.lu/fr	100 000
Zeitung vum		tageblatt.lu	100 000
Lëtzeburger Vollek	397 375,09	woxx.lu	100 000
		moien.lu	100 000
		wort.lu/de	100 000
		reporter.lu	100 000
Total	5 885 254,03		1 300 000

Quelle: data.public.lu

Grenzkommunen wollen stärker kooperieren

GREVENMACHER/ECHTERNACH/BITBURG (red) Grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird angesichts der Corona-Pandemie schwieriger, aber nicht unmöglich. Und so wollen die deutschen und luxemburgischen Grenzgemeinden ihre Zusammenarbeit weiter intensivieren, so das Ergebnis einer Videokonferenz und damit eines dritten Treffens von Bürgermeistern, Schöffen und Landräten zwischen Perl und Wormeldange im

Süden bis Beaufort und Arzfeld.

Zu den Begründern der Initiative, den Leader-Regionen an Mosel, Sauer und Our – Miselerland, Moselfranken, Region Mëldall und Merzig-Wadern –, kamen noch die Leader-Regionen Bitburg-Prüm und Éislek hinzu. Wichtiger Partner der Initiative ist auch weiterhin das Entwicklungskonzept Oberes Moseltal („EOM“). Ziel ist eine dauerhafte grenzübergreifende Zusammenarbeit der Kommunen und die „Weiterentwicklung der Region zu einem gemeinsamen, offenen Nachbarschaftsraum“. Um dieses Ziel zu erreichen und die gemeinsamen Themen anzugehen, soll der Aus-

tausch dauerhaft gefestigt werden.

Mit wachsenden Aufgaben werden dazu auch zusätzliche Kräfte und erweiterte Strukturen benötigt. Saarbrugs Bürgermeister Jürgen Dixius und Marc Weyer – die Präsidenten der Leader-Regionen Moselfranken und Miselerland – betonten, dass über den reinen Austausch der Kommunen hinaus eine schlagkräftige Struktur existieren müsse. Bürgermeister Jos Schoellen aus Rosport-Mompach will dazu sobald wie möglich ein „Forum der Kommunalvertreter“ in seiner Gemeinde veranstalten – sobald es die Corona-Lage zulässt.



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

WIRTSCHAFT

Luxemburgs „Corona-Wunder“

Warum die Wirtschaft die Folgen der Pandemie so gut verkraftet

Von Nadia Di Pillo

Vom menschlichen und gesundheitlichen Standpunkt aus war das Jahr 2020 in Luxemburg ohne Zweifel ein „annus horribilis“. Gleichzeitig aber stellt man fest, dass die luxemburgische Wirtschaft die Folgen der Pandemie bislang besser verkraftet hat als erwartet. „Das Großherzogtum zeigt eine überraschende Widerstandsfähigkeit sowohl in Bezug auf die wirtschaftliche Aktivität, die Beschäftigung als auch im Bereich der öffentlichen Finanzen“, stellt Muriel Bouchet von der Fondation Idea fest.

So ist Luxemburgs Wirtschaft im Jahr 2020 um „lediglich“ minus 1,3 Prozent abgesackt. Das teilte der Statec am Montag mit und korrigierte damit eine frühere Prognose nach oben. Zuletzt war die Statistikbehörde noch davon ausgegangen, dass Luxemburgs Wirtschaftseinbruch im Jahr 2020 minus 3,5 bis minus 4,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr betragen würde.

Die überraschende Widerstandsfähigkeit Luxemburgs zeigt sich auch auf dem Arbeitsmarkt. „Luxemburg ist unter den 27 Ländern der Europäischen Union eines der wenigen – wenn nicht sogar das einzige – das im Jahr 2020 einen Anstieg der Beschäftigung von 1,9 Prozent im dritten Quartal erreicht hat; die drei Nachbarlän-

der haben einen Rückgang von etwa einem Prozent verzeichnet“, gibt Muriel Bouchet zu bemerken. Allgemein habe sich die Beschäftigung in den meisten Wirtschaftszweigen gut gehalten.

„Auch bei den öffentlichen Finanzen befindet sich Luxemburg im Vergleich zu seinen Nachbarländern und der Eurozone insgesamt in einer guten Verfassung“, fügt der Wirtschaftsexperte hinzu.

Spezialisierung und Heimarbeit

Wie lässt sich das erklären? „Erstens hat sich die relative sektorale Spezialisierung Luxemburgs zu seinen Gunsten ausgewirkt“, meint Muriel Bouchet. Im Vergleich zur Eurozone und den Nachbarländern zeichnet sich das Großherzogtum durch ein hohes gesamtökonomisches Gewicht des Finanzsektors und der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) aus, zwei Branchen, in denen Heimarbeit leicht umzusetzen ist. Laut Statec arbeiteten etwa 52 Prozent der in Luxemburg ansässigen Arbeitnehmer im zweiten Quartal 2020 von zuhause aus, wobei die Quote im Finanzwesen (88 Prozent) und in der IKT-Branche (77 Prozent) noch deutlich höher ist. Hinzu kommt, laut Idea, die starke „Out-performance“ Luxemburgs in bestimmten Sektoren, wie etwa in der IKT-Branche, bei den Unternehmensdienstleistungen und den

nicht-marktbestimmten Dienstleistungen.

Zweitens hat Luxemburg „vom entschlossenen Handeln der Behörden“ profitiert, insbesondere von der bestehenden Kurzarbeitsregelung. „Dadurch konnte vermieden werden, dass grundlegende Änderungen an Gesetzen und Verordnungen vorgenommen werden mussten“, sagt Muriel Bouchet. Hinzu kommen auch die anderen Hilfsmaßnahmen zur Förderung und Unterstützung der Wirtschaft. Diese durchaus disparaten Maßnahmen wurden durch den Stabilisierungsplan vom 25. März 2020 eingeleitet, im Mai 2020 durch das Paket „Neistart Lëtzebuerg“ – das sich laut Regierung auf 700 bis 800 Millionen Euro beläuft –, sowie durch weitere spezifischere Maßnahmen ergänzt.

„Laut Haushaltsentwurf 2021 umfasste das Stabilisierungsprogramm vom 25. März insgesamt mehr als zehn Milliarden Euro“, sagt Muriel Bouchet. Dieser Betrag reduziert sich jedoch auf rund 1,5 Milliarden Euro respektive 2,6 Prozent des BIP im Jahr 2020, wenn man allein die nicht rückzahlbaren Kosten berücksichtigt. „Das ist ein beträchtlicher fiskalischer Impuls, viel höher als unmittelbar nach der Finanzkrise 2008-2009.“

Immobilienkrise geht weiter

Luxemburgs Wirtschaft scheint

tatsächlich gut durch die Krise zu kommen. Aber: „In anderen Bereichen sieht nicht alles rosig aus“, sagt Muriel Bouchet. „Verschiedene strukturelle Probleme wurden durch die Gesundheitskrise sogar noch verschärft.“ Die Preise für Eigentumswohnungen, Häuser und Baugrundstücke sind im vergangenen Jahr erneut gestiegen, und zwar noch schneller als in den Vorjahren. Die Preise für Altbauwohnungen etwa haben im dritten Quartal 2020 um rund 17,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr zugelegt.

Zudem könnte die Corona-Krise eine neue „Lost Generation“ hervorbringen. Die Wirtschaftskrise hat zu einer hohen Jugendarbeitslosigkeit und somit zu einer Abkopplung junger Menschen geführt. Der Begriff NEET beschreibt junge Menschen, die weder eine Arbeit haben noch eine schulische oder berufliche Ausbildung absolvieren. Laut Europäischer Kommission ist der „NEET-Anteil“ in Luxemburg im europäischen Vergleich immer noch relativ niedrig, aber vom zweiten Quartal 2019 auf das zweite Quartal 2020 stark angestiegen.

Last but not least hat sich der Anstieg der CO₂-Emissionen im Jahr 2020 zwar verlangsamt, das sei aber „keineswegs ein dauerhaftes Phänomen“. Die Einführung einer CO₂-Steuer werde sicherlich eine positive Rolle spielen, allerdings wird Luxemburg dadurch noch immer nicht in der Lage sein, das Ziel der Klimaneutralität bis 2050 zu erreichen.

So könnte es weitergehen

Wie geht es weiter mit der luxemburgischen Wirtschaft? Die Fondation Idea hat Entscheidungsträger aus Politik und Wirtschaft um ihre Meinung gefragt: 128 Menschen haben zwischen dem 11. und 18. Februar 2021 einen Fragebogen ausgefüllt. Für das Jahr 2021 erwarten die Teil-

nehmer ein Wirtschaftswachstum von rund 1,5 Prozent und für 2022 eine Wachstumsrate von 2,7 Prozent. Das Risiko einer Pleitewelle wird laut Teilnehmer „ab dem zweiten Halbjahr 2021 und im ersten Halbjahr 2022 zunehmen“, ohne aber ein sehr hohes Niveau zu erreichen. Auf der an-

deren Seite scheinen die Mitglieder des Panels die Aufhebung der Corona-Einschränkungen nicht mit einer „Explosion“ der Arbeitslosigkeit in Verbindung zu bringen. Die Arbeitslosigkeit würde in den Jahren 2021 und 2022 sehr nahe am aktuellen Niveau bleiben. Die Teilnehmer schließen eine starke Beschleunigung der Inflation für 2021 aus. *ndp*

Außergewöhnliche Zeiten

Ein Blick auf noch die dagewesene Daten, Zahlen und Fakten aus der Wirtschaft

Von Nadia Di Pillo und Marco Meng

Eine noch die nie dagewesene Krise, eine historisch beispiellose Dimension in vielerlei Hinsicht: Die globale Corona-Pandemie – mehr als 2,4 Millionen Personen sind bisher nach einer Infektion mit Sars-CoV-2 gestorben, mehr als 112 Millionen Menschen sind positiv getestet worden – hat die am stärksten betroffenen Länder zu drastischen Maßnahmen gezwungen. Um der Wirtschaft durch die Krise zu helfen hat auch die luxemburgische Regierung vor einem Jahr ein ganzes Arsenal finanzieller Unterstützungsmaßnahmen ergriffen; es hieß, sie werde „alles Menschenmögliche tun, um Arbeitsplätze zu retten“, unter dem Motto „koste es, was es wolle“.

46 780 Menschen

„Was auch immer es kosten mag“ – das stellt die luxemburgische Wirtschaft vor nie dagewesene Herausforderungen und Zahlen. So werden etwa fast 47 000 Menschen – in erster Linie pandemiebedingt – im März in Luxemburg in Kurzarbeit sein. Das stellt einen neuen Rekord dar, im Januar waren es noch 34 117 Personen. 4 450

Betriebe haben einen Antrag gestellt – für den Monat Februar waren es 4 493. Das Konjunkturkomitee hatte am Dienstag 4 362 Anfragen davon bewilligt. Um den Unternehmen weiter unter die Arme greifen zu können, wurde beschlossen, die laufende Regelung bis zum 30. Juni zu verlängern.

300 Millionen Euro

Bislang sind laut Mittelstandsminister Lex Delles mehr als 300 Millionen Euro an Beihilfen ausgezahlt worden. Mehr als 42 Millionen Euro wurden etwa vom Mittelstands- und Wirtschaftsministerium an Betriebe für die „Aide pour investissements durables“ ausgegeben (Stand: 13. Januar 2021). Mehr als 31 Millionen Euro wurden im Rahmen der ersten Pauschalentschädigung für Kleinst- und Kleinunternehmen von 5 000 Euro ausbezahlt. Die rückzahlbare Vorschüsse belaufen sich auf 136 Millionen Euro und die staatliche Bürgerschaftsregelung auf 174,7 Millionen Euro.

12-mal mehr

In den Monaten März und April 2020, also im ersten Lockdown,

waren 135 000 Personen in Kurzarbeit, etwa 30 Prozent aller Beschäftigten des Landes – eine noch die dagewesene Situation. Der Anteil ist laut Statec viel höher als während der Finanzkrise von 2009 – „bis zu 12-mal mehr, wenn man den Höchststand im April 2020 mit dem im Juni 2019 vergleicht“. Im Juni 2009 seien „nur“ 3,4 Prozent der Arbeitnehmer betroffen gewesen. „Berücksichtigt man die Angestellten, die die Maßnahme am Ende tatsächlich in Anspruch genommen haben, so verringert sich die Quote auf 1,7 Prozent“, stellt der Statec fest.

Zwischen -0,5 und plus vier Prozent

Die zweite Welle des Corona-Virus hat der wirtschaftlichen Erholung, die sich im dritten Quartal 2020 abzeichnete, einen Dämpfer versetzt. Die Statistikbehörde geht davon aus, dass Luxemburgs Wirtschaftseinbruch 2020 minus 3,5 bis 4,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr beträgt. Große Unsicherheit herrscht darüber, wie das laufende Jahr sein wird. Bei einer negativen Pandemieentwicklung rechnen die Ökonomen von Statec für 2021 mit einem Minus von 0,5 Pro-

zent bei der Wirtschaftsleistung. Wird die Pandemie stark abflachen, zum Beispiel wegen der Impfstoffe, könnte die Wirtschaft sogar um vier Prozent wachsen.

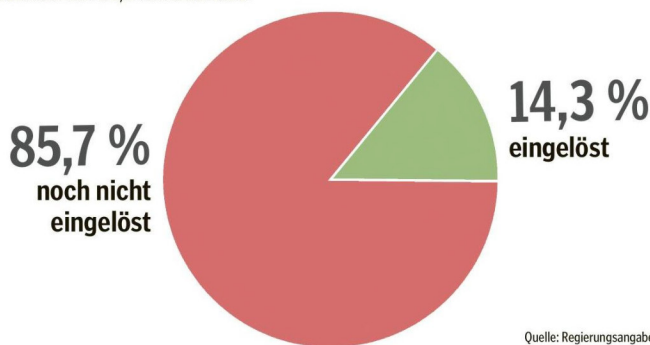
Minus sechs bis acht Prozent

Der Statec geht für 2020 von einem Konsumrückgang zwischen sechs und acht Prozent gegenüber dem Vorjahr aus. Die verschiedenen Konsumbereiche sind in sehr unterschiedlicher Weise von den Folgen der Pandemie betroffen. Einige Ausgaben, wie die für Miete und Versicherung, wurden kaum von der Corona-Krise beeinträchtigt. Die Ausgaben für Lebensmittel im Einzelhandel sind sogar um drei Prozent gestiegen. Die Ausgaben für langlebige Güter wie Möbel, Haushaltsgeräte oder Autos wurden im Lockdown mäßig bis stark beeinträchtigt, stiegen danach aber wieder.

● Mehr als 300
● Millionen Euro an Beihilfen wurden ausgezahlt.

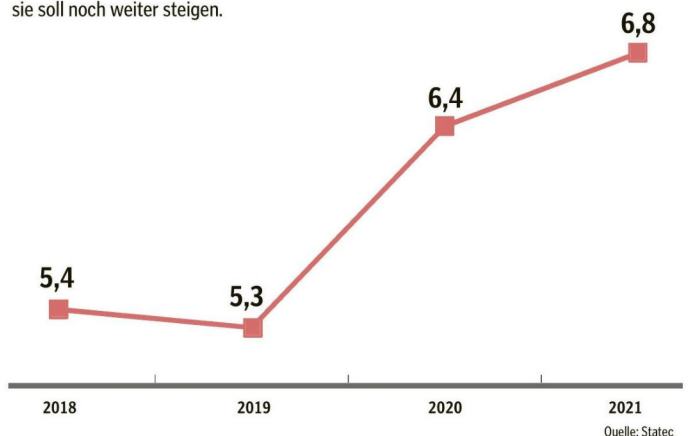
Angeschlagener Sektor

Bisher wurden 104 401 Übernachtungsgutscheine zu 50 Euro in 264 Übernachtungsstrukturen eingelöst. Die Gutscheine gelten bis 18. April 2021. 5,2 Millionen Euro haben folglich Hotels und Campingplätze damit eingenommen. Die Regierung hatte letzten Sommer an insgesamt 730 000 Personen solche Gutscheine verschickt im Gesamtvolumen von 36,5 Millionen Euro.



Mehr Arbeitslose

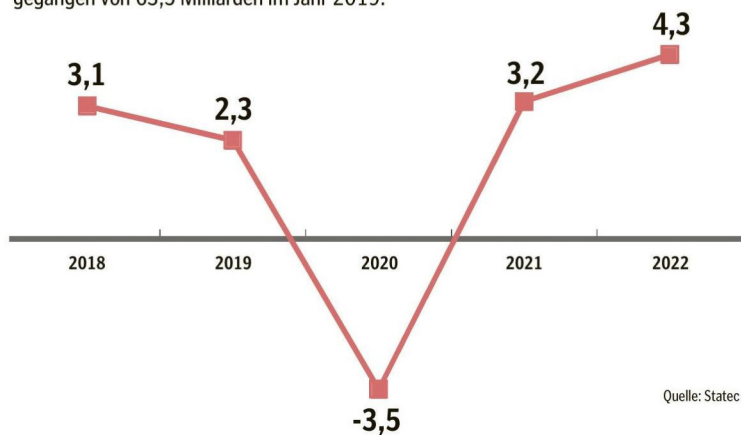
2020 stieg die Arbeitslosenquote auf etwa 6,4 Prozent von 5,3 Prozent im Jahr 2019; sie soll noch weiter steigen.



2020: Luxemburg in der Rezession

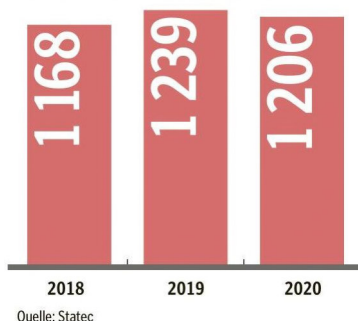
Angaben: Veränderung des realen BIP in Prozent zum Vorjahr

Luxemburgs Wirtschaftsleistung (BIP) ist 2020 auf rund 61 Milliarden Euro zurückgegangen von 63,5 Milliarden im Jahr 2019.



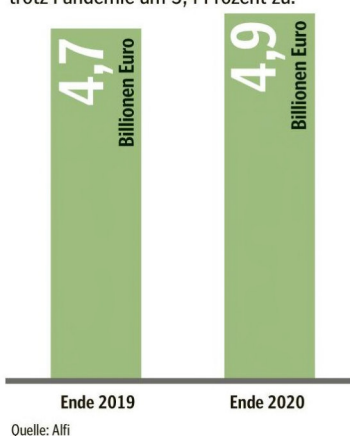
Damoklesschwert Insolvenz

Ein signifikanter Anstieg der Zahl der Insolvenzen war 2020 noch nicht zu verzeichnen, auch wenn in Anbetracht der besonderen Situation in Bezug auf Covid-19 das Statistikamt Statec in den kommenden Monaten „einen Anstieg der Zahl der Insolvenzen“ erwartet.



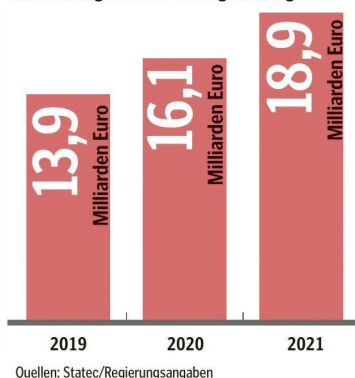
Wachsendes Fondsvermögen

Das Vermögen, das Luxemburger Fonds verwalten, nahm im vergangenen Jahr trotz Pandemie um 5,4 Prozent zu.



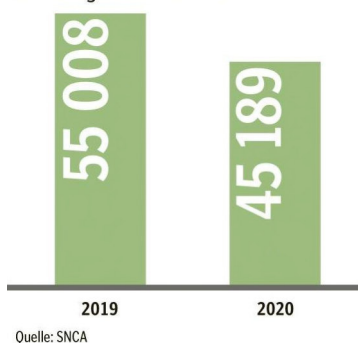
Höhere Verschuldung

Weggebrochene Steuereinnahmen und höhere Ausgaben lassen die Verschuldungsquote ansteigen; die Verschuldung ist im Hinblick auf Luxemburgs Kredit-Rating wichtig.



Weniger Auto-Neuzulassungen

2019 gab es mehr als 55 000 Neu-zulassungen von Personenautos, 2020 waren es 18 Prozent weniger und damit gleichzeitig die niedrigste Zahl an Auto-zulassungen seit 18 Jahren.



„Die Zeit nach der Krise vorbereiten“

Damit sich die Wirtschaft nachhaltig erholt, müssen jetzt die Weichen gestellt werden, so Handelskammerpräsident Luc Frieden

**Interview: Nadia Di Pillo
und Marco Meng**

Seit einem Jahr beherrscht die Corona-Pandemie das Wirtschaftsleben. Wie hat Luxemburg bislang die Krise überstanden und vor allem: Wie kommt das Land wieder aus dem Krisenmodus heraus? Luc Frieden, Präsident der Handelskammer, spricht sich im Gespräch mit dem „Luxemburger Wort“ klar gegen Steuererhöhungen aus – sie wären kontraproduktiv.

Luc Frieden, sind Sie zufrieden mit der Arbeit von Wirtschafts- und Finanzminister zur Stützung der Wirtschaft? Oder hätten Sie sich mehr gewünscht?

Kurzfristig hat die Regierung getan, was zu tun war und mit einer ganzen Reihe von Beihilfen die Wirtschaft gestützt, vor allem die Sektoren, die durch Gesetz geschlossen worden sind. Ich denke jedoch, dass es jetzt wichtig ist – und da ist noch nicht genug getan worden – die Zukunft vorzubereiten, denn auch diese Krise geht irgendwann zu Ende. Dann muss der Schaden, den der Lockdown verursacht hat, behoben und die Wirtschaft fit gemacht werden. Da mache ich mir für Europa und Luxemburg Sorgen, dass da zu wenig getan wird.

Was sollte denn von der Regierung getan werden?

Das ist nicht nur eine Aufgabe der Regierung, sondern aller, die sich mit Wirtschaft- und Sozialfragen beschäftigen. Wichtig ist zu versuchen, die Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung zu verbessern. Wenn die Wirtschaft so stark eingebrochen ist, muss man versuchen, Wachstum zu schaffen. Und Wachstum schafft man nicht, indem man einfach Geld austeilt, sondern indem man Unternehmen bei Investitionen und der Schaffung von Arbeitsplätzen unterstützt. Wir müssen erstens gegenüber dem Ausland konkurrenzfähiger werden. Zweitens müssen wir – nicht nur einmal, sondern ständig – administrative Prozeduren vereinfachen. Und drittens müssen wir die Steuerpolitik gezielt einsetzen, damit wir ein attraktives Umfeld haben, vor allem um Investitionen in die Digitalisierung und den ökologischen Wandel steuerlich zu unterstützen.

Der Lockdown wurde verlängert, ein Hilfspaket für die Unternehmen folgt auf das nächste. Wie lange können wir uns das noch leisten?

Kurzfristig können wir uns das leisten, aber ich mache mir große Sorgen über das Staatsdefizit und die Staatsverschuldung, sowohl in Luxemburg wie in Europa. Wir werden 2020-2021 die höchsten Defizite und Staatsverschuldung seit dem Zweiten Weltkrieg haben. Deshalb gilt es, so schnell wie möglich aus dieser Situation herauszukommen, und zwar durch die angesprochene gezielte Wachstumsförderung, um damit neue Einnahmen zu erreichen. Die Lösung kann nicht sein, Steuern zu erhöhen. Die Lösung muss sein, Ausgaben zu überprüfen, kombiniert sogar in einigen Fällen mit Steuerreduzierungen, damit wirtschaftliche Aktivität entsteht. Das ist eine sehr schwierige Aufgabe. Etwas Ähnliches haben wir nach der Finanzkrise geschafft, allerdings ist die Situation der Staatsfinanzen heute schlechter als damals

● **Wir müssen**
● **Konsum und Investitionen fördern.**

in der Periode von 2008 bis 2012. Kurzfristig sind also die Staatshilfen notwendig und bezahlbar, längerfristig wird es zum Problem. Auch generell in Europa ist besorgniserregend, dass die Gesamtstaatsschuld auf etwa hundert Prozent des BIP angewachsen ist, was nicht tragfähig ist.

Muss man nicht befürchten, dass es zu Steuererhöhungen kommt?

Ich glaube, dass man Steuern immer im Vergleich zu anderen Wirtschaftsräumen sehen muss. Um die Wirtschaft nach der Krise anzukurbeln, müssen wir Konsum und Investitionen fördern. Höhere Steuern aber bremsen Investitionen und Konsum. Steuererhöhungen wären somit negativ für die wirtschaftliche Entwicklung und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Steuererhöhungen können also keine Lösung sein.

Andere Länder wie etwa Italien und Frankreich waren bereits vor Corona hoch verschuldet und verschulden sich nun weiter. Droht eine neue Eurokrise?

Wenn die Finanzmärkte das Gefühl haben, dass Schulden nicht zurückgezahlt werden, kann es so weit kommen. Ich bin darum auch gegen einen Schuldenerlass, wie einige ihn fordern. Das schafft kein Vertrauen. Es ist deshalb geboten, sich ab dem Sommer intensiv mit der Reduzierung des Staatsdefizits und der Staatsverschuldung in Europa zu beschäftigen. Die Außerkraftsetzung der Maastricht-Stabilitätskriterien, die in der Krise nachvollziehbar ist, darf nicht zum Dauerzustand werden. Kurzfristige Hilfen sind notwendig, aber es darf nicht zu einer permanenten Verstaatlichung der Wirtschaft kommen. Das ist nicht finanzierbar.

Zurück zu Luxemburg: Was kann noch getan werden, um eine Pleitewelle abzuwehren oder zumindest abzuschwächen?

Die kurzfristigen Staatshilfen, verbunden mit den Hilfen der luxemburgischen Banken wie Rückzahlungsmoratorien haben viele Pleiten verhindert. Auf längere Sicht kann das aber nur gelingen, wenn die Rahmenbedingungen verbessert werden. Auch das wird nicht alle Insolvenzen verhindern. Nicht alle Sektoren sind gleichermaßen von der Krise betroffen, darum muss man sich vor allem um die Sektoren kümmern, die besonders hart getroffen wurden wie zum Beispiel den Horeca-Sektor und die Veranstaltungsbranche. Man muss also selektiv vorgehen.

Sind Sie zufrieden mit dem bisherigen Impfverlauf? Erhoffen Sie sich ab Sommer ein Ende der Restriktionen und eine Neubelebung der Wirtschaft?

Die Impfkampagne in Europa ist nicht zufriedenstellend. In einem hoch entwickelten Gesundheitssystem hätte man sich erwarten können, dass schneller produziert und verteilt würde. Es muss alles getan werden, damit die Impfkampagne schneller wird. Es ist der Schlüssel, um aus der Krise herauszukommen, und Europa

wie Luxemburg müssen sich überlegen, ob sie nicht zusätzliche Impfstoffe in anderen Staaten kaufen, um die Impfungen zu beschleunigen.

Gibt es einen Plan, wie Unternehmen in den Impfprozess einbezogen werden können?

Nein, aber wir würden es sehr begrüßen, wenn sich die Zahl derer, die die Impfung vornehmen können, vergrößert würde. Die größeren Unternehmen hierzulande sind bereit, sich aktiv an der Impfkampagne zu beteiligen damit es schneller geht.

Die Pandemie zeigte, wie abhängig Europa von China ist. Wird sich in der Wirtschaftsbeziehung zu China etwas ändern? Wird Europa selbstständiger werden und vielleicht Industrien, die man abschaffte oder auslagerte, wieder aufbauen?

Das mag in einigen Bereichen, wie etwa bei Medikamenten, der Fall sein. Grundsätzlich aber glaube ich nicht, dass sich das fundamental ändern wird, weil wir in einer globalen Wirtschaft leben. Die globale Wirtschaft ist ein Fakt, den man positiv sehen muss. Das gilt übrigens auch, um aus der Krise herauszukommen. Ich stelle fest, dass in den Jahren 2020 bis 2022 die chinesische Wirtschaft um 16 Prozent wachsen wird, die amerikanische Wirtschaft um drei Prozent und die Eurozone um null Prozent. Deshalb glaube ich, dass wir gut daran täten, auch unsere Unternehmen zu ermutigen, dort wo es möglich ist, nach China und nach Amerika zu exportieren und zu investieren, um sich somit auch am Wachstum dort zu beteiligen. Die Handelskammer hat eine Strategie entwickelt, um den Unternehmen zu helfen, auch neues Wachstum im internationalen Markt zu suchen. Dazu gehören China und Amerika. Hier sollten wir unsere Unternehmen, vor allem aus Industrie und Finanzdienstleistungen, noch internationaler als bisher gestalten. Der Staat sollte dies durch Doppelbesteuerungs- und Handelsabkommen unterstützen.

Welche Lehren ziehen Sie aus dieser Corona-Krise?

Erstens, dass man verstärkt in die Digitalisierung investieren muss, sowohl in den Unternehmen wie auch beim Staat. Wir haben gemerkt, dass dieser Zukunftstrend, der vor der Krise begonnen hat, durch die Corona-

- *Wichtig ist, die*
- *Rahmenbedingungen zu verbessern.*

Krise verstärkt wurde, zum Beispiel beim Handel, bei den Banken und bei der Kommunikation. Bei Unternehmen sollte der Staat diese Investitionen auch steuerlich fördern. Zweitens: Nur die Staaten, die gesunde Staatsfinanzen vor der Krise hatten, konnten kurzfristig eingreifen und werden nach der Krise auch besser da stehen. Drittens, jede Krise wird einmal zu Ende gehen, sie dauert aber mehrere Jahre. Die Stahlkrise dauerte fast zehn Jahre, die Fi-

nanzkrise fünf Jahre und diese Krise wird drei bis vier Jahre dauern, wirtschaftlich gesehen. Deshalb schlage ich vor, dass sich die Handelskammer und die Handwerkskammer mit der Regierung an einen Tisch setzen, um eine Aktionsliste von etwa sechs Punkten auszuarbeiten, die kurzfristig umgesetzt werden können, damit Luxemburg auch nach der Krise ein attraktives wirtschaftliches Umfeld hat, und damit wir wirtschaftlich besser als unsere Nach-

barn auch nach der Krise dastehen. Ein kleiner offener Wirtschaftsraum steht schnell unter Druck, wenn es international schlecht geht, er hat aber auch die Möglichkeit, schneller aus der Krise herauszukommen, wenn flexibel und agil gehandelt wird. Daher können wir uns nicht mit den staatlichen Beihilfen zufriedengeben, sondern müssen uns, ab heute, intensiv um unsere mittel- und langfristige Konkurrenzfähigkeit kümmern.

Mit Luxemburgs Satelliten ins All

Luxemburg. Die Kleos Space hat gestern mitgeteilt, dass ein zweites Satellitenprojekt, die Polar Vigilance Mission (KSF1), in die Montage- und Validierungsphase startet. Damit habe ein zweites Satellitenprojekt von Kleos Space

einen Meilenstein erreicht. Der jüngste Erfolg stelle sicher, dass das Unternehmen im Zeitplan liege: Die Satelliten sind für einen Start Mitte 2021 an Bord einer SpaceX Falcon 9 eingeplant. Die Kleos Space mit Sitz in Luxemburg kauft Satelliten und rüstet sie zur Datenerhebung um. Die Anwendung zeigt ein Beispiel: So

sendet etwa jedes Schiff Signale aus. Tut es dies nicht, handelt es sich meist um illegale Boote. Dahinter kann etwa Menschenhandel oder illegale Fischerei stecken. Kleos Space sammelt solche Daten und verkauft sie an Regierungen oder Privatpersonen. Um die Daten erheben zu können, werden die Satelliten in die

Sonnenumlaufbahn gebracht. Dort ergänzen sie die Umlaufbahn der Kleos Scouting Mission, die Anfang November 2020 erfolgreich gestartet wurde. Auf der SpaceX Falcon 9 hat Kleos eine Art Mitfahrgelegenheit zur Sonnenumlaufbahn für die Satelliten gekauft. *mab*

Junge Branche: Healthtech

Luxemburg. Rund 100 Fachleute aus dem Bereich Gesundheitstechnologie kamen gestern für die Veranstaltung „Overcoming Covid-19: The response of the Luxembourg Healthtech sector“ zusammen. Ziel war eine Bestandsaufnahme der Entwicklung des Sektors in der

Covid-19-Pandemie. „Der Healthtech-Sektor wurde von der Regierung vor etwa zehn Jahren als einer der vorrangigen Sektoren für die Diversifizierung unserer Wirtschaft ausgewählt“, sagte Wirtschaftsminister Franz Fayot bei der Eröffnung der Konferenz. „Der Sektor ist noch jung und von einer großen Anzahl kleiner Unternehmen geprägt. Unter die-

sen Unternehmen sind auch ‚Hidden Champions‘ mit einzigartigem Know-how, die über unsere Grenzen hinaus bekannt sind“. Nach jüngsten Daten umfasst der Healthtech-Sektor in Luxemburg 136 private Unternehmen. Im Jahr 2020 beschäftigte er fast 1 880 Mitarbeiter. Im Rahmen der Konferenz berichteten sechs dieser Unternehmen, wie sie ihre Ge-

schäftsmodelle anpassen oder sich neu erfinden mussten – insbesondere durch Investitionen in die Digitalisierung. Wirtschaftsminister Franz Fayot kündigte einen Finanzierungsmechanismus an, der öffentlich-private Partnerschaften begünstigt. Details dazu werden am 1. April bekannt gegeben. *mab*

70 Millionen Euro bis 2025

DIFFERDINGEN ArcelorMittal investiert in den Standort

Armand Hoffmann

Erbgroßherzog Guillaume und Wirtschaftsminister Franz Fayot haben gestern das Werk von ArcelorMittal in Differdingen besucht. Trotz der Auswirkungen der Corona-Pandemie und steigender Konkurrenz aus Asien plant der Stahlriese, bis 2025 rund 70 Millionen Euro in die Zukunft des Standortes in Differdingen zu investieren. Bei Tripartite-Gesprächen mit Gewerkschaften und Regierung wurde Anfang Januar dieses Jahres festgehalten, keinen Standort in Luxemburg zu schließen. Besondere Aufmerksamkeit kommt jedoch dem Werk in Differdingen zugute: „Wir werden bis 2025 rund 70 Millionen Euro in diesen Standort investieren“, verriet Thomas Georges, CEO von ArcelorMittal Differdingen, gestern anlässlich

der Besichtigung des Stahlwerks.

Von den insgesamt 3.662 Arbeitern, die zurzeit noch bei ArcelorMittal in Luxemburg angestellt sind, arbeiten rund 700 in Differdingen. Seit mehr als einem Jahrhundert ist der Standort Differdingen weltweit bekannt für die Herstellung der längsten und schwersten Träger, die unter anderem beim Bau von Wolkenkratzern verwendet werden. Der Stahlkonzern hat aus diesem Grund in den vergangenen Jahren 40 Millionen Euro in eine Maschine investiert, um die Effizienz des Produktionsprozesses sowie die Qualität der Träger noch weiter zu verbessern.

Zusätzlich zu dieser Anschaffung verfügt das Werk in Differdingen dank eines Modernisierungsprogramms – das zum Teil vom Wirtschaftsministerium mitfinanziert wurde – über ein ver-

bessertes thermomechanisches Behandlungsverfahren, das die Herstellung von Trägern mit einer außergewöhnlichen Qualität ermöglicht. Dieses neue Verfahren verleiht den Stahlträgern eine hohe Streckgrenze und eine hervorragende Schweißbarkeit, während es gleichzeitig eine deutliche Gewichtseinsparung bietet. Dieses Projekt stellt eine Investition von 8,5 Millionen Euro dar.

Zukünftig soll der Stahl von ArcelorMittal grüner sprich umweltfreundlicher hergestellt werden. „Eine Tonne grüner Stahl wird teurer als herkömmlicher Stahl. Hier muss die Politik die Rahmenbedingungen schaffen und uns unterstützen“, so Roland Bastian, der Chef der Luxemburger Standorte.

OGBL und LCGB fordern Sicherung der Arbeitsplätze bei Paul Wurth

MASCHINENBAUFIRMA Das Mutterunternehmen SMS soll künftig 100 Prozent der Anteile besitzen

Raffael Wilmes

Das Großherzogtum will seine Staatsanteile an dem Paul-Wurth-Unternehmen an dessen Muttergesellschaft SMS verkaufen. Der „Lëtzebuurger Chrëschtliche Gewerkschaftsbond“ (LCGB) und der „Onofhängege Gewerkschaftsbond Lëtzebuerg“ (OGBL) können die Entscheidung des Staates laut einer Pressemitteilung nicht nachvollziehen. Der LCGB stellt Forderungen an die SMS-Gruppe, um Arbeitsplätze zu erhalten.

Die luxemburgische Regierung hat angekündigt, ihre Anteile an dem Unternehmen Paul Wurth zu verkaufen. Die Generaldirektion des Unternehmens hat am Montag die entsprechende Übernahme der Staatsanteile durch die SMS-Gruppe bestätigt. Das geht aus einer Pressemitteilung des „Christlichen Gewerkschaftsbundes Luxemburg“ (LCGB) des gleichen Tages hervor. Damit werde die deutsche SMS-Gruppe künftig alle Anteile an Paul Wurth besitzen.

Der LCGB begrüße die Tatsache, dass die aktuellen Sozialvereinbarungen bis zu ihrem Auslaufen im Jahr 2023 nicht infrage gestellt werden – wolle aber, dass das luxemburgische Sozialmodell innerhalb des Unternehmens auch nach 2023 weiter fortbestehe. Darum fordert die Gewerkschaft Garantien und formale Verpflichtungen von der SMS-Gruppe, dass es in Zukunft keine Verlagerung, Auslagerung oder Arbeitsplatzabbau geben wird. In diesem Zusammenhang hat der LCGB auch um ein dringendes Treffen mit der Geschäftsleitung gebeten – habe es seit der Ankündigung jedoch noch nicht geschafft, mit dieser in Kontakt zu treten. Daher seien die Gewerkschaftler erfahrungs-

gemäß wachsam geblieben, um die Arbeitsplätze zu erhalten. Auch der „Onofhängege Gewerkschaftsbond Lëtzebuerg“ (OGBL) nimmt eine ähnliche Haltung ein: „Wir sind prinzipiell ganz skeptisch, wenn der Staat öffentliche Anteile von Firmen verkauft“, sagt ein Sprecher des OGBL auf Nachfrage des *Tageblatt*.

Die Zukunft des Unternehmens

In einer Pressemitteilung vom 30. März fragt der OGBL, ob der Staat beim Verkauf seiner Anteile Garantien für die Arbeitnehmer aushandeln konnte. Ein Vertreter des OGBL warf im Gespräch mit dem *Tageblatt* zudem zwei nicht unwesentliche Fragen in den Raum: Warum löst sich der Staat von Paul Wurth? Und wie sieht die Entwicklung des Unternehmens am Standort Luxemburg aus?

Was die Zukunft des Unternehmens und seiner in Luxemburg entwickelten Technologien betrifft, habe die SMS-Gruppe dem LCGB bereits zuvor versichert, dass Paul Wurth Luxembourg das weltweite Kompetenzzentrum für die Entwicklung des Wasserstoffverfahrens „Green Steel“ sein werde. Zudem seien Investitionen geplant, die Zukunftsperspektiven für „High Performance“-Arbeitsplätze garantieren würden. Laut LCGB-Mitteilung sollen auch Schlüsselpositionen innerhalb der Generaldirektion von Paul Wurth mit luxemburgischen Managern besetzt werden.

Paul Wurth habe seit seiner Gründung im Jahr 1870 eine wesentliche Rolle in der Wirtschaftsgeschichte des Landes gespielt, sagen die Gewerkschaftler. Es sei ein Aushängeschild für intel-

lektuelle Kompetenz und somit ein großer Gewinn für die nationale Wirtschaft – nicht nur innerhalb der Stahlindustrie, sondern auch durch die Förderung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit anderen Ländern. Der LCGB verstehe allerdings nicht, warum der Staat sich komplett aus dem Kapital des Stahlunternehmens zurückziehe, wo doch im politischen Kurs des Großherzogtums alle innovativen Ansätze zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen gefördert würden. Auch der OGBL-Sprecher fragt sich, warum der Staat Anteile „einer Firma verkauft, die dabei ist, sich für die Zukunft einzusetzen“. Dadurch werde „die Entscheidungskraft für die Zukunft dieses Geschäftsmodells im Lande geschwächt“, heißt es in der Pressemitteilung des LCGB.

Arbeitsplätze sollen erhalten bleiben

Der LCGB fordert eine Aufklärung über die Situation im Zusammenhang mit den verschiedenen Grundstücken der Paul-Wurth-Gruppe: „Was wird damit passieren? Wird eine neue ‚Real Estate‘-Gesellschaft geschaffen? Was wird die Rolle des Staates sein?“

Laut OGBL war es bisher nicht möglich, den Wirtschaftsminister Franz Fayot (LSAP) und den Finanzminister Pierre Gramegna (DP) mit der Frage zu konfrontieren, warum der Staat seine Anteile verkauft. Fayot stand auch am Dienstag nicht für Nachfragen des *Tageblatt* zur Verfügung. Die Presseabteilung des Wirtschaftsministeriums verwies lediglich auf ein Interview vom Samstag mit RTL. Der Minister machte darin deutlich, dass die SMS-Gruppe die Staatsanteile kaufe und im Gegenzug dafür die Aktivitäten in Luxemburg ausbaue und stabili-

sire – die Vereinbarung zwischen der Luxemburger Regierung und der SMS-Gruppe komme in Form eines Kooperationsabkommens zustande. Sowohl der Name als auch die Arbeitsplätze von Paul Wurth Luxembourg sollen laut dem Wirtschaftsminister erhalten bleiben. Paul Wurth solle das grüne Zentrum von SMS werden, in dem neue Technologien entwickelt werden, um grünen Stahl zu produzieren, sagt Fayot.

Übernahme von Paul Wurth bestätigt

Luxembourg. Die Geschäftsführung von Paul Wurth Luxembourg hat die Übernahme der luxemburgischen Staatsanteile durch die deutsche SMS Gruppe am Montag in einer internen Mitteilung an die Mitarbeiter bestätigt. Das Luxemburger Traditionsunternehmen ist seit 2012 Mitglied der Gruppe. Die SMS Holding hatte 2012 die Mehrheitsbetei-

ligung an Paul Wurth übernommen. 40,8 Prozent der Anteile verblieben damals bei den öffentlichen Anteilseignern, der Société nationale de crédit et d'investissement (SNCI) (18,84 Prozent), der Spuerkeess (10,98 Prozent) und dem Luxemburger Staat (10,98 Prozent). Der Luxemburger Staat, die SNCI und die Spuerkeess wollen ihre 40-prozentige Beteiligung an Paul Wurth an dessen Muttergesellschaft SMS verkaufen. Somit wird Paul Wurth zu 100 Prozent in

deutscher Hand sein. Der Anlagen- und Walzwerkbauer SMS steckt allerdings in einer tiefen Krise und plant einen massiven Stellenabbau. In welchem Ausmaß der Standort in Luxemburg von den Umstrukturierungen betroffen sein wird, steht nicht fest. Da Luxemburg Hauptsitz des globalen Kompetenzzentrums für Wasserstoff sein soll, werde an einer Wachstumsstrategie gearbeitet, heißt es aus dem Unternehmen. In Luxemburg soll

demnach an dem im letzten Jahr unterzeichneten Plan zur Aufrechterhaltung der Beschäftigung festgehalten werden. Diese Vereinbarung läuft 2023 aus. Der LCGB fordert auch über das Jahr 2023 eine formale Verpflichtung von SMS, dass es keinen Stellenabbau geben wird und bedauert den Rückzug des Staates, wie es in einer offiziellen Stellungnahme heißt. *mab*

Der große Mangel

Engpass bei Mikrochips macht auch Autozulieferern aus Luxemburg zu schaffen – dabei sollte 2021 alles besser werden

Von Thomas Klein

Die Autoindustrie hat ein schweres Jahr mit zum Teil schweren Umsatzeinbrüchen hinter sich. Nun, mit einer, wenn auch langsam anlaufenden, weltweiten Impfkampagne und der Hoffnung auf einen Boom durch die angestaute Nachfrage, sollten die Verluste im Laufe von 2021 zumindest teilweise wieder aufgeholt werden.

Aber schon zeichnet sich die nächste Herausforderung für die Autohersteller und ihre Zulieferer ab: Bereits seit Ende vergangenen Jahres macht sich eine Verknappung des Angebots an Halbleitern und Mikrochips bemerkbar. Gerade bei den Autobauern wird das schnell problematisch. „In modernen Fahrzeugen werden alle möglichen Funktionalitäten über elektronische Steuergeräte (englisch: electronic control unit- ECU) reguliert – von der Klimaanlage bis zum Motor. In einem normalen Auto sind etwa 20 solcher ECUs verbaut. Für jede dieser Elektro-Komponenten benötigen Sie Mikrochips“, erklärt Anthony Auert, der Cluster Manager für den Bereich Automobility bei der Innovationsagentur Luxinnovation. Der Bedarf nach Mikrochips sei im Automobilsektor seit einigen Jahren deutlich gestiegen, da immer mehr Funktionen elektronisch gesteuert werden, so der Branchenexperte. „Der Bedarf nach Rechenkapazität wird sich in den kommenden Jahren mit der Zunahme der Elektromobilität und dem Aufkommen autonomer Fahrzeuge noch verstärken“, sagt er.

Gedrosselte Produktion

Kein Wunder also, dass die Branche vom Ausbleiben der Mikrochip-Lieferungen hart getroffen wird. Renault meldete vor Kurzem, dass der Automobilhersteller infolge des Mangels an Elektrobauteilen in diesem Jahr wohl etwa 100 000 Fahrzeuge weniger bauen wird als ursprünglich geplant. Schon im Dezember musste VW die Produktion der Modelle Golf und Tiguan mehrfach unterbrechen. Laut der Marktforschungsfirma IHS Markit werden im Jahr 2021 infolge des Engpasses voraussichtlich etwa eine Million Fahrzeuge weniger gebaut.

Auch die Luxemburger Automobilindustrie ist von dem Mangel betroffen. „Ein Großteil unserer Produkte wird als komplettes Sensorsystem mit der zugehörigen Elektronik ausgeliefert. Ein maßgeblicher Bestandteil da-

von sind Mikroprozessoren und Halbleiter“, erklärt Stephan Grengs, der für das Management der Lieferkette beim Sensorhersteller IEE aus Bissen verantwortlich ist. „Nach dem doch sehr schwierigen Jahr 2020 haben wir 2021 sehr optimistisch begonnen. Doch leider spüren auch wir schon massiv die Engpässe bei den Halbleitern“, sagt er. „Unsere Produktion steht zwar noch nicht, ist aber deswegen bereits in verschiedenen Bereichen gedrosselt. Wenn sich die Situation nicht bessert, werden wir in der Tat in naher Zukunft Probleme bekommen, Bestellungen abarbeiten zu können.“ Das Problem macht sich selbst bei Herstellern bemerkbar, die nicht selbst Mikrochips verbauen, sondern andere Bauteile aus der Elektronikbranche beziehen. Cebi aus Steinsel, ein Hersteller von Temperatursonden, beispielsweise bestellt Leiterplatten bei Zulieferern. „Da die gesamte Supply Chain unter Druck ist, müssen auch wir bereits die Komponenten deutlich früher bestellen und längere Lieferzeiten einplanen. Langfristig werden sich dadurch wohl auch die Preise erhöhen“, sagt Raymond Mohrbach, Vorstandsmitglied bei Cebi.

Neben der Automobilbranche trifft der Engpass jeden Sektor, der Elektronikkomponenten verbaut. „Nach dem Stand von heute kann ich nachts noch ruhig schlafen, aber das könnte sich ändern. Wir spüren den Mangel mehr und mehr“, sagt Cedric Lorant, der Geschäftsführer von Emtronix, einem Zulieferer für die Luft- und Raumfahrtindustrie aus Sassenheim. „Wir nutzen recht spezifische Mikrochips, sodass uns die Auswirkungen noch nicht so unmittelbar betreffen, aber bei einigen Komponenten wirkt sich der Engpass bereits aus.“ Bei Konsumenten dürfte der Mangel sich spätestens dann bemerkbar machen, wenn die heiß ersuchte neue Generation der Spielekonsole Playstation nicht ausgeliefert werden kann. In der aktuellen Situation möchte der Hersteller Sony nicht einmal garantieren, dass es bis zum Weihnachtsgeschäft genügend Geräte für jeden Interessenten gibt.

Nur eine Handvoll Lieferanten

Die Gründe für die Verknappung sind dabei vielfältig. Zum einen ist die weltweite Nachfrage nach Mikrochips mit dem Beginn der pandemiebedingten Lockdowns explodiert. Firmen, die ihre Mitarbeiter ins Homeoffice schickten, hatten plötzlich einen enormen Bedarf

an digitalen Arbeitsmitteln. So verkaufte der Computerhersteller HP im letzten Quartal 2020 im Jahresvergleich etwa ein Drittel mehr Laptops. Insgesamt stieg der Verkauf von PCs im letzten Jahr laut der Datenfirma Canalys um rund elf Prozent. Hinzu kam, dass durch die Zunahme von Videokonferenzen im Homeoffice oder das „Bingewatchen“ auf Netflix gegen die Langweile der Isolation in der Pandemie, der Bedarf nach zusätzlichen Servern in Rechenzentren durch die Decke schoss. Schließlich dürfte auch der Hype um Kryptowährungen und der damit verbundene Mehrbedarf an Rechenkapazitäten einen Beitrag geleistet haben. Denn für alle diese Anwendungen sind Mikrochips die zentralen Komponenten. Der zweite Grund für den Engpass liegt darin, dass nur eine Handvoll von Herstellern wie TSMC aus Taiwan oder Samsung aus Südkorea den weltweiten Markt unter sich aufteilen. Etwa 80 Prozent der Produktionskapazitäten konzentrieren sich in Asien. Die fein austarierten globalen Lieferketten wurden zum einen durch die Sanktionen der US-Regierung gegen chinesische Unternehmen durcheinander gebracht. Zum anderen durch die Produktionsausfälle in asiatischen Werken im Frühling 2020 und die zunächst zurückhaltenden Bestellungen der Abnehmer im weiteren Verlauf der Krise. Die Herstellungsprozesse für die Chips sind hochkomplex, die Produktion kann daher nur mit einigem Vorlauf hochgefahren werden.

Für die Autohersteller wirkt sich dabei negativ aus, dass sie seit Jahren auf geringe Lagerhaltung und flexible „Just-in-Time“-Lieferketten setzen. Jetzt, wo der Nachschub ausbleibt, stehen vielerorts die Produktionsbänder still. Hinzu kommt, dass sie gegenüber den Chipherstellern in einer schlechteren Verhandlungsposition sind als bei sonstigen Lieferanten. Anders als bei Zulieferern für Bremsen oder Airbags sind die Autofirmen nicht die einzigen und nicht einmal die wichtigsten Kunden. So nehmen die Fahrzeughersteller gerade mal zehn Prozent der weltweit verbauten Mikrochips ab.

Aktuell arbeiten die Chiphersteller daran, ihre Produktionskapazitäten auszuweiten und die Rückstände aufzuholen. „Normalerweise sollte die Verknappung des Angebots an Mikrochips also ein zeitlich begrenztes Problem sein. Aber ich rechne schon damit, dass der Großteil der Autoindustrie bis Ende 2021 mit Schwierigkeiten konfrontiert sein wird“, sagt Auert.

Wenn das Homeoffice teuer wird

Für Grenzpendler drohen massive Einbußen, wenn sie mehr als einen Tag pro Woche von Zuhause arbeiten wollen

von Thomas Klein

Im Frühsommer könnte sich nach dem kräftezehrenden Corona-Jahr für die Arbeitnehmer in Luxemburg zumindest ansatzweise wieder so etwas wie Normalität einstellen. Aber es kann sein, dass diese neue Normalität sich doch deutlich von der Normalität von vor der Krise unterscheidet. Ein Bereich, in dem sich das sehr deutlich zeigen könnte, ist das Homeoffice.

Vor der Krise noch eher ein Randphänomen, zeigte eine Erhebung des Statec aus dem Herbst, dass zwischenzeitlich mehr als die Hälfte der Beschäftigten ihrer Arbeit in den eigenen vier Wänden nachgingen. Die Vorteile für Arbeitnehmer liegen auf der Hand: Weniger Stress, Stau und eine bessere Vereinbarkeit von Privat- und Berufsleben. Wenige Unternehmen dürften daher zu der strengen Präsenzkultur zurückkehren, ist es doch ein bequemer Weg, gleichzeitig die Mitarbeiterzufriedenheit zu erhöhen und die Mietkosten zu senken, wenn nicht mehr für 100 Prozent der Beschäftigten ein Arbeitsplatz bereitgestellt werden muss.

Was aber für Firmen und Arbeitnehmer aus Luxemburg eine Win-Win-Situation bedeutet, stellt die knapp 200 000 Grenzpendler vor eine schwierige Wahl: Von den günstigeren Steuern und Sozialabgaben in Luxemburg profitieren oder die Vorteile des Homeoffice nutzen. Beides zur gleichen Zeit wird wohl nicht möglich sein.

Jeder Gang zum Briefkasten zählt

Vor der Pandemie war die Rechtslage eindeutig: Arbeitnehmer aus Deutschland durften bis zu 19 Tage außerhalb Luxemburgs arbeiten, ohne Steuern in ihrem Wohnsitzland abführen zu müssen. Die Grenze liegt für Belgien bei 24 und für Frankreich bei 29 Tagen. Wenn die jeweilige Tagesgrenze überschritten ist, das heißt beispielsweise für Frankreich ab dem dreissigsten Tag) fällt die Besteuerung

für die außerhalb Luxemburgs gearbeiteten Arbeitszeit im Wohnsitzland an.

Derzeit sind diese Regelungen für die Dauer der Pandemie ausgesetzt. Die Abmachung zwischen Deutschland und Luxemburg sieht vor, dass die Ausnahmeregelungen jeden Monat automatisch für einen weiteren Monat verlängert werden, wenn nicht einer der Vertragspartner das Abkommen eine Woche vor Ablauf auflöst. „Mit Belgien wurde die Abmachung bis zum 30. Juni 2021 verlängert. Mit Frankreich laufen gerade ebenfalls Gespräche, um das Abkommen zu verlängern“, schreibt das Finanzministerium auf Anfrage.

Aber irgendwann wird die Ausnahmeregelung auslaufen und die Tagesgrenzen werden wieder gelten. Diese Grenze ist schnell erreicht, denn die Handhabung ist relativ strikt. „In der Verständigungsvereinbarung mit Deutschland wurde festgelegt, dass man für den luxemburgischen Arbeitgeber maximal 19 Tage im Ansässigkeitsstaat beschäftigt sein darf, ohne dass dies steuerliche Konsequenzen hat. Dabei wird jede Berührung mit dem Ansässigkeitsstaat bereits als „Auslandstag“ gewertet. Ein kurzer Kundentermin auf deutschem Boden oder der Einkauf für das Unternehmen in einem deutschen Geschäft wird bereits als Zähltag gewertet“, erklärt Johannes Stolz, Partner bei Herrmann & Partner, Fiduciaire Comptable, in Wasserbillig. „Sobald die Bagatellgrenze von 19 Tagen erreicht ist, erfolgt eine zeitanteilige Aufteilung der gesamten Arbeitszeit. So werden nur die tatsächlich in Deutschland verbrachten Arbeitsstunden auch in Deutschland versteuert“, so Stolz.

Der Arbeitnehmer reicht dann eine Aufstellung der in Luxemburg und im Wohnsitzstaat geleisteten Arbeitszeit mit seiner Jahressteuerabrechnung bei den jeweiligen Finanzämtern ein. In Deutschland führt dies zu einer Steuernachzahlung und in Luxemburg zu einer

Rückerstattung, sofern der Arbeitnehmer seinen vollständigen Arbeitslohn in Luxemburg versteuert hat.

Ohne die Berücksichtigung weiterer Einkünfte oder Sonderausgaben ergäbe sich für einen Arbeitnehmer, der in Deutschland lebt, mit einem Homeofficetag pro Woche bei einem Bruttogehalt in Höhe von 100 000 Euro ein Steuernachteil in Höhe von 1 190 Euro. Bei 55 000 Euro Gehalt müsste er 695 Euro und bei 30 000 380 Euro mehr Steuern zahlen, rechnet Stolz vor. Unter der Berücksichtigung etwaiger Sonderausgaben wie Beiträge zu Versicherungen, kann der Arbeitnehmer diese Steuernachteile jedoch noch reduzieren. Auf den ersten Blick sind das verkraftbare Beträge. Schwierig wird es aber, wenn ein Arbeitnehmer mehr als einen Wochentag von Zuhause arbeiten möchte. Ist er nämlich mehr als 25 Prozent seiner Arbeitszeit in seinem Wohnsitzland tätig, führt er auch seine Sozialabgaben dort ab und fällt aus dem luxemburgischen Sozialsystem. Das bedeutet, er zahlt im Wohnsitzland in die Rentenkasse ein, ist dort krankenversichert und hat nur dort einen Anspruch auf Kindergeld. „Man ist grundsätzlich nur in einem Land sozialversichert. Eine Aufteilung der Sozialversicherungsbeiträge bei Überschreiten der 25-Prozent-Grenze ist nicht möglich“, sagt Stolz. Aber gerade die Sozialabgaben sind in Luxemburg häufig erheblich geringer als in den Nachbarländern. Ein Arbeitnehmer muss nur etwa 12,4 Prozent des Bruttoeinkommens im Großherzogtum als Sozialabgaben abführen, im Vergleich zu etwa 20 Prozent in Deutschland. Daher dürfte es in der Praxis für kaum einen Arbeitnehmer attraktiv sein, mehr als einen Homeofficetag einzulegen.

Umgekehrt wäre es für das luxemburgische Sozialsystem ein Nachteil, wenn die Pendler zuhause blieben. Nach einer Studie vom Statec aus dem Jahr 2019 zahlten „Frontaliers“ rund 211 Millionen

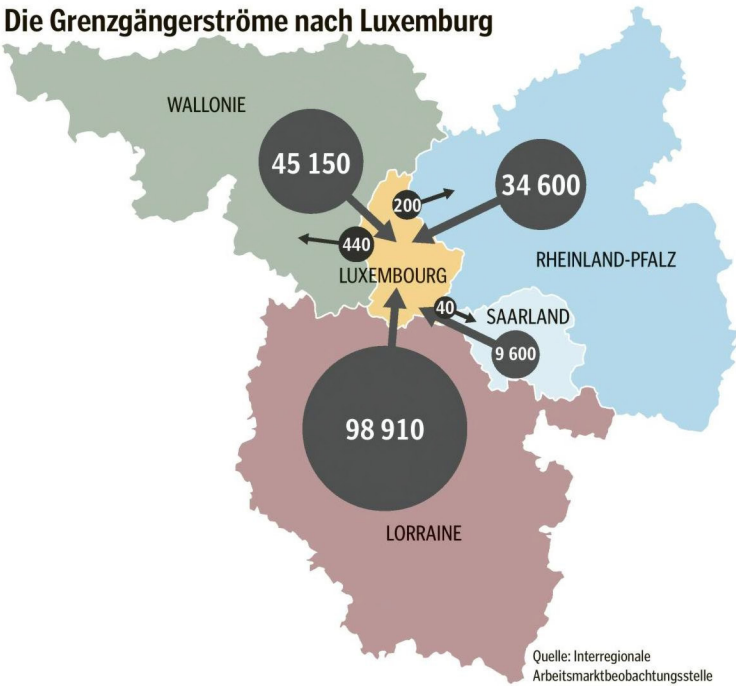
Euro mehr Sozialbeiträge ein, als sie Sozialleistungen kassierten. So wird der Arbeitnehmeranteil zur Rentenversicherung inzwischen zur 43,3 Prozent von Grenzgängern geleistet. Für die Pflege- und Unfallversicherung beträgt der Anteil 33,6 beziehungsweise 22,1 Prozent.

Kontrollen der Steuerfahnder

Dabei dürfte für einige Arbeitnehmer die Versuchung groß sein, es drauf ankommen zu lassen und die Tätigkeit im Homeoffice dem Finanzamt einfach zu verschweigen. Dies würde allerdings den Tatbestand der Steuerhinterziehung erfüllen. Die Behörden überprüfen schon vor der Krise, von wo der Arbeitnehmer tatsächlich tätig war. „Insbesondere von deutschen Finanzämtern werden bei konkreten Verdachtsfällen zunehmend Kontrollen durchgeführt und vereinzelt Unterlagen von Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Auftraggeber angefordert“, erklärt Johannes Stolz. Grenzpendler werden also zukünftig entscheiden müssen, ob sie entweder empfindliche finanzielle Einbußen hinnehmen oder sich doch wieder in täglichen Berufsverkehr einreihen. In den Unternehmen könnte sich dadurch die Situation einstellen, dass die „Frontaliers“ sich in die Büros quälen, während die Kollegen mit Wohnsitz in Luxemburg vom heimischen Küchentisch grüßen. Für die Besteuerung und die Sozialversicherung ist es indes lediglich ausschlaggebend, wo die Tätigkeit ausgeführt wird. Ob das in der Imbißbude hinter dem Grenzübergang geschieht oder in den Büros des Arbeitgebers ist egal, solange die Arbeit auf luxemburgischem Staatsgebiet erledigt wird.

● Die Finanzämter
● führen zunehmend Kontrollen durch.

Johannes Stolz, Herrmann & Partner



Risiken auf Wohnungsmarkt steigen

Der internationale Währungsfonds drängt Luxemburg dazu, erschwingliche Angebote zu schaffen

Von Marlene Brey

Der Internationale Währungsfonds (IWF) stellt Luxemburg in seinen diesjährigen wirtschaftspolitischen Empfehlungen ein gutes Zeugnis aus. Grundsätzlich habe die Regierung in der Corona-Krise die richtigen Maßnahmen ergriffen. „Luxemburgs Wirtschaft hat sich viel besser entwickelt als die der Eurozone“, sagte Emil Stavrev, Leiter der IWF-Delegation, gestern.

Nach einem leichten Schrumpfen des Bruttoinlandsproduktes (BIP) um 1,3 Prozent im Jahr 2020 erwarten die Experten des IWF einen Aufschwung im Jahr 2021 mit einem BIP-Wachstum von etwa 4,5 Prozent – bei anhaltender gezielter politischer Unterstützung. Die Empfehlung: Die Fiskalpolitik sollte so lange unterstützend wirken, bis ein kräftiger Aufschwung einsetzt, wobei sie sich zunehmend auf die Schwächsten konzentrieren sollte.

Bezahlbarer Wohnraum

Probleme sehen die Experten beim Wohnen: „Die Risiken auf dem Immobilienmarkt haben weiter zugenommen“, so die Einschätzung. Die

Preise seien während der Pandemie erneut gestiegen, um 14 Prozent in zwölf Monaten.

Die eingeführten Beleihungsgrenzen zur Eindämmung der zunehmenden Verschuldung der privaten Haushalte inmitten schnell steigender Hauspreise und Hypotheken sei ein Schritt in die richtige Richtung. Sollte die Verschuldung der privaten Haushalte weiter ansteigen, sei es angebracht, die derzeitige Beleihungsgrenze anzupassen, so der IWF.

Die im Jahr 2020 unternommenen Schritte zur Verbesserung des Wohnungsangebots seien zu begrüßen und sollten mit weiteren Maßnahmen zur Verbesserung der Inklusivität auf dem Wohnungsmarkt fortgesetzt werden. Die unverhältnismäßigen Auswirkungen der Pandemie auf gefährdete Gruppen in Verbindung mit steigenden Hauspreisen machen die Verfügbarkeit eines erschwinglichen Wohnungsangebots noch dringlicher, so die Experten. Im Jahr 2020 habe die Regierung zu Recht Schritte unternommen, um das Angebot an bezahlbarem Wohnraum zu verbessern. So wird der Pacte

Logement 2.0 unter anderem die an die Kommunen vergebenen Subventionen an die Menge der gebauten Sozialwohnungen koppeln.

Green Finance

Auch in den anderen Bereichen des Berichtes lautet das Fazit oft: Weiter so. So sollte Luxemburg laut IWF mit der Ökologisierung der Wirtschaft fortfahren und das „hohe Niveau der öffentlichen Investitionen beibehalten“, um Infrastrukturlücken zu schließen. Der IWF rät außerdem, den nationalen Energie- und Klimaplan voranzutreiben und dabei auf den „begrüßenswerten Schritten aufzubauen, die im Haushalt 2021 unternommen wurden“. Dazu gehören die Einführung einer CO₂-Steuer, begleitet von einer Steuergutschrift, um die Auswirkungen auf die Schwächsten abzumildern und die Bereitstellung zusätzlicher Anreize für grüne Investitionen. Unter Ausnutzung seines Status als globales Finanzzentrum habe Luxemburg willkommene Schritte unternommen, um seine Position als Drehscheibe für nachhaltige Finanzen zu festigen.

Weniger Steuereinnahmen

Auch bei den Steuern sieht der IWF Fortschritte: „Die begrüßenswerten Schritte, die Luxemburg unternommen hat, um die EU- und internationalen Transparenz- und Anti-Steuervermeidungsinitiativen zu erfüllen, könnten dazu beitragen, die Steuerbasis für Unternehmen zu stärken.“ Es gebe jedoch Anzeichen dafür, dass diese Initiativen – zusammen mit den Änderungen im US-Steuersystem – große multinationale Unternehmen abschrecke, was die Steuereinnahmen in Luxemburg verringern könnte. Auch der niedrigere Absatz von Kraftstoffen könnte „zu nicht zu vernachlässigenden Einnahmeverlusten führen“. Luxemburg sollte seine Wirtschaft daher weiterhin diversifizieren.

Jedes Jahr stellen Delegationen des IWF den Regierungen der aktuell 190 Mitgliedsstaaten ein Zeugnis aus. Um sich vor Ort ein Bild der Wirtschaft zu machen, treffen sie innerhalb von zwei Wochen Akteure der nationalen Wirtschaft.

Luxembourg

SERIE MACH MEHR MIT DEINEM GELD - TEIL 12

Wo man im Dreiländereck günstig lebt

Egal ob Wohnen, Einkaufen oder Ausgehen – in der Grenzregion variieren die Preise stark. In Luxemburg ist es meist teurer, aber nicht immer.

VON HÉLÈNE MAILLASSON

TRIER/SAARBRÜCKEN Wo kann man in der Grenzregion von Deutschland, Luxemburg und Frankreich zum besten Preis einkaufen und tanken?

Wer sich am günstigsten mit Lebensmitteln und Kosmetik eindecken will, kauft in Deutschland ein. Das liegt nicht nur daran, dass es hierzulande mehr Discounter gibt, sondern auch an der allgemeinen Preisstruktur. Einen erheblichen Preisunterschied gibt es zum Beispiel bei Hygiene- und Kosmetikartikeln. Diese werden in Deutschland überwiegend in Drogeriemärkten verkauft. Solche Ketten, die bei den Markenartiklern günstige Preise verhandeln und an die Kunden weitergeben können, gibt es in Frankreich nicht. Im Bereich Ernährung schreibt außerdem das seit 2019 geltende Lebensmittelgesetz den französischen Händlern vor, dass sie diese Produkte mindestens zehn Prozent über dem Einkaufspreis verkaufen müssen. Des Weiteren darf ihr Preis bei einer Rabattaktion nicht um mehr als ein Drittel reduziert werden. Eine Untersuchung von Eurostat zeigt, dass die Durchschnittspreise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke in Deutschland nur ein Prozent oberhalb des EU-Durchschnitts liegen. Mit 15 Prozent ragt Frankreich deutlich darüber hinaus. In Luxemburg wird es mit 24 Prozent noch teurer.

Bei dieser Reihenfolge beim Preis-Level gibt es allerdings Ausnahmen, die sich mit der unterschiedlichen Besteuerung einzelner Produktkategorien erklären lassen. Während die Preise für Alkohol und Tabak in Deutschland dem EU-Durchschnitt entsprechen, sind sie in Frankreich um 26 Prozent teurer und in Luxemburg um vier Prozent günstiger. Auch der Weg zur Tankstelle ist in Luxemburg am günstigsten. Laut einer europaweiten Erhebung des Automobilclubs TCS lagen 2020 die Preise für Benzin

(Super) und Diesel dort im Schnitt bei jeweils 1,18 und 1,07 Euro. In Frankreich kosteten die gleichen Kraftstoffe jeweils 1,44 und 1,33 Euro. In Deutschland war Benzin ein bisschen teurer (1,46 Euro), dafür mussten Dieselfahrer weniger in die Tasche greifen (1,15 Euro).

Wo gibt man mehr oder weniger Geld im Restaurant und im Kino aus?

Ob bei einem Restaurantbesuch oder einem Hotelaufenthalt – die günstigsten Angebote finden sich im Schnitt auf der deutschen Seite der Grenze. Laut dem Preisniveau-Vergleich von Eurostat sind hierzulande die Dienstleistungen im Gast- und Hotelgewerbe nur etwas teurer als im EU-Durchschnitt (vier Prozent). Sowohl Frankreich als auch Luxemburg zählen zu den Ländern mit relativ hohen Preisen. Beide liegen im Schnitt 23 Prozent höher als im Durchschnitt der EU-Länder. Auch wer sich Fast-Food kauft, zahlt in den drei Ländern unterschiedliche Preise. Der gleiche Cheeseburger einer bekannten Fastfood-Kette kostet in Frankreich 1,60 Euro, in Deutschland 1,59 Euro und in Luxemburg 2,35 Euro.

Ähnlich verhält es sich beim Kinospaß: In Saarbrücken und in Trier kostet das Ticket (ohne Ermäßigung, 3-D, Überlänge und Wochenendzuschlag) bei einer Kinokette acht Euro. In vergleichbaren Kinos im lothringischen Freyming-Merlebach und Luxemburg-Stadt müssen Filmfans für ein reguläres Ticket 9,60 beziehungsweise 10,80 Euro bezahlen.

Wo sind Immobilien am günstigsten – auf dieser Seite der Grenze, in Lothringen oder doch in Luxemburg?

Egal ob es um ein Grundstück, ein Haus oder eine Mietwohnung geht, eines steht fest: Wer in Luxemburg wohnen will, muss am tiefsten in die Tasche greifen. Laut dem Observatoire de l'habitat (Beobachtungsstelle für Wohnraum) lag der mittlere Preis für ein bebaubares Grundstück dort in den Jahren 2016 und 2017 bei rund 655 Euro pro Quadratmeter. Seit 2010 wurden die Grundstücke im Schnitt jährlich um sechs Prozent teurer. Dabei zeigen sich aber große Unterschiede zwischen den Land-

kreisen. So kostet ein Grundstück im ländlichen Norden rund 250 Euro, in der Hauptstadt Luxemburg allerdings liegt der Preis bei 2000 Euro pro Quadratmeter.

Günstiger wird es auf der anderen Seite der Grenze, in Rheinland-Pfalz. Laut dem dortigen Landesamt für Statistik beträgt der Durchschnittspreis für baureifes Land 136 Euro pro Quadratmeter. Wobei die Grundstücke in den kreisfreien Städten (Beispiel Trier: 270 Euro pro Quadratmeter) deutlich teurer als in den Landkreisen (108 Euro) sind. Solche Preise wie in Luxemburg werden im Saarland auch im teuersten Gebiet, was baureifes Land angeht, also im Regionalverband Saarbrücken, bei weitem nicht erreicht. Nach Angaben des Statistischen Amtes des Saarlandes liegt dort der durchschnittliche Kaufpreis bei 138 Euro pro Quadratmeter. Der Landesdurchschnitt liegt bei 94 Euro pro Quadratmeter und übersteigt den Preis im Département Moselle, wo Grundstücke im Durchschnitt für 58 Euro pro Quadratmeter erworben werden.

Beim Wohnungskauf gleichen sich die Trends. Liegen die Preise im Saarland laut dem Immobilienverband IVD zwischen 750 (Wadern) und 2000 (Saarlouis) Euro pro Quadratmeter verzeichnet die Immobiliengesellschaft Consortium Immobilien einen Durchschnittspreis von 1941 Euro pro Quadratmeter im Département Moselle. Auch hier zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen ländlichen Gegenden und dem Umkreis von Metz, wo immer über 2000 Euro pro Quadratmeter gezahlt werden. Das Gleiche gilt für alle Gemeinden, die sich an der luxemburgischen Grenze befinden. In Rheinland-Pfalz liegt der Durchschnittspreis laut Wohnungsmarktbeobachtung des statistischen Amtes bei 2746 Euro pro Quadratmeter, wobei er in den kreisfreien Städten leicht oberhalb (2876) und in den Landkreisen leicht unterhalb (2646) liegt. Den höchsten Preis für eine Eigentumswohnung müssen Menschen in Trier bezahlen. Hier liegt der durchschnittliche Quadratmeterpreis bei 3817 Euro und dabei sogar noch vor der Landeshauptstadt Mainz (3660).

Noch um ein Mehrfaches höher liegen die Preise für eine Wohnung im Großherzogtum – bei durchschnittlich 6000 Euro pro Quadratmeter.

Wo verdient man mehr und zahlt weniger Steuern?

Wie viel Geld Menschen für ihren Wohnraum ausgeben können, hängt maßgeblich davon ab, wie viel sie verdienen. Wer für seine Arbeit den Mindestlohn bezieht, hat in Luxemburg die besten Karten. Dort variiert der Mindeststundenlohn nämlich zwischen 12,72 Euro (unqualifizierte Arbeit) und 15,27 Euro (qualifizierte Arbeit). In Frankreich kommen die Arbeiter auf einen Mindestlohn von 10,25 pro Stunde, während dieser in Deutschland 9,50 Euro beträgt.

Betrachtet man aber den durchschnittlichen Bruttoverdienst in den drei Ländern, sieht die Lage anders

aus. Nach Zahlen der Industriestaatenorganisation OECD liegt er für einen Vollzeitbeschäftigten in Luxemburg bei 4627 Euro monatlich – nur in Dänemark wird mehr verdient. Trotz der Unterschiede beim Mindestlohn sind die Verdienstmöglichkeiten in Deutschland (3715 Euro, Saarland 3487 Euro) insgesamt besser als in Frankreich (2946 Euro).

Doch Deutschland gehört in der EU auch zu den Spitzenreitern, was die Sozialabgaben und die Einkommensteuer betrifft. Bei einem Alleinstehenden ohne Kinder und mit einem Durchschnittseinkommen entsprechen diese hierzulande 39,3 Prozent des Bruttolohns gegenüber 29,9 Prozent in Luxemburg. In Frankreich sinkt dieser Wert sogar auf 27,3 Prozent. Vergrößert sich die Familie, sinken die Steuern und Abgaben am meisten in Luxemburg.

Für einen verheirateten Arbeitnehmer mit zwei Kindern und einem weiteren Einkommen im Haushalt betragen sie nur noch 16,6 Prozent des Bruttolohns. In Frankreich sind es noch 20,4 Prozent. In Deutschland wird auch in dieser Konstellation am meisten abgezogen: 31,1 Prozent.

Interessant ist in diesem Zusammenhang der Grenzgänger-Status. Denn Frankreich-Grenzgänger (außer Beamte und Leiharbeiter) bezahlen ihre Steuern am Wohnort. Das heißt, wer im Saarland arbeitet und in Frankreich wohnt, kann je nach Beruf von einem höheren Einkommen und einem niedrigeren Steuersatz profitieren.

Alle Teile der Serie gibt es online:
www.volksfreund.de/geld

Cosmolux investiert

Der Standort Echternach wird ausgebaut

Echternach. Von Echternach aus exportiert Cosmolux Kosmetikprodukte an große Einzelhandelsketten, die jeder kennt.

Das Unternehmen stellt nahezu alle Produkte aus den Bereichen Parfum, Gesichts- und Körperpflege, Haarpflege, Mund- und Zahnpflege her und entwickelt, produziert und vermarktet seit 2001 im Industriegebiet Echternach. Bis 2030 will Cosmolux nun hier mit einem Investitions- und Finanzierungsvolumen von rund 65 Millionen Euro weiterwachsen. Das gab das Unternehmen gestern anlässlich einer Betriebsbesichtigung

von Erbgroßherzog Guillaume und Wirtschaftsminister Franz Fayot bekannt.

Produktionsausbau

Die Investition ist für umweltfreundliche Produktion und einer Kapazitätserweiterung der Abfüllung vorgesehen, so das Unternehmen. Dazu gehöre die Erweiterung des Abfüllportfolios um einen Tubenbereich, der Ausbau der Packmittelproduktion durch eine Flaschenproduktion sowie der Neubau eines vollautomatischen Hochregallagers. Auch der Forschungs- und Entwicklungsbe-

reich wird ausgebaut. „Bis zum Jahr 2030 sollen somit am Standort Echternach 270 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden“, teilt Cosmolux mit. Das Unternehmen verfügt heute in Echternach über eine Produktions- und Lagerfläche von fast 15 000 Quadratmetern, Verwaltungsfläche und Labor umfassen 1100 Quadratmeter. Die Lagerung der Artikel erfolgt in einem EDV-gesteuerten Hochregallager mit 10 300 Stellplätzen.

Die Schwesterfirma International Can SA, die sich auf die Produktion von Aluminiumdosen für die Kosmetikindustrie spezialisiert hat, befindet sich seit 2015 am gleichen Standort wie Cosmolux.

Beide Unternehmen sind Teil der deutschen Maxim-Gruppe, die im Jahr 2020 einen konsolidierten Umsatz von 300 Millionen Euro erzielte. Im letzten Jahr hat die Gruppe in Luxemburg ein eigenes Logistikunternehmen gegründet. Die Maxim-Gruppe zählt in Luxemburg insgesamt 330 Mitarbeiter.

Wirtschaftsminister Fayot bezeichnete das Unternehmen laut Mitteilung als „bemerkenswertes und aufschlussreiches Beispiel für ein Familienunternehmen, das in der Lage war, alle Chancen und Vorteile, die das Großherzogtum zu bieten hat, zu erkennen und zu nutzen.“

MeM

Raus aus der Nische

Nach Saugrobotern für Kernkraftwerke und der Satellitenmontage will Gradel aus Ellingen nun im Leichtbau wachsen

Von Thomas Klein

Als kleines Unternehmen muss man besonders sensibel sein für große Veränderungen im Markt und Geschäftsmöglichkeiten, die sich daraus ergeben. Dieses Gespür hatten die Verantwortlichen der Firma Gradel aus Ellingen anscheinend von Beginn an. Nachdem in Europa seit Ende der 1950er-Jahre Kernkraftwerke aus dem Boden schossen, begannen die Gründer des Sondermaschinenbauers 1965 damit, Lösungen für die Atomindustrie zu entwickeln. Das Unternehmen stellte bald Filteranlagen und spezialisierte Saugroboter für Kühlbecken von Kernkraftwerken her, um kontaminierte Partikel sicher abzusondern und zu entsorgen. Heute bedient das Unternehmen mit seinen Lösungen etwa 70 Prozent der Kernkraftwerke in Europa und hat in seinem Segment einen Marktanteil von ungefähr 26 Prozent. „Das ist nicht schlecht für ein kleines Unternehmen aus Luxemburg“, so der Geschäftsführer Claude Maack. Selbst ein Ausstieg aus der Atomkraft wie in Deutschland bedeutet für Gradel zunächst ein Auftragsplus. Beim Rückbau von Kernkraftwerken fallen große Mengen kontaminierter Späne an, die von Gradels Geräten entnommen werden müssen. Aber für Deutschland rechnet Maack bis 2027 damit, dass die Kernkraftwerke „trocken“ sind und damit kein Bedarf mehr für die Staubsauger und Filter besteht.

Schon früh erkannte Maack wie wichtig es ist, die Einnahmequellen des Betriebes zu diversifizieren. Vor 30 Jahren kam mit Anlagen für die Glasindustrie ein zweites Geschäftsfeld hinzu, das 2021 in eine eigenständige Firma ausgegründet wird. Im Jahr 2008 beschloss die Geschäftsführung, dass es Zeit wurde für ein weiteres Standbein. Der Betrieb begann, spezielle Bodengeräte für die Montage von Satelliten zu bauen. Im Raumfahrtsektor beliefert Gradel heute namhafte Unternehmen wie Airbus, OHB und Thales. Die Entscheidung erwies sich spätestens 2011 wiederum als goldrichtig, als nach dem Unfall in Fukushima weltweit Kraftwerksprojekte auf Eis gelegt wurden und in Deutschland der Atomausstieg beschlossen wurde. „Wir wollten uns mit dieser Entscheidung unabhängiger von einem einzigen Marktsegment machen“, sagt Claude Maack. „Das war ein Glück. Denn, wenn wir ausschließlich im Bereich der Nuklearindustrie tätig gewesen wären, gäbe es uns heute vielleicht gar nicht mehr.“ Heute halten sich die Umsätze im

Raumfahrt- und Nuklearbereich in etwa die Waage.

Jetzt soll das nächste Geschäftsfeld erschlossen werden. „Wir sind seit jeher in spezialisierten Nischen unterwegs. Wir sind überzeugt, dass wir unser Wissen im Sondermaschinenbau ohne weiteres auch auf andere Industriebereiche ausweiten können“, sagt er. Nachdem das im Raumfahrtsektor und in der Glasindustrie schon funktioniert hat, will sich das Unternehmen im Leichtbau ein weiteres Mal neu erfinden.

Additives Verfahren

Seit etwa zwei Jahren arbeiten die Ingenieure von Gradel daran, eine von der Firma Automotive-Management Consulting (AMC) entwickelte Technologie zu industrialisieren. Das neue Produktionsverfahren soll den Leichtbau revolutionieren. Ähnlich wie der 3-D-Druck ist die Technologie mit dem Namen „xFK in 3D“ ein „additives“ Verfahren, das die Komponenten gleich in der benötigten Form aufbaut. Aber anders als beim 3-D-Druck werden die Komponenten nicht Schicht für Schicht gedruckt, sondern am Stück von einem Industrieroboter „gewickelt“. Ausgangsmaterial sind Fasern aus Karbon, Basalt oder auch Hanf, die mit einem speziellen Harzgemisch durchtränkt sind. Nachdem die Fasern in die gewünschte Form gewickelt wurden, werden die Bauteile in einem Ofen ausgehärtet.

Das Verfahren hat mehrere Vorteile. Zum einen können die Ingenieure am Computer vorab genau simulieren, welche Lasten ein Bauteil aushalten können muss. „Dadurch können wir alles weglassen, was unnötig ist. Das Verfahren legt nur dort Fasern hin, wo man sie tatsächlich braucht, und es entsteht quasi kein Abfall“, so Claude Maack. Ein zweiter Pluspunkt der Technologie besteht darin, dass die wirkenden Kräfte gemäß der Form über die Fasern übertragen werden, die im Vergleich zu eingeklebten Teilen eine zehnfach höhere Belastung aushalten. Auf diese Weise könne man mit dem Verfahren 40 bis 70 Prozent des Gewichts einsparen. Gerade im Raumfahrtsektor sind das gewaltige Einsparungen. Denn wenn es darum geht, einen Satelliten in seine Umlaufbahn zu bringen, kostet jedes zusätzliche Kilogramm zwischen 7 000 und 14 000 US-Dollar, so Maack.

Einstieg in den Massenmarkt

Während das Unternehmen derzeit nur die Bodengeräte für die Montage von Satelliten herstellt, soll die Leichtbauweise es Gradel nun ermöglichen, in der Wertschöpfungskette weiter nach oben zu rücken und selbst Strukturteile für Satelliten und Raketen zu bauen. Dazu muss das Unternehmen die Technologie zunächst für den Raumfahrtsektor qualifizieren. Das soll bis April 2022 in Zusammenarbeit mit dem „Luxembourg Institute of Science and Technology“ in dem im Januar eröffneten gemeinsamen Labor in Oberkerchen geschehen.

Aber dabei soll es nicht bleiben. „Das größte Marktpotenzial für die Technologie ist nicht in der Raumfahrtindustrie, sondern im Automobilbereich und in der Luftfahrt. Der Leichtbau hat dort allerhöchste Priorität. Man könnte zum Beispiel in einem Linienflugzeug das Gewicht um etwa eine Tonne reduzieren, wenn man allein die Sitze leichter macht. Über eine Betriebsdauer von 30 Jahren käme so einiges an eingespartem Sprit zusammen“, sagt er.

Auch im Automobilsektor werde der Leichtbau einen entscheidenden Beitrag leisten, um die angestrebten Klimaziele zu erreichen. Wenn es gelinge, das Gewicht eines Fahrzeugs zu halbieren, benötige man auch nur die Hälfte der Energie zum Beschleunigen, egal ob Verbrenner oder elektrischer Antrieb, so Maack. Zunächst will er sich auf Bereiche wie den Rennsport und die sogenannten Hypercars konzentrieren. AMC entwickelte zum Beispiel mit weiteren Kooperationspartnern mit dem Verfahren einen Leichtbausitz, der mehrere Preise in Deutschland, USA und China gewinnen konnte. „Durch die Kooperation mit AMC erhalten wir Zugang zu diesem Marktsegment. Die ersten Bauteile, die wir mit der Technologie kommerziell entwickeln, werden mit aller Wahrscheinlichkeit für solche Hypercars sein“, erklärt Maack.

Um Leichtbautechnologien weiterzuentwickeln und Firmenkunden entsprechendes Wissen zu vermitteln, gründete Maack in Zusammenarbeit mit AMC das Beratungsunternehmen „XFK in 3D“. Der Bereich Leichtbau beschäftigt bei Gradel derzeit sechs Mitarbeiter. Bis Ende des Jahres sollen weitere zwei bis drei Stellen ausgeschrieben werden. Für das Verfahren sind zwei Patente beantragt. Mögliche Geschäftsmodelle wären, mit einer Lizenzvergabe an andere Firmen weitere Einnahmen zu generieren oder aber

Komplettlösungen an Großunternehmen anzubieten. „Wir müssen uns öffnen, damit die Technologie in der Industrie Fuß fasst, da große Firmen sich nie von einem einzigen Lieferanten abhängig machen werden“, so Maack.

„Wenn das Verfahren den notwendigen Reifegrad erreicht hat, werden wir die Serienfertigung als eigenständige Firma ausgliedern. Bei Gradel sind wir ja in erster Daniel Düsentrieb, der Prototypen entwickelt. Für die Serien-

fertigung ist eine andere Mentalität und Strategie notwendig“, sagt Maack. Sollte es so weit kommen, werde das Unternehmen sich wohl auch für Investoren öffnen müssen. „Wir stoßen da schnell an unsere Grenzen“, sagt er. Das durch die Pandemie gekennzeichnete vergangene Jahr habe Gradel genutzt, um seine Management-Methoden und Prozesse anzupassen und diese seinen Mitarbeitern gezielt zu vermitteln. „Damit sind wir für die Zu-

kunft hervorragend aufgestellt“, ist sich Maack sicher.

● *Beim Eintritt in die*
● *Serienfertigung*
stoßen wir schnell an
unsere Grenzen.

Claude Maack, Gradel

Thomas Rabes Plan für RTL

Bertelsmann- und RTL-Chef will Radio- und Fernsehkonzern mit Verlag des Stern fusionieren

Von Marco Meng

Thomas Rabe, Chef von Bertelsmann und seit April 2019 Chef der RTL Group, deren Mehrheitsaktionär Bertelsmann ist, möchte den Medienkonzern mit Sitz in Luxemburg mit dem Verlag Gruner und Jahr (G+J) vereinigen. G+J gibt unter anderem den Stern heraus und produziert Stern-TV. Rabe hatte bereits vor einiger Zeit die Bildung nationaler Cross-Media-Champions angekündigt: das soll nun mit der Vereinigung von RTL und Gruner + Jahr begonnen werden. Beide Unternehmen haben Workshops mit Vertretern des jeweiligen Top-Managements ins Leben gerufen, die „ergebnisoffen verschiedene Optionen prüfen“, wie es heißt.

„United RTL“

Wichtig sei, gemeinsame Potenziale zu erschließen und so noch mehr Wachstum ermöglichen. Mit

der Strategie des RTL-Mutterhauses Bertelsmann wolle man eine Antwort finden auf den Wettbewerb mit den globalen Tech-Plattformen. Im dritten Quartal sollen Entscheidungen fallen und ab dem vierten Quartal die Umsetzung. Offen ist bislang, ob nur einige Geschäftsbereiche vereint oder die Geschäfte insgesamt zusammengeschlossen werden.

Unter dem Arbeitstitel „RTL United“ wird derzeit an einem Konzept zur Neugestaltung der Marke RTL gearbeitet. Am Ende sollen die Ressorts der verschiedenen Häuser enger zusammenarbeiten und sich mehr auf das Publikum fokussieren. Das reicht von Sender- und Formatmarken bis zu den digitalen Plattformen. Dazu gehört auch, dass in Deutschland – wie im Februar angekündigt – unter anderem der Streamingdienst „TV Now“ in „RTL+“ umbenannt wird.

Deutlich verringerter Gewinn

Angesichts eines massiv fragmentierten Publikums geht es Rabe darum zu unterstreichen, dass RTL „ein RTL“ sei, mit gemeinsamen Auftreten, positiver Unterhaltung, unabhängigem Journalismus und einer klaren Haltung. „Auf den Standort Luxemburg haben die Gespräche über eine engere Zusammenarbeit von RTL Deutschland und Gruner + Jahr keinerlei Auswirkungen“, so ein Sprecher von RTL. Der Konzern legte gestern seine geprüfte Bilanz für das vergangene Jahr vor: Die RTL Group beendet das Jahr 2020 mit starkem Wiederaufschwung bei der TV-Werbung, auch die Anzahl der zahlenden Abonnenten der Streaming-Dienste in Deutschland und den Niederlanden stieg um 52 Prozent auf 2,19 Millionen. Letztlich schloss das Unternehmen das Corona-Jahr mit einem Gewinn (Adjusted Ebitda) von rund 853 Mil-

lionen Euro ab (2019: 1.156 Millionen Euro). Das Konzernergebnis beträgt 625 Millionen Euro, 28 Prozent weniger als 2019. Der Umsatz der RTL Group im Gesamtjahr 2020 lag bei rund 6,017 Milliarden Euro, das ist neun Prozent weniger als 2019 mit 6,65 Milliarden Euro.

Mit ihren europäischen Werbe-technologie-Plattformen Smartclip und Yospace erwartet die RTL Group allein für Deutschland eine Steigerung der Addressable-TV-Werbung (digitalisierte, zielgerichtete Werbung) auf mehr als 500 Millionen Euro bis zum Jahr 2025.

Für 2021 peilt die RTL Group einen Gewinn von etwa 975 Millionen Euro an. Dies beinhaltet Anlaufverluste der Streaming-Dienste in Höhe von rund 150 Millionen Euro. Für 2020 will der Medienkonzern wieder eine Dividende zahlen: drei Euro je Aktie.

RTL Télé Lëtzebuerg

Kurz nachdem Thomas Rabe 2019 bei RTL das Ruder übernahm, wurden in der Konzernzentrale in Luxemburg Stellen abgebaut, andere nach Köln verlegt. Dort ist der Sitz von RTL Deutschland, das gewinnstärkste Unternehmen der internationalen RTL-Gruppe. Im 2017 geschlossenen Konzessionsvertrag zwischen Luxemburg und CLT-UFA (RTL Group) für

den Zeitraum von 2021 bis 2023 ist geregelt, dass RTL Télé Lëtzebuerg ein Programm in luxemburgischer Sprache anbietet, das mit einem öffentlich-rechtlichen Auftrag ausgestattet ist. Der Staat trägt dafür ab diesem Jahr ein Defizit bis zu einer Höhe von zehn Millionen Euro jährlich. Seinerzeit hieß es, da die Finanzierung darüber hinaus nicht geklärt

sei, müsse das weiter verhandelt werden. Im Regierungsprogramm steht aber auch ein Passus, der besagt, dass der Staat gegebenenfalls über die Gründung eines eigenen öffentlich-rechtlichen Fernsehsenders nachdenkt. „Wir sind derzeit in Gesprächen mit der Luxemburger Regierung für die Zeit nach 2023“, teilt die RTL-Group auf Nachfrage mit.

Die Streaming-Dienste müssen zulegen

Mit ambitionierten Wachstumsplänen will die RTL Group bis 2025 das Streaminggeschäft profitabel machen.

Investitionen in Inhalte bei TV Now und Videoland sollen von 85 Millionen Euro im Jahr 2019 auf rund 350 Millionen Euro im Jahr 2025 steigen.



Die **Zahl der zahlenden Abonnenten** für TV Now und Videoland soll von 1,44 Millionen Ende 2019 auf fünf bis sieben Millionen Ende 2025 steigen.



Der **Streaming-Umsatz** soll von 135 Millionen Euro im Jahr 2019 auf mindestens 500 Millionen Euro bis 2025 steigen.



Quelle: RTL Group

RTL erwartet Erholung der TV-Werbung

Digitalisierung und Konsolidierung im Fokus / *Von Carsten Germis, Hamburg*

Die Luxemburger Fernseh-Gruppe RTL rechnet nach einem Gewinneinbruch im Corona-Jahr 2020 für das laufende Jahr mit einer Erholung. Dazu will Bertelsmann-Vorstandschef Thomas Rabe, der die RTL Group in Personalunion mitführt, die Digitalisierung und im Kerngeschäft die Konsolidierung vorantreiben und Partnerschaften eingehen. „2020 war ein Jahr beispielloser Herausforderungen und großer Erfolge“, sagte Rabe am Freitag bei der Vorstellung der Jahresbilanz für 2020. Die RTL-Group litt im vergangenen Jahr wie andere Medienhäuser wegen der Pandemie unter Werbeeinbrüchen. Beim Umsatz musste das Unternehmen einen Rückgang um 9,5 Prozent auf etwas mehr als sechs Milliarden Euro hinnehmen – hauptsächlich wegen der Einbrüche am TV-Werbemarkt. Das Konzernergebnis ging um 27,7 Prozent auf 625 Millionen Euro zurück, das operative Ergebnis sackte von knapp 1,16 Milliarden Euro auf 853 Millionen Euro.

Für das laufende Jahr zeigte sich Rabe zuversichtlich. Die Gruppe, zu der mehr als 60 TV-Sender, mehrere Streaming-Plattformen und Dutzende Radiosender in mehreren Ländern gehören, gehe von wieder besseren Zahlen aus, sagte er. Der Umsatz soll aus eigener Kraft um rund 8 Prozent auf 6,2 Milliarden Euro steigen. Das bereinigte operative Ergebnis (Ebita) soll um rund 14 Prozent auf rund 975 Millionen Euro zulegen. Damit würde die Gruppe immer noch unter den Werten des Vor-Corona-Jahres liegen. Rabe wies darauf hin, dass das unter der Voraussetzung stehe, dass sich die Wirtschaft vor al-

lem im zweiten Quartal mit einer möglichen schrittweisen Lockerung von den aktuellen Lockdown-Maßnahmen weiter erholt und dass das Impfen vorangeht.

Für den Werbemarkt erwartet RTL nach einem verhaltenen Jahresstart im zweiten Quartal einen deutlichen Anstieg. Neben seinen Streaming-Plattformen sieht RTL Wachstumschancen vor allem in individualisierbarer Werbung. Bis 2025 will die Sendergruppe für seine Online-Plattformen TV Now und Videoland die Zahl der Abonnenten auf 5 bis 7 Millionen erhöhen. Aktuell meldete Rabe mit Stand Ende Dezember 2020 knapp 1,3 Millionen zahlende Kunden für TV Now in Deutschland, das sind 64 Prozent mehr als Ende 2019. Videoland in den Niederlanden konnte die Abonnentenzahl um 38 Prozent auf gut 900 000 erhöhen. Der Streaming-Umsatz, der sich aus Abos, Werbung und Einzelverkäufen zusammensetzt, lag bei 170 Millionen Euro (plus 20 Prozent). 2025 soll er bei mindestens 500 Millionen Euro liegen. Dann soll auch die Gewinnzone erreicht sein. Die Gruppe will dafür die Programminvestitionen auf bis zu jährlich 350 Millionen Euro steigern.

Rabe bekräftigte sein Ziel, RTL im Wettbewerb mit den globalen Internetplattformen zum „nationalen Champion“ zu machen. Im Wettbewerb mit Netflix, Apple, Disney und Amazon, die sich auch in Deutschland Anteile gesichert haben, will RTL sich auf die nationalen Märkte konzentrieren und dort die Nummer eins sein. Auch deswegen sprach Rabe die Konsolidierung des europäischen TV-Ge-

schäfts an. In Deutschland will die Gruppe Alleineigentümer des Kinderprogramms Super RTL werden und den Disney-Anteil von 50 Prozent kaufen. Auch ein weiteres Zusammenrücken von RTL in Deutschland und dem Hamburger Zeitschriftenverlag Gruner + Jahr mit Zeitschriften wie „Stern“ oder „Geo“ wird geprüft. Bereits jetzt gebe es zwischen den Unternehmen bei der Werbevermarktung und der Verwertung von Inhalten in der Bertelsmann Content Alliance wichtige Verbundeffekte. Derzeit prüft das Management von RTL und Gruner + Jahr, wo eine noch systematischere Zusammenarbeit möglich ist. „Die Analyse soll zum Ende des zweiten Quartals abgeschlossen sein, im dritten Quartal fällt die Entscheidung“, sagte Rabe. Wenn RTL Deutschland und Gruner + Jahr ihre Kräfte noch stärker bündelten, „dann entsteht ein echter nationaler Champion, ein echtes Chancenbündnis für beide Seiten“. Vor allem in den Redaktionen stoßen diese Fusionsüberlegungen auf Skepsis. Der Hamburger Zeitschriften-Verlag gehört auch zu Bertelsmann, der Konzern setzt schon länger auf Synergien seiner Sparten.

Im Raum steht für die RTL-Gruppe zugleich eine mögliche Veränderung im zweitwichtigsten Markt Frankreich – RTL hält an der börsennotierten TV-Gruppe M6 48,5 Prozent. Medien spekulierten über einen möglichen Verkauf. Rabe sagte dazu nur, man prüfe Optionen für den Kontrollanteil – „mit dem Ziel, Werte für unsere Aktionäre zu schaffen“.



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

FINANZEN

Fonds in Luxemburg verwalten Rekordvermögen

Ende Januar waren am hiesigen Finanzplatz 5.050,152 Milliarden Euro geparkt

oe Die rasche Erholung an den Weltbörsen nach dem Crash zu Beginn der Coronakrise hat auch der hiesigen Fondsbranche ein weiteres Rekordjahr beschert. Wie das Internetportal »Paperjam« unter Berufung auf die luxemburgische Finanzaufsichtsbehörde CSSF berichtet hat, überstieg das von Fondsgesellschaften am hiesigen Finanzplatz verwaltete Vermögen Ende Januar 2021 zum ersten Mal die Marke von 5.000 Milliarden Euro.

Zum Vergleich: Die Fondsgesellschaften in Deutschland kamen am Jahresende 2020 »nur« auf ein verwaltetes Vermögen von 3.850 Milliarden Euro. Auch dabei habe es

sich um einen neuen Höchststand gehandelt, hatte der Bundesverband Investment und Asset Management (BVI) vergangene Woche in Frankfurt am Main mitgeteilt.

Wie »Paperjam« am Montagabend weiter meldete, hat es drei Jahre und vier Monate gedauert, weitere 1.000 Milliarden Euro in hier aufgelegte Fonds zu locken – kaum länger als die Fondsgesellschaften von Oktober 2014 bis September 2017 benötigten, um beim verwalteten Vermögen von 3.000 auf 4.000 Milliarden Euro zu kommen.

Im Kapitalismus war es noch immer so, daß gegen Ende der Krise zur Aufholjagd um entgangene Profite geblau-

sen wird. Das gilt insbesondere für Finanzinvestoren, in deren Fonds sogenannte institutionelle Anleger und schwerkreiche Privatpersonen Unsummen investieren. Weil die Laufzeit dieser Fonds in der Regel begrenzt ist, muß das »ungeduldige Kapital« in dieser Zeit eine möglichst hohe Rendite erzielen.

Der Grund dafür, daß in nur drei Jahren und vier Monaten weitere 1.000 Milliarden Euro in hier aufgelegte Fonds geflossen sind, ist weniger die hiesige Mehrsprachigkeit oder der ganz besondere Service der Vermögensverwalter am hiesigen Finanzplatz, wie das die ABBL und andere Bankster-Vereinigungen nicht müde werden zu behaupten,

sondern in erster Linie die Tatsache, daß vor allem die berühmten »Fonds d'Investissement Spécialisés« (FIS) in Luxemburg weitestgehend von der Steuerpflicht befreit sind.

Die Kommunisten haben ausgerechnet, daß eine Corona-Steuer von fünf Prozent auf die Einlagen allein dieser Spezialfonds dem Luxemburger Staat Mehreinnahmen in Höhe von 30 Milliarden Euro bescherten würde. Doch wenn es nach der Regierung aus DP, LSAP und Grünen geht, werden die Krisenlasten wieder auf die Lohnabhängigen, die Jugend und die Rentner abgewälzt.

Erstmals mehr als 5.000 Milliarden Euro

INVESTMENTFONDS Geldvolumen im Januar auf neuem Rekordhoch

Christian Muller

Im Monat Januar ist das Volumen der von Luxemburger Investmentfonds verwalteten Gelder erstmals über die Marke von 5.000 Milliarden Euro gesprungen.

Der weltweite Vertrieb von Investmentfonds ist seit vielen Jahren eine Erfolgsgeschichte für den Luxemburger Finanzplatz. Innerhalb der letzten zehn Jahre wurde das von dem Sektor verwaltete Geldvolumen praktisch verdoppelt. 2009 lag die Summe der investierten Gelder noch weit unter 2.000 Milliarden Euro (1.526,6 Milliarden). Die 3.000-Milliarden-Marke wurde 2014 überschritten – die 4.000-Milliarden-Marke nur drei Jahre später. Nun wurde die 5.000-Milliarden-Marke durchbrochen.

Ende Januar 2021 verwaltete der luxemburgische Investmentfondssektor die gewaltige Summe von 5.050 Milliarden Euro, wie die Finanzaufsicht CSSF mitgeteilt hat. Innerhalb eines Monats war das verwaltete Vermögen somit um 76 Milliarden Euro (oder 1,54 Prozent) gewachsen. Seit Anfang Januar 2020 hat das Geldvolumen in den Luxemburger Fonds um satte 330 Milliarden Euro (oder 5,44 Prozent) zugelegt. Zum Vergleich: Die jährlichen Einnahmen und Ausgaben des Luxemburger Staates liegen bei etwas über 20 Milliarden Euro. Das Fondsvermögen ist in dem Zeitraum somit um mehr als 830 Millionen Euro pro Tag gewachsen.

Nach dem Ausbruch der Corona-Krise und dem Einbruch der Kurse an den Finanzmärkten war anfangs nicht klar, ob der Sektor auch weiterhin seinen Rekordkurs fortsetzen könnte. Im Januar 2020 hatte das Volumen der von Luxemburger Fonds verwalteten

Gelder, mit 4.789,8 Milliarden Euro, ein neues historisches Allzeithoch erreicht. Fast 600 Milliarden mehr als ein Jahr zuvor. Dann kam Corona. In den Monaten Februar und März schrumpfte diese Summe heftig. Erst um 121,1 Milliarden Euro, dann um satte 518,8 Milliarden Euro. Dazu beigetragen hatten sowohl Investoren, die Gelder abgezogen haben, als auch an den Märkten erzielte Wertverluste.

Schnell drehten die Zahlen jedoch wieder ins Positive. Noch während des Lockdowns im April begannen Investoren, wieder mehr Geld in Luxemburger Fonds anzulegen, als abzuziehen. Insgesamt haben Investoren in den letzten zwölf Monaten netto 191 Milliarden Euro über Luxemburger Fonds neu angelegt. Das zeigt, dass das Anlagevehikel Investmentfonds weiterhin attraktiv für die Kunden ist. Auch an den Märkten wurden wieder Gewinne mit dem Geld der Anleger erwirtschaftet. Mit den angelegten Geldern wurden in dem Zeitraum Erträge von etwa 140 Milliarden erwirtschaftet.

Weltmarktanteil von neun Prozent

Der Sektor der Investmentfonds ist ein gewichtiger Bestandteil der Luxemburger Wirtschaft. Ein kleiner Bestandteil der riesigen Summe bleibt als Bearbeitungsgebühren und Steuern im Lande. Die Branche beschäftigt einige Tausend Mitarbeiter im Großherzogtum und zahlte in den letzten paar Jahren rund eine Milliarde Euro an Steuern.

Wichtig für den Standort ist jedoch nicht nur das verwaltete Geldvolumen. Für die Beschäftigung am Finanzplatz ist

auch die Zahl der Fonds das wichtigere Kriterium. Im Schnitt heißt es, dass jeder Fonds rund drei Jobs im Land schafft. Die schlechte Neuigkeit: In den letzten Jahren ist die Zahl der Fonds geschrumpft. Während es, laut Zahlen der Zentralbank, Ende Dezember 2016 insgesamt 4.144 Fonds in Luxemburg gab, ist ihre Zahl im März 2018 unter die Marke von 4.000 gefallen. Im Januar 2020 waren es 3.719 Fonds. Bis Januar 2021 schrumpfte ihre Anzahl noch weiter: auf 3.581. Viele Experten sind der Überzeugung, dass es in Europa insgesamt zu viele Investmentfonds gebe. Es ist eine Frage der Kosten. Je höher die investierte Summe, desto kleiner sind proportional die Kosten.

Der Sektor ist jedoch zufrieden. „Trotz der beträchtlichen Herausforderungen, mit denen die Welt konfrontiert war, und der Instabilität der Finanzmärkte im vergangenen März hat sich die luxemburgische Investmentfondsbranche robust gezeigt“, so Corinne Lamesch, Vorsitzende vom Luxemburger Fondsverband ALFI.

Das Großherzogtum ist der zweitwichtigste Fondsstandort weltweit – nach den USA. Was Fonds angeht, die grenzüberschreitend verkauft werden, ist Luxemburg die Nummer eins. Neun Prozent aller Gelder, die weltweit in Fonds angelegt werden, werden in Luxemburger Fonds investiert. Das ist deutlich mehr als in die Fonds anderer Länder: Irland hat 5,9 Prozent Weltmarktanteil, Deutschland 4,6 Prozent Weltmarktanteil, Frankreich 3,8 Prozent. Doch der Wettbewerb ist hart: Vor fünf Jahren hielt Luxemburg noch einen weltweiten Marktanteil von 9,4 Prozent.

Die neue Bankenwelt

Die Geschäftsmodelle der Vergangenheit sind passé

Luxemburg. Die Zahl der Banken im Großherzogtum nimmt ab – und wird auch weiter schrumpfen, so die Einschätzung des Bankenverbands ABBL. Seit dem Bankdatenaustausch hat für die Geldinstitute im Land eine neue Zeitrechnung begonnen. Die Politik versuchte, andere Geschäftsfelder zu erschließen, doch islamische Finanzierungen blieben ein Nischenprodukt. Zuletzt gab die Commerzbank bekannt, aus Luxemburg wegzugehen – 200 Mitarbeiter sind betroffen. Damit ist aber mitnichten

das Ende des Bankplatzes Luxemburg besiegelt. Denn auch wenn es für die Institute schwieriger wird, profitabel zu wirtschaften: Mit dem richtigen Geschäftsmodell geht es. Während die Pandemie auch die Gewinnaussichten der Banken trübt, ist es nun an den Geldhäusern selbst, die richtige Zukunftsstrategie zu finden. Die Geschäftsmodelle von morgen sind allerdings andere als die, mit denen der Bankplatz groß wurde.

MeM

Grüner und digitaler

Luxemburg bleibt ein wichtiger Standort für Banken – doch die Bankenlandschaft wandelt sich tiefgreifend

Von Marco Meng

Die Commerzbank Luxembourg, seit 1969 im Land, wird 2024 ihre Pforten schließen. Damit setzt sich ein Trend fort, der seit einigen Jahren zu beobachten ist: Die Zahl der Banken nimmt ab. Mit dem Weggang der Commerzbank, die einst vom Großherzogtum aus ihren gesamten Goldhandel abwickelte, wird die Zahl der deutschen Banken in Luxemburg auf dann 21 sinken. 2001 waren es noch 59. Gleichzeitig sind aus den vier chinesischen Banken, die Luxemburg während der letzten Jahrzehnte zählte, vierzehn geworden. Hinzu kamen mehr Banken aus der Schweiz – die Bank Julius Bär hat bereits das Luxemburger Privatkundengeschäft der Commerzbank übernommen – und zuletzt reagierten Banken auf den Brexit, indem sie Sparten ins Großherzogtum verlegten. Man sieht: In Luxemburgs Bankenlandschaft ist einiges in Bewegung geraten. Doch wohin geht der Trend? Seit dem Ende des Bankgeheimnisses und dem Beginn des Bankdatenaustausches 2015 hat eine neue Zeitrechnung begonnen – nach und nach verließen einige Institute, vor allem Filialen deutscher Landesbanken, Luxemburg – weil das alte Geschäftsmodell hinfällig war. Der Bankdatenaustausch traf übrigens nicht nur die Commerzbank Luxembourg mit einem Millionenbußgeld, sondern auch andere Banken, wie beispielsweise die Luxemburger „Spuerkeess“, die 2016 deutschen Behörden ein Bußgeld in Höhe von 14 Millionen Euro zahlte.

Alte und neue Geschäftsmodelle

Argumente wie „Zentrale Lage in Europa, wichtige Hauptstädte schnell erreichbar, Zugang zum EU-Markt“ galten einst als Synonym für Bankgeheimnis und sind heute keine mehr, denn die zentrale Lage beispielsweise trifft auch auf Frankfurt zu, wo immerhin die EZB beheimatet ist. Luxemburg muss sich also anders von anderen Standorten abheben – und das ist vor allem seine grenzüberschreitende Ausrichtung und Expertise, erklärt Judith Gledhill, Sprecherin des Bankenverbands ABBL.

Internationalisierung, so der Bankenverband, sei ein Merkmal,

mit dem der Standort Luxemburg punkten kann und weswegen auch die großen chinesischen Finanzinstitute in Luxemburg ihre Europa-hubs installierten. Beispielsweise ist es für Unternehmen von Vorteil, dass in Luxemburg Geschäftsberichte in verschiedenen Sprachen verfasst werden können, sei es deutsch oder französisch oder englisch. Zudem verfügt der Standort Luxemburg über ein breites Finanzökosystem, so der Bankenverband ABBL. Damit gemeint sind allen voran die Fondsgesellschaften und andere Dienstleistungen rund um Finanzen; auch die international aufgestellten Kanzleien in Luxemburg.

Eines der großen Finanzinstitute aus Deutschland ist die DZ Privatbank, die in Luxemburg ihren Sitz hat und Tochtergesellschaft der DZ Bank ist, dem Zusammenschluss deutscher Sparkassen. Besteht die Gefahr, dass sie es der Commerzbank gleichtut? Die Geschäftsaktivitäten auf den deutschsprachigen Markt ausgerichtet ist der Unternehmenssitz in Luxemburg, und soll auch dort bleiben, wie die Bank auf Nachfrage erklärt. „Unsere Standortstruktur sehen wir auch zukünftig als wesentlichen Eckpfeiler unserer erfolgreichen Wachstumsstrategie an“, sagt Firmensprecherin Corinna Frank. An ihrem Unternehmenssitz in Luxemburg habe das Unternehmen in mehr als vier Jahrzehnten eine moderne, professionelle und zuverlässige Infrastruktur aufgebaut. Mit Kompetenzen in den Bereichen „Vermögensanlage und -verwaltung, dem Fondsgeschäft sowie dem Geschäftsbereich „Finanzierung“, dem internationalen Darlehensmanagement. Hat die Commerzbank seit der Finanzkrise ab 2008 strukturelle Probleme gehabt – sie verlässt nicht nur Luxemburg, sondern auch Hong Kong und Ungarn –, so konnte im Vergleich dazu die DZ Privatbank in Luxemburg zuletzt trotz Pandemie das Vorsteuerergebnis auf 38 Millionen Euro steigern (2019: 36 Millionen Euro). Im Private Banking als auch im Fondsdienstleistungsgeschäft läuft es. Das verwaltete Vermögen in diesen beiden Grundpfeilern der Luxemburger Finanzbranche stieg nicht nur bei der DZ

Privatbank, sondern generell: das Fondsvermögen wuchs bis Ende Januar auf mehr als fünf Billionen Euro, im Jahresvergleich ein Plus von 5,44 Prozent. Auch hier sieht man, dass einiges in Bewegung geraten ist. Lagen gemessen am Anteil des Nettofondsvermögens deutsche Promotoren lange hinter den USA und Großbritannien auf dem dritten Platz, stehen sie jetzt auf Platz 4. Den dritten Rang haben Fonds aus der Schweiz. Auch das Private Banking entwickelt sich gut, und das Vermögen stieg hier Ende 2019 zum elften Mal in Folge (Zahlen für 2020 liegen noch nicht vor) auf 466 Milliarden Euro; eine Verdopplung seit 2008.

Der Bankenverband ABBL hat das analysiert: Europa bleibt der Kernmarkt mit 85 Prozent des verwalteten Private Banking-Vermögens, aus Luxemburg kommen 21 Prozent, aus Belgien, Frankreich und Deutschland 17 Prozent; auf den Rest Europas entfallen 47 Prozent.

Größe ist wichtig

Wie aber sieht es mit dem traditionellen Bankgeschäft aus? Das steht laut Analyse der Finanzaufsicht CSSF unter Druck, da das Kreditgeschäft für die Banken seit dem Niedrigzins kein Selbstläufer mehr ist wie früher – profitieren können die Institute allerdings von einer unvermindert anhaltenden Darlehensnachfrage. Die Bankeinglagen (88 Prozent aus Luxemburg) nehmen ebenfalls zu – was für die Institute mitunter teuer ist, denn sie müssen für „überschüssiges“ Geld, das sie bei der EZB deponieren, Strafbzinsen zahlen. Profitabel zu bleiben, so der Bankenverband, ist schwierig, was heißt, es braucht dazu immer mehr auch eine bestimmte Größe. Ein großes Risiko angesichts der Pandemie Reiso, so die ABBL, mögliche Kreditausfälle und Konkurse bei kleinen Geschäftskunden.

„Das aktuelle Umfeld für Finanzdienstleistungen entwickelt sich rasant, und globale Bankkonzerne verfolgen eine Vielzahl von Ansätzen, um sich zu verändern und wettbewerbsfähig zu bleiben“, analysiert PwC Luxembourg im letzten „Banking Trends & Figures“-Bericht. „Wir haben auch festgestellt, dass die Banken be-

strebt sind, ihre Banking-Apps zu perfektionieren, um die sich schnell entwickelnden Kundenbedürfnisse zu erfüllen“, so eines der Ergebnisse der Untersuchung. Virtuelle Assistenten und die Nutzung biometrischer Daten wurden implementiert, wobei mehr als ein Drittel der Innovationen in Partnerschaft mit einem Start-up entstanden. Weiterhin nötig für die Banken in Luxemburg sei die Digitalisierung, die auch dazu beiträgt zu verhindern, dass Tätigkeiten in Länder mit billigeren Arbeitskräften verlagert werden, so PwC.

Angesichts steigender Kosten sieht auch die CSSF die Digitalisierung als grundlegend für die Zukunft der Luxemburger Finanzbranche an – sowie das Thema Nachhaltigkeit: „Der Green Deal kann nicht ohne nachhaltige Finanzen erreicht werden.“ Eine auf Nachhaltigkeit basierende Wirtschaft werde widerstandsfähiger sein, „und eine nachhaltige Wirtschaft geht Hand in Hand mit nachhaltiger Finanzierung“, so die CSSF. Statt Sukuk und islamische Finanzen, die einst von der Politik propagiert wurden, heißt nun das Geschäftsmodell der Zukunft ökologische Erneuerung.

Während die luxemburgischen Banken ein diversifiziertes Geschäftsmodell betreiben, konzentrieren sich die anderen Banken auf ein oder zwei Geschäftsfelder von Investmentfonds-Servicing, Depositengeschäft, Private Banking, internationales Kreditgeschäft oder Handelsfinanzierung. Die luxemburgischen Banken machten auch 2019 im Vergleich zu den anderen Banken den höchsten Gewinn mit rund 600 Millionen Euro, ein Plus von 20,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Es darf aber nicht vergessen werden, dass eine geografische Kategorisierung immer schwieriger wird. Da beispielsweise die BIL chinesische Eigentümer hat, hat sie auch zuletzt ihr China-Geschäft ausgebaut. Bei den Banken aus China sind Unternehmenskredite, Handels- und Projektfinanzierung das Kerngeschäft. Während sich die angloamerikanischen Banken nach wie vor auf das Fondsgeschäft konzentrieren, betreiben die Banken aus der Schweiz zusätzlich ihr traditionelles Private Banking. Ob und

wie sich das durch die Pandemie veränderte, wird eine nächste Analyse zeigen müssen. Dass die Pandemie nicht spurlos an der luxemburger Bankenlandschaft vorbeigeht, gilt als sicher. Die Pandemie hat erhebliche Störungen verursacht, die die Banken unter Druck setzen, Finanzmittel bereitzustellen und Teil der Lösung zu sein, sagt Roxane Haas, Banking Leader, PwC Luxembourg. Die von der Pandemie ausgelösten Disruptionen werden „die Transformation der Banken mit Sicherheit beschleunigen“. „Es wird weitere Konsolidierungen geben“, meint die ABBL. Das heißt, die Zahl der Banken wird wahrscheinlich weiter zurückgehen. Die reine Anzahl der Banken allerdings ist nicht allein ausschlaggebend. Seit den 1990er-Jahren kommt etwa ein Viertel der luxemburger Bruttowertschöpfung vom Finanzsektor. Auch mit weniger Banken sieht es nicht so aus als ändere sich das. Seit der Finanzkri-

se 2008 werden die Gewinne aber tendenziell geringer, da die Kosten seitdem ansteigen. Die Zahl der Beschäftigten liegt heute mit rund 26 000 deutlich höher als früher. Und die Bilanzsumme der heute weniger Banken hat mit 851 Milliarden Euro fast den gleichen Wert wie 2006, kurz vor der Finanzkrise. Damals wiesen die Banken al-

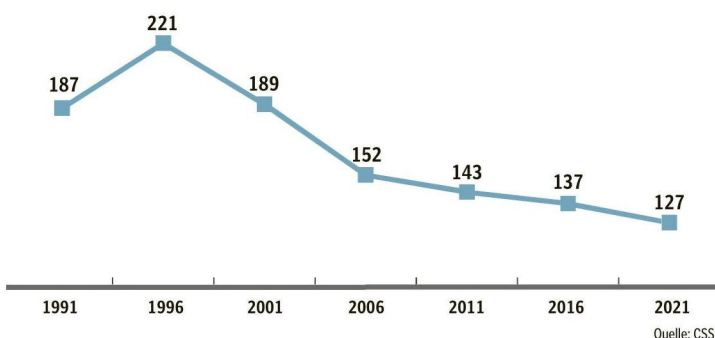
lerdings zusammen einen Gewinn von 5,7 Milliarden Euro aus. 2019 waren es 3,7 Milliarden Euro.

● *Es wird weitere*
● *Konsolidierungen*
geben.

Bankenverband ABBL

Weniger Banken

Die Zahl der Banken ist in Luxemburg in den letzten 20 Jahren deutlich zurückgegangen. Auch die Herkunft änderte sich.



Ein perfekter Sturm

Brüssel will mehr nachhaltige Investitionen, Luxemburg zum „Green Finance“-Standort werden – doch es gibt Hindernisse

Von Marco Meng

Seit dem Ausbruch des Coronavirus ist ein interessantes Phänomen zu beobachten: Investitionen in nachhaltige, sogenannte ESG-Fonds sind deutlich angestiegen.

Das trifft sich gut, soll doch Luxemburgs Finanzplatz 20 Prozent aller Geldflüsse bis 2025 auf „Green finance“ umstellen und ein weltweit anerkannter Finanzplatz für Investitionen in Energieeffizienz, erneuerbare Energien, Elektro- und Wasserstoffmobilität werden. So steht es im Regierungsprogramm. Warum dieser Wunsch? Sozial und ökologisch nachhaltige Finanzierungen, so die Hoffnung, werden zu einem ähnlichen Erfolgsmodell wie es die Luxemburger Publikumsfonds (Ucits) sind. Heute schon findet fast ein Fünftel aller ESG-Investitionen, die es weltweit gibt, am Luxemburger Finanzplatz statt. Dennoch ist auch Green Finance kein Selbstläufer, obwohl mehr und mehr Finanzinstitute dazu übergehen, ESG-Investitionen für ihre Kunden anzubieten – die einen mehr, die anderen weniger.

Chance für Luxemburg

Finanzminister Pierre Gramegna wünscht sich, dass mit der jüngst vorgeschlagenen EU-Taxonomie für nachhaltige Aktivitäten – womit definiert wird, was tatsächlich mit „nachhaltig“ gemeint ist – Luxemburg die Ucits-Erfolgsgeschichte wiederholen kann und in naher Zukunft Luxemburger Green Finance-Produkte ähnlich wie heute Luxemburger Investmentfonds von Asien bis Amerika überall auf der Welt genutzt werden. Im Haushaltsgesetz für das Jahr 2021 wurde darum ein niedrigerer Steuersatz von 0,05 Prozent eingeführt für Investitionen in Assets, die der EU-Taxonomie entsprechen. Damit sollen Fonds „ermutigen werden, einen zunehmenden Anteil ihres Vermögens in grüne und nachhaltige Aktivitäten zu inves-

tieren“, teilt das Finanzministerium dazu mit. Mit der Einrichtung eines Rahmens für Nachhaltigkeitsanleihen hat das Land selbst eine erste Bewertung seiner öffentlichen Investitionspolitik gemäß den neuesten Empfehlungen der EU-Taxonomie vorgenommen. Die Empfehlungen, die im März 2020 veröffentlicht wurden, gäben eine ausführliche Umsetzungsanleitung, wie Unternehmen und Finanzinstitute die Taxonomie nutzen und offenlegen könnten. „Es ist jetzt der richtige Zeitpunkt, damit zu beginnen“, heißt es aus dem Finanzministerium.

Mit einem Klassifizierungssystem („Taxonomie“) will Brüssel nachhaltige Finanzen – vor allem Finanzierungen von Wirtschaftsaktivitäten, die CO₂-arm sind oder CO₂ einzusparen helfen – fördern. Damit führt die EU die weltweit erste „grüne Liste“ für nachhaltige Wirtschaftstätigkeiten ein: Nachhaltigkeit soll damit messbar gemacht werden. Anzuwenden ist die Taxonomie-Verordnung ab dem 1. Januar 2022. Manche Marktteilnehmer werten das als Zeitenwende in der Finanzbranche. Nur so, betont auch Gramegna, kann Europa seine Klimaziele erreichen. In Europa wuchsen die Investitionen in ESG-Publikumsfonds und ETFs auf die Rekordsumme von rund 1,1 Billionen Euro – das ist fast zehn Prozent des gesamten europäischen Fondsvermögens. Und nicht nur die Nachfrage nimmt zu, auch das Angebot: So wurden letztes Jahr 330 ESG-Fonds neu aufgelegt. „Nachhaltige Finanzen steht bei allen wichtigen Konferenzen und Roadshows auf der Tagesordnung“, so Luxemburgs Fondsverband Alf. Das Alf Responsible Investing Technical Committee hat für seine Mitglieder einen Leitfaden zur Offenlegung von Nachhaltigkeitsinformationen erstellt.

Wo liegt aber für Fonds die Schwierigkeit, „grün“ oder nachhaltig zu werden: Gibt es über-

haupt genügend entsprechende Investitionsobjekte? Da macht sich ESG-Produkt-Spezialist Oliver Plein von der DWS Group keine Sorge, denn die EU geht davon aus, dass allein zum Klimaschutz mehr als eine Billion Euro an Investitionen gebraucht werden, seien es für den Ausbau der erneuerbaren Energien oder der Elektro-Ladeinfrastruktur. Und so rechnet Plein auch weiter mit einem steigenden Zufluss an Investorengelder in ein wachsendes Angebot nachhaltiger Anlagen, zumal immer mehr auch erkannt werde, dass sich Rendite und Nachhaltigkeit nicht ausschließen: „Unternehmen, die langfristig orientiert sind, haben in der Regel auch eine bessere Kapitalrendite“, so Plein.

Neben immer mehr Fondsgesellschaften ist auch die Luxemburger Börse seit geraumer Zeit dabei, das Angebot an grünen Finanzprodukten auszubauen. Jüngst hat sie auf ihrer grünen Börsenplattform (LGX) eine Sektion eingerichtet, die Wertpapier-Emittenten hervorhebt, die mindestens 95 Prozent und solche, die mindestens 75 Prozent ihrer Einnahmen aus kohlenstoffarmen Aktivitäten erzielen. Damit sollen „Finanzinstrumente, die einen positiven Einfluss auf unseren Planeten haben, sichtbar werden“, so LGX-Gründerin Julie Becker – die im April dieses Jahres Robert Scharfe als Börsenchef ablösen wird.

Was die „Taxonomie“ Brüssels betrifft (das EU-Klassifizierungssystem soll einen ESG-Standard definieren und gleichzeitig „Greenwashing“ bekämpfen), so haben insgesamt 26 Banken europaweit letztes Jahr die Taxonomie getestet und erklärten im Anschluss, die Verfügbarkeit und Qualität von Informationen sei die schwierigste Herausforderung bei der Bewertung, was nun wirklich nachhaltig ist und was nicht. Denn ohne eine verpflichtende Offenlegung können Investoren und

Unternehmen wie Versicherungsgesellschaften oder Pensionsfonds nicht entscheiden, was eine „ökologisch nachhaltige Wirtschaftstätigkeit“ ist. Eine Pflicht zur Investition in Nachhaltigkeitsprojekte oder Kapitalerleichterungen für grüne Investments schreibt die Taxonomie nicht fest. Versicherungsgesellschaften und Banken müssen allerdings künftig in ihrem Lagebericht ausführen, wie und in welchem Umfang ihre Tätigkeiten mit ökologisch nachhaltigen Wirtschaftstätigkeiten verbunden sind. Investmentfonds und andere Finanzmarktteilnehmer mit Produkten, die „ökologisch“ genannt werden, müssen künftig über deren Taxonomie-konformen Anteil informieren.

Gefährdete Glaubwürdigkeit

Geteilter Meinung bei der Diskussion um ein EU-Umweltzeichen für Finanzprodukte und der regulatorischen Definition von „ESG“ ist man darüber, ob die Kernenergie ein grünes Etikett verdient, die zwar CO₂-arm Energie produziert, aber radioaktive Abfälle hinterlässt. Die meisten Menschen in der EU sehen darum Kernkraft nicht als nachhaltig an. Die Kommission beauftragte die Gemeinsame Forschungsstelle (JRC), ihren wissenschaftlichen Expertenarm, mit einem Bericht zu diesem Thema, der diese Woche veröffentlicht werden soll. Auch der Vorschlag der Kommission, neue Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen auf Erdgasbasis als „ökologisch nachhaltig“ einzustufen, wenn sie stillgelegte Kohlekraftwerke ersetzen, wird von Umweltschutzverbänden, aber auch Finanzinstituten kritisiert. Das würde die Ambitionen für den europäischen Green Deal konterkarieren und der Taxonomie ihre Glaubwürdigkeit nehmen.

- Unternehmen, die langfristig orientiert sind, haben in der Regel auch eine bessere Kapitalrendite.

Oliver Plein, ESG-Experte der DWS

Fonds zur Ressourcenschonung

In einem Elektrofahrzeug, wie auch in Digitalisierung sowie Automatisierung steckt viel Wasser. Es wird für die Herstellung von Batterien gebraucht, aber auch zur Produktion von Halbleitern und Computerchips. Das bedeutet: Wasserknappheit kann durchaus Mobilitätswende und Industrie 4.0 gefährden und damit die Reduzierung von Treibhausgasemissionen. Investitionen in die Entwicklung von Technologien zur Einsparung und Aufbereitung von Wasser sind demzufolge wichtiger denn je,

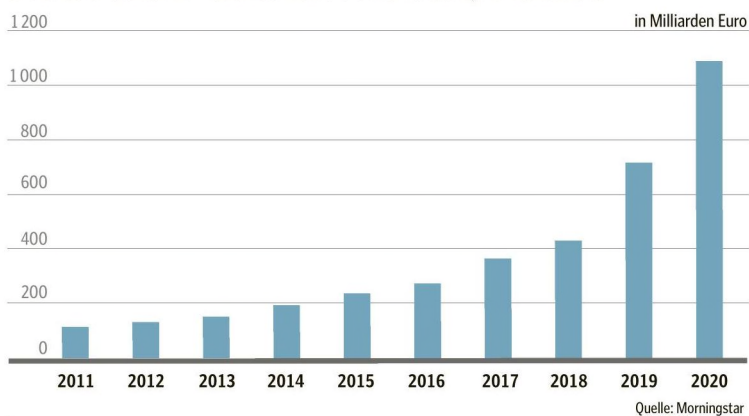
denn der weltweite Wasserverbrauch hat sich in den vergangenen 100 Jahren versechsfacht. Seit den 1980er Jahren nimmt er jährlich um rund ein Prozent zu. Von den etwa 1,6 Milliarden Kubikkilometern Wasser, die sich auf dem Planeten Erde befinden, sind aber nur 35 Millionen Kubikkilometer Süßwasser: 2,5 Prozent. Nur etwa 213 000 Kubikkilometer davon sind relativ leicht nutzbar.

Abhilfe schaffen können hier „grüne“ Geldanlagen. Die Fondsgesellschaft Robeco erklärt anhand ihres RobecoSAM Sustainable Water Equi-

ties, einer von mehreren Wasserfonds, die es in Luxemburg gibt: „Primäres Anlageziel der Anlagestrategie ist die Adressierung der Herausforderung 'Wasserknappheit'. Investiert wird daher in die Lösungsanbieter dieser Herausforderung – unter Berücksichtigung zahlreicher Nachhaltigkeitsaspekte – die mit Produkten und Dienstleistungen für einen effizienteren Gebrauch und Wiedergebrauch der Ressource Wasser sorgen.“ Anbieter von abgefülltem Trinkwasser gehören ausdrücklich nicht dazu. MeM

Nachhaltigkeits-Fonds legen zu

In den letzten Jahren erhielten ESG-Fonds deutliche Geldzuflüsse: ESG-Publikumsfonds und ETFs erreichten im Dezember 2020 die Marke von 1,1 Billionen Euro.



Luxemburg ist ein ideales Testgelände

UNTERNEHMEN Satispay und das Leben ohne Bargeld

Christian Muller

Das Unternehmen Satispay hat große Pläne. Es will europäischer Marktführer im Bereich von digitalen Zahlungsdienstleistungen werden. Investoren haben Millionen Euro in die aus Italien stammende Firma gesteckt. Luxemburg ist für das Unternehmen Testgelände, Sprungbrett und Firmensitz. Alberto Dalmasso ist kein großer Freund von Bargeld. Der Geschäftsführer von Satispay träumt von einer Welt, wo man „endlich die Möglichkeit hat, komplett ohne Bargeld zu leben“, sagt er gegenüber dem Tageblatt. Das traditionelle Angebot von Kreditkarten geht ihm nicht weit genug. Vor allem kleinere Einkäufe, etwa eine Taxi-Fahrt oder ein Airbnb-Zimmer, könne man, zumindest in Italien, nicht mit Kreditkarte bezahlen, klagt er. Auf der Suche nach einer billigeren Lösung für kleine Einkäufe kam ihm das Smartphone zu Hilfe. Praktisch alles könne man damit verwalten, schwärmt er. „Seit meinem ersten iPhone war ich fasziniert von den Möglichkeiten, die dieses mächtige Gerät bietet.“

2013 wurde das Unternehmen Satispay geboren. Alberto Dalmasso war einer der drei Gründer. Nach einer Phase der Entwicklung und Analyse von Vorschriften, Regulierung und verfügbaren Technologien kam das kontaktlose Zahlungssystem dann Anfang 2015 in Italien auf den Markt. „Etwas Günstiges. Mit dem man auch einen Espresso bezahlen kann“, so Dalmasso. „Kreditkarte wird keine benötigt.“

Um ein eigenes Konto bei Satispay zu erstellen, muss ein neuer Nutzer die Anwendung herunterladen sowie seine IBAN-Bankkontonummer und einen Personalausweis eingeben. Er muss ein wöchentliches Budget festlegen (laut Firmenangaben im Schnitt 300 Euro), das er in der Anwendung haben möchte. Bezahlte werden kann dann sowohl in physischen als auch in Online-Geschäften. Auch können die Benutzer sich gegenseitig Geld senden oder es für wohltätige Zwecke spenden. Jeden Montag wird das Satispay-Konto automatisch vom Bankkonto aus aufgeladen (oder zurücküberwiesen).

Das gesamte System biete „maximale Sicherheit“, unterstreicht Dalmasso. Mit IBAN zu arbeiten mache das System sicherer – eine Kreditkarte könne einfach gestohlen werden. Jede Zahlung über Satispay hingegen müsse vom Telefon des

Nutzers aus autorisiert werden. Ein Dieb brauche somit erst Zugang zum Mobiltelefon und dann noch den PIN-Code der App. So etwas sei „noch nie vorgekommen“, sagt er. „Bargeld ist am wenigsten sicher. Wenn es gestohlen wird, ist es weg.“

Zudem ist Satispay „für den Verbraucher kostenlos“, so der Geschäftsführer weiter. Und auch für Händler sei das Preismodell sehr kostengünstig. So habe dieser, abgesehen von einer festen Provision von 0,20 Euro (auf Zahlungen über 10 Euro), keine weiteren Gebühren zu entrichten. Zahlungen von unter zehn Euro seien kostenlos. Beim Online-Verkauf fällt für den Händler eine weitere Gebühr von 0,5 Prozent pro Transaktionen an.

Bis 2019 war das Unternehmen nur in Italien aktiv. Dann „waren wir stark genug“, so Dalmasso. Im April 2020 begann Satispay mit seiner Internationalisierung. Man zählte, eigenen Angaben zufolge, bereits mehr als eine Million Nutzer und über 100.000 Händler. Insgesamt stehe man für 50 Prozent Marktanteil bei digitalen kontaktlosen Zahlungen in Geschäften in Italien. Zwei europäische Länder hatte Satispay vorerst im Visier: Deutschland und Luxemburg. Für Deutschland habe man sich entschieden, weil das Land „sehr ähnlich wie Italien ist“, sagt Alberto Dalmasso. „Kleine Händler mögen die hohen Gebühren der Kreditkarten nicht.“

Auf Italien folgten Deutschland und Luxemburg

Für den Luxemburger Markt hätten derweil eine Reihe ganz unterschiedlicher Faktoren gesprochen, so der Geschäftsmann weiter. So arbeiteten damals bereits 20 der rund 120 Mitarbeiter des Unternehmens in Luxemburg. Ein Jahr zuvor hatte Satispay von der Luxemburger Finanzaufsicht eine Zulassung als E-Geld-Institut erhalten. In den Jahren davor war die Gesellschaft von London aus beaufsichtigt worden. Doch mit dem Brexit musste sich das Unternehmen zum Erreichen seiner europäischen Ambitionen eine neue Heimat suchen. „Auch diese Mitarbeiter sollen unser Produkt nutzen können“, so Dalmasso.

Zudem sei das Land das ideale multi-kulturelle Testgelände, um ein solches An-

gebot auszubreiten, so der Geschäftsführer weiter. „Die richtige Größe für City-Marketing.“ Dass Satispay somit den gleichen Weg einschlägt wie einst Ferrero, ist dabei kein reiner Zufall. Dalmasso weiß, dass auch der Süßwarenhersteller die Marktfähigkeit vieler seiner Produkte in Luxemburg getestet hat. Man kennt sich und hat miteinander über Luxemburg geredet. In seinem Geburtsort Cuneo (Italien) ist Ferrero vertreten.

Auch sei Luxemburg ein „guter Spielplatz, um auf den französischen Markt zu zielen“, so Dalmasso weiter. Viele französische Geschäftsketten sind hier vertreten. „Mit denen reden wir nun.“ Auchan beispielsweise habe man hierzulande bereits als Kunden gewonnen. „Jetzt reden wir mit ihnen über Frankreich und Italien.“ Dieses Ergebnis sei eine unerwartet positive Überraschung der Präsenz in Luxemburg. Jetzt bereite man sich auf den Markteintritt in Frankreich vor.

Dass es hierzulande bereits eingesessene Wettbewerber gibt, findet er gut. In Italien könne niemand so richtig mithalten, sagt er in einem fast bedauernden Ton. Alternativen würden getestet oder hätten nicht abgehoben. „Das macht Luxemburg zusätzlich interessant für uns.“ Der Wettbewerber sei gut bei Zahlungen an Verwaltungen und öffentliche Dienstleister. Die eigene Stärke seien jedoch Geschäfte, und man habe auch hierzulande „schnell genug Geschäfte gefunden“.

Von Luxemburg nach Frankreich

Knapp vier Monate nach dem Markteintritt in Luxemburg meldete die Gesellschaft, dass sie den Meilenstein von 130 Händlern in Luxemburg überschritten habe. Eine bemerkenswerte Leistung inmitten der Coronavirus-Krise, lobt sich das Unternehmen. Zu den beteiligten Händlern zählen Auchan, Urban Bar, Bistrot Beim Renert, Charles Sandwiches, Go Ten Bar, Njörd und Häagen-Dazs. Bis Anfang 2021 sei die Zahl bereits auf etwa 300 Händler und rund 5.000 Nutzer angestiegen, so Dalmasso weiter.

Der Eintritt in den deutschen und luxemburgischen Markt setzte den ersten Meilenstein für die Schaffung eines paneuropäischen Zahlungssystems, so der Geschäftsführer weiter. Ehrgeiziges Ziel der Gesellschaft ist nichts Geringeres als „das am weitesten verbreitete Instrument für digitale Zahlungen in Europa zu werden“, erklärt er. Um dieses Ziel zu erreichen, sammelt das Unternehmen kräftig Geld von Investoren ein. Etwa 110 Millionen Euro haben Investoren, ihm zufolge, bisher bereits in die Firma gesteckt.

Eine Beschleunigung beim Wachstum

Das viele Geld soll jetzt eine Beschleunigung beim Wachstum bringen. „Mit Deutschland, Luxemburg und Frankreich wollen wir die Zahl unserer Kunden bis 2022 verdoppeln.“ Und er ist zuversichtlich: „Wir rennen unserem Wachstum hinterher“, sagt er. Täglich kämen etwa 250 neue Shops und 2.000 neue Nutzer hinzu. Pro Monat müsse man acht bis zehn Personen neu einstellen, um das Wachstum zu verwalten.

Einen Gewinn hat die Firma bisher noch nicht erwirtschaftet. Schnell in die schwarzen Zahlen zu gelangen, ist auch „nicht unsere Priorität“, so Dalmasso. Man habe gezeigt, dass „das Geschäftsmodell funktioniert und nachhaltig ist“. Nun wolle man wachsen: neue Kunden finden und neue Produkte aufbauen. Satte Gewinne einfahren könne man dann in der Zukunft.

Zu den neuen Produkten, an denen gearbeitet wird, zählen eine Lösung, die Verkaufsautomaten ermöglicht, digitale Zahlungen mit Satispay zu akzeptieren, sowie eine Funktion zum Sparen von Geld. Obwohl hier aktuell keine Zinsen angeboten werden, würden bereits mehr als 300.000 Kunden das Angebot nutzen, so Dalmasso. An einem Angebot von Produkten zum Investieren werde zurzeit gearbeitet.

Kompetenzzentrum in der Brandung

Der neue Chef der Deutsche Bank Luxembourg: Covid ist noch nicht vorbei

Luxemburg. In der Zeit der Pandemie konnte die Deutsche Bank die langen Jahre an negativen Schlagzeilen und schlechten Zahlen hinter sich lassen: Für 2020 weist sie erstmals seit 2014 mit einem Plus von 113 Millionen Euro einen Gewinn aus. Das ist genau die Summe, die 2018 allein die Deutsche Bank Luxembourg als Überschuss erwirtschaftete.

Das Tief hat der Bankkonzern überwunden, so Frank Rückbrodt, seit 2016 im Aufsichtsrat der Deutsche Bank Luxembourg und seit Januar als Nachfolger von Frank Krings ihr neuer Chef. „Die Phase des intensiven Umbaus liegt hinter uns“. Ihr Bilanzvolumen hat die Deutsche Bank Luxembourg heruntergefahren, von Randaktivitäten

hat sich das Institut verabschiedet und fokussiert sich nun auf die Rolle, die sie innerhalb des Konzerns hat: vor allem als Kompetenzzentrum für die Vermögensverwaltung und für „International Loans“. Damit ist die mittel- bis langfristige internationale Finanzierung von größeren Unternehmen gemeint. Das funktioniert sehr gut und zeigt sich auch in dem in Luxemburg stabilen, leicht steigenden Personalbestand, so Rückbrodt. „Aber wir dürfen uns auch nicht auf unseren Erfolgen ausruhen“. Heißt: weiter Prozessketten optimieren und in Digitalisierung investieren.

Die Folgen der Pandemie

„Covid ist noch nicht durch“, gibt

Rückbrodt zu bedenken. Aus diesem Grund auch hat der Gesamtkonzern seine Risikovorsorge auf etwa 1,8 Milliarden Euro erhöht. Eine Zunahme an Firmeninsolvenzen und damit auch an Kreditausfällen ist wahrscheinlich. Dafür sei man aber auch in Luxemburg gut aufgestellt „Wir sind gut durch das Krisenjahr gegangen, waren Ansprechpartner für unsere Kunden und blieben relevant. Mit der Krise haben viele auch verstanden, wie wichtig und relevant Banken für den Wirtschaftskreislauf sind“, erklärt der Bankmanager. Durch die Kapitalstärke und Liquidität der Deutsche Bank Luxembourg habe man die Kunden auch in der Zeit der Lockdowns unterstützen können und werde dies weiter tun.

Dass sich in den letzten Jahren immer mehr Banken aus Deutschland aus dem Großherzogtum zurückzogen, bedauert der Bankchef. Weil es dem Standort nicht guttue, aber auch die deutschen Banken anderen den Markt überließen. „Es zeigt aber auch, unter welchem Druck die Banken operieren. Wir können jedenfalls nicht an einem Geschäftsmodell von vor zwanzig Jahren festhalten.“

Frank Krings, seit 2016 Vorstandsvorsitzender der Deutsche Bank Luxembourg, erhielt im Juli letzten Jahres die konzernweite Verantwortung für die Region Westeuropa und wurde Generaldirektor der Deutsche-Bank-Niederlassung in Frankreich. Die Deutsche Bank Luxembourg hat etwa 300 Mitarbeiter, die Gruppe zählt in Luxemburg insgesamt rund 600 Beschäftigte. **MeM**

Das Börsenmonopoly

London gehört zu den **wichtigsten Finanzplätzen** der Welt. Doch seit dem Brexit verliert die City Teile ihres Geschäfts. Frankfurt sah sich als Gewinnerin – muss aber plötzlich gegen Amsterdam kämpfen.

TEXT SASKIA LITTMANN, HAUKE REIMER, SILKE WETTACH, SASCHA ZASTIRAL

Für den Finanzplatz London ist es eine dringend benötigte Erfolgsmeldung: Deliveroo wird in Kürze an die Börse gehen, an der Themse. Der rasant wachsende Onlineessenslieferdienst hat dort zwar seinen Hauptsitz, selbstverständlich war die Wahl Londons dennoch nicht. Denn einer der wichtigsten Finanzplätze der Welt verliert derzeit an Bedeutung, gerade erst im Januar hat ausgerechnet das kleine Amsterdam London beim Aktienhandel überholt. Wenn Deliveroo nun wie geplant eine Milliarde Pfund einsammelt, wäre das der größte Börsengang in der britischen Hauptstadt seit fast acht Jahren. Eine Nachricht, die Boris Johnson gut gebrauchen kann.

So sehr der Premier gefeiert wird für den schnellen Fortschritt bei der Impfkampagne, so enttäuscht ist die Finanzwelt über sein Handelsabkommen mit der Europäischen Union: Auf den mehr als 1200 Seiten kommen Finanzdienstleistungen so gut wie gar nicht vor, Teile seines Geschäfts verliert London deshalb an Finanzplätze in der EU. Und Amsterdam zieht nicht nur vorbei – sondern erlebt derzeit einen regelrechten Boom, was auch am Main mit Staunen beobachtet wird.

Denn eigentlich hatten sich die Frankfurter das anders vorgestellt. Sie wollten doch die großen Profiteure des Brexits sein. Und nun kommt Amsterdam, das bisher bekannt mit Grachten lockte statt großen Börsengängen. Doch Deutschlands wichtigster

Finanzplatz will dennoch seine Chance im Börsenmonopoly verteidigen.

Unter den europäischen Handelsplätzen lag London 2020 vorn mit einem Aktienumsatz von 17,5 Milliarden Euro pro Tag, Amsterdam weit abgeschlagen zurück mit 2,6 Milliarden Euro auf dem sechsten Platz. Seit Jahresbeginn nimmt das Volumen stetig zu: Für 9,2 Milliarden Euro wurden im Januar täglich Aktien in Amsterdam gehandelt, nur 8,6 Milliarden Euro waren es in London, zeigen die Daten der Chicago Board Options Exchange (CBOE).

Amsterdam profitiert von SPACs

Erfolge verbuchten die Niederländer zuletzt auch bei Börsengängen – und den SPACs (Special Purpose Acquisition Companies). Jeder dritte US-Börsengang hatte 2020 mit den leeren Börsenhüllen zu tun, bei denen Initiatoren an der Börse Kapital einsammeln, um damit später junge Unternehmen aufzukaufen. In Europa gab es bisher nur eine Handvoll SPACs, zwei davon in Amsterdam. Weitere fünf SPACs könnten dieses Jahr noch an der dort ansässigen Euronext folgen. „Amsterdam ist in Europa aktuell der Börsenplatz Nummer eins für SPACs“, sagt Henning Bloss, Partner der Kanzlei Covington & Burling in Frankfurt.

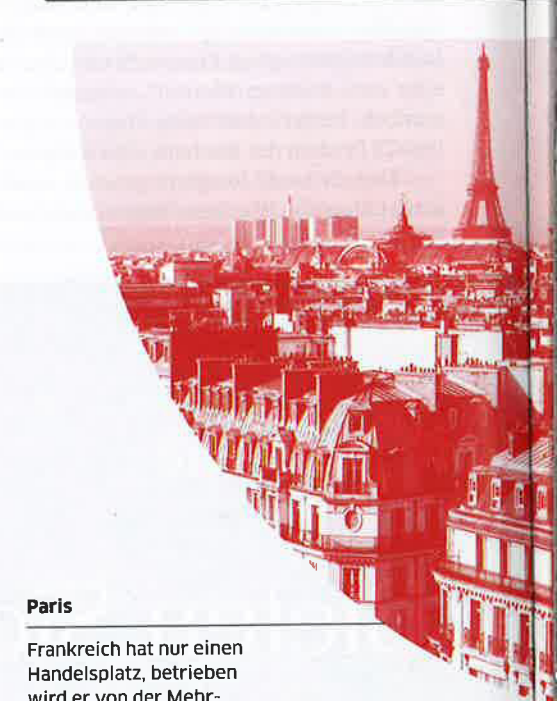
Einen der SPACs leitet der ehemalige Commerzbank-Chef und UBS-Manager Martin Blessing, der mit seinem Übernahmehelikopter European FinTech IPO Company (EFIC1) in Amsterdam bis zu 415 Millionen Euro einsammeln und ein Fintechunternehmen übernehmen will.

Und Frankfurt? Einige Großbanken haben ihren europäischen Hauptsitz an den Main verlegt, Personal aufgestockt, Vermögenswerte übertragen. Aktuell bringt Vodafone hier seine Funkturmtochter Vantage Towers an die Börse. Der Amsterdam-Boom verwässert nun das Bild des Brexit-Gewinners Frankfurt – auch, wenn der Aufstieg der Niederländer nicht zulasten von Mainhattan geht, wie deutsche Banker meinen.

Christoph Kaserer sieht das anders. Bei Banken sei Frankfurt zwar durchaus rele-

London

Einst wichtigster EU-Finanzplatz, jetzt vom Exodus bedroht – Reformen sollen die Rettung bringen



Paris

Frankreich hat nur einen Handelsplatz, betrieben wird er von der Mehrländerbörse Euronext

EUROPAS GRÖSSTE BÖRSEN

Handelsvolumen im Januar 2021 (in Milliarden Dollar; in Klammern: Veränderung gegenüber 2020)



* Mehrländerbörse mit Sitz in Amsterdam, betreibt auch die Börsen in Brüssel, Dublin, Lissabon und Paris;
Quelle: World Federation of Exchanges

vant, in Sachen Asset Management oder als Börsenstandort hingegen weniger und falle damit hinter Amsterdam zurück, sagt der Finanzprofessor von der TU München, der bei der Ökonomieberatung Oxera im Auftrag der EU-Kommission die einzelnen europäischen Finanzmärkte analysiert hat.

Deutschland fehle die Lobby, sagt Kaserer. Die sei in den Niederlanden, aber auch in Frankreich stärker. Hinzu komme, dass sich Aufsichtsbehörden in Ländern wie Luxemburg oder den Niederlanden als Dienstleister der Finanzbranche verstünden – im



Frankfurt

Einige Großbanken
zogen an den Main,
doch fehlt dem
Standort die Lobby,
meinen Experten



Amsterdam

Rasant holt der bisher
kleine Börsenstandort
auf, überholte im
Januar bereits London

Gegensatz zu Deutschland: „Diese Standorte ziehen dann natürlich mehr Geschäft an.“

Fonds zieht es nach Luxemburg

Der deutsche Fondsverband BVI (Bundesverband Investment und Asset Management) befürchtet gar einen Regulierungswettkampf zwischen einzelnen EU-Ländern und Großbritannien, bei dem Deutschland zurückstecken müsse. Während es Börsenbetreiber nach Amsterdam zieht, bauen Fondsgesellschaften ihre Präsenz in Luxemburg aus. 82 Lizenzen haben die dortigen

Aufseher 2020 für Finanzdienstleister vergeben, darunter fünf für Banken.

Zahlreiche Faktoren hätten bei der Wahl neuer EU-Standorte seit dem Leave-Votum 2016 eine Rolle gespielt, sagt Christian Schulz, Chefökonom der Citigroup für Deutschland, Großbritannien und die Schweiz. Etwa das regulatorische Umfeld, die Verfügbarkeit von Arbeitskräften und Büroraum, die Standorte von Kunden, Steuern, politische Stabilität, technische Infrastruktur und Arbeitsgesetze. Auch deswegen zeichne sich noch kein neues EU-

Finanzzentrum ab, sondern neben Frankfurt und Amsterdam hätten auch andere Standorte bisher vom Brexit profitiert. Von dem einen „Gewinner“ könne man ohnehin nicht sprechen, sagt Schulz: „Die EU gewinnt strategische Souveränität. Die weitere Aufspaltung des Finanzmarktes in Europa reduziert aber die Liquidität und erhöht damit die Kosten.“

Was aber, wenn sich London und Brüssel darauf verständigen, britischen Finanzdienstleistern wieder einen weitgehenden Zugang zum EU-Markt zu gewähren – wie ihn Finanzlobbygruppen in der City fordern? EU-Finanzmarktkommissarin Mairead McGuinness winkt ab. Auf die Schnelle werde es „keine Paketlösung geben, die den Briten Zugang wie zuvor im Binnenmarkt verschaffen wird.“ Bis Ende des Monats soll lediglich eine Absichtserklärung zur Kooperation im Bereich Finanzdienstleistungen stehen. Doch niemand in Brüssel hat Eile. „Die EU wird ihre Entscheidung in ihrem Interesse treffen“, sagt McGuinness.

London umwirbt Start-ups

Tatenlos lässt London Europas Finanzplätze jedoch nicht an sich vorbeiziehen. Mit einer Reihe von Reformen will die britische Regierung die City attraktiver machen. So empfiehlt Ex-EU-Finanzkommissar Jonathan Hill in einem Bericht im Auftrag des Schatzamtes, die Börsengänge von SPACs zu vereinfachen. Weiter solle auch im Premiumsegment der Londoner Börse die Ausgabe sogenannter Dual-Class Shares gestattet werden, mit denen ein Unternehmen Aktien mit unterschiedlichem Stimmrecht verkaufen kann. Gesenkt werden soll dazu der Mindestanteil an Aktien eines Unternehmens, der öffentlich gehandelt werden muss, von derzeit 25 auf 15 Prozent. Gerichtet sind diese Maßnahmen offensichtlich an Tech-Start-ups, die nach einem Börsengang so mehr Kontrolle behalten können.

Während Schatzkanzler Rishi Sunak aufgeschlossen ist für die Vorschläge, warnt der Unternehmerverein Institute of Directors vor einem „Unterbietungswettlauf“ bei der Finanzmarktregulierung. Auch führende Fondsmanager fürchten, die hohen britischen Standards so zu verwässern.

Nicht nur um die geplante Dual-Class-Struktur zu nutzen, hat sich Deliveroo für London entschieden, erklärte Firmengründer Will Shu kürzlich. Vielmehr sei die Stadt „ein großartiger Ort, um zu leben, zu arbeiten, Geschäfte zu machen und zu essen“.

Die Wahl des Börsenstandorts ist eben auch Geschmacksache – nicht nur für einen Essenslieferdienst. ■

Luxembourg

Finanzplätze

Die fünf Brexit-Gewinner

Mehrere europäische Standorte haben vom Ausstieg Großbritanniens aus der EU stark profitiert. Frankfurt hat vor allem im Bankensektor gewonnen. Eine Zwischenbilanz.

Yasmin Osman, Carsten Volkery
Frankfurt, London

Lange standen Frankfurt, Luxemburg oder Paris im Schatten des globalen Finanzdrehkreuzes London. Dank ihres Zugangs zur Europäischen Union hatte „die City“ ihre Ausnahmestellung über Jahre ausgebaut. Dieser Zugang zum Binnenmarkt ist nun weg, denn der Brexit-Deal zwischen Großbritannien und der EU sparte den Finanzsektor aus. Also mussten die britischen Finanzdienstleister Teile ihres Geschäfts zum Jahreswechsel auf den Kontinent verlagern, wenn sie dort weiterhin Geschäfte machen wollen. Für die kleineren EU-Finanzplätze bietet das eine einmalige Chance, im Rennen um Macht und Einfluss aufzuholen. Das Handelsblatt hat analysiert, wer bislang vorn liegt.

Das Fazit: Es gibt nicht den einen großen Sieger, sondern viele kleine Gewinner. Dublin liegt vorn, wenn man auf die absolute Zahl der Neuansiedlungen schaut. Frankfurt macht das Rennen bei Banken. Dafür etabliert sich Amsterdam als Zentrum vieler Handelsgeschäfte. Luxemburg und Dublin wetteifern um Asset-Manager und Versicherer. „Es gibt eine gewisse Spezialisierung unter den Finanzzentren“, sagt Nicolas Veron, Ökonom am Institut Bruegel in Brüssel und am Peterson Institute for International Economics in Washington. „Nur Paris hat keinen speziellen Schwerpunkt und ist relativ diversifiziert.“

Am markantesten fällt Frankfurts Spezialisierung aus: „Frankfurt hat bei den Banken das Rennen gemacht und mit insgesamt fast 60 Lizenzen für Banken, Finanzdienstleister und Versicherer sicher besser abgeschnitten, als viele geglaubt hätten“, sagt Hubertus Väh, Geschäftsführer der Standortinitiative „Frankfurt Main Finance“ (FMF). Viele der Institute haben Frankfurt auch zu ihrem Hauptsitz gemacht. Das gilt etwa für die großen amerikanischen Banken wie JP Morgan oder Morgan Stanley, die britische Großbank Standard Chartered oder den japanischen Finanzriesen Mizuho.

Frankfurt ist Bankenhauptstadt

Doch Frankfurts Stärke ist zugleich seine Schwäche. So groß die Anziehungskraft auf Banken sein mag, so gering ist

das Interesse anderer Finanzfirmen. Unter den 57 Lizenzen, die die Bafin bis Ende 2020 erteilte, fanden sich etwa nur drei Versicherer.

Denn Asset-Manager, Private-Equity-Häuser oder Versicherer wählen bevorzugt Standorte wie das irische Dublin oder Luxemburg. Dabei hatte Irland auf eine Standortkampagne nach dem Brexit verzichtet. „Wir freuen uns nicht über den Brexit, deshalb machen wir auch keine Kampagne, um ihn opportunistisch auszunutzen“, sagt Kieran O'Donoghue von Irlands Standortmarketing-Agentur IDA Irland. Dass Irland innerhalb der EU mit der englischen Sprache oder günstigen Kosten punkten kann, ist in der Finanzbranche aber ohnehin bekannt.

Doch auch Paris robbt sich in den weiter nach vorn. Im Oktober lag Frankreichs Hauptstadt im „Brexitometer“ des Finanzmarkt-Thinktanks „New Financial“ hinter Dublin und Luxemburg noch auf Rang drei der Standorte mit den meisten Brexit-Ansiedlungen. Das dürfte sich ändern. „Paris legt überdurchschnittlich zu und zieht an Luxemburg vorbei“, verrät „New Financial“-Gründer William Wright.

Eine Mischung aus Zuckerbrot und Peitsche hat Paris zu einer Art Spätzünder in Sachen Brexit gemacht. Hohe Arbeitskosten, eine vergleichsweise geringe politische Stabilität und die verhaltene Verbreitung von Englisch galten lange als Nachteil. Doch „Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hat mithilfe von ökonomischen Anreizen wie Ermäßigungen bei den Arbeitskosten, mit liberaleren Regeln für Arbeitsgenehmigungen und auch mit implizitem Druck Paris als Standort überhaupt erst wieder ins Spiel gebracht“, sagt FMF-Chef Väh.

Mit einigem Erfolg: Die Investmentbank Goldman Sachs bezeichnet Paris neben Frankfurt als EU-Hauptsitz. Die Bank of America hat ihre Zentrale zwar nach Dublin verlegt, aber die Handelsaktivitäten nach Paris. Auch der Vermögensverwalter Blackrock vergrößerte seine Präsenz in Frankreichs Hauptstadt. Den Sitz der European Banking Authority, der Bankenaufsichtsbehörde der EU, hatte sich Paris schon bald nach dem Brexit-Referendum der Briten 2016 gesichert.

„Paris ist die einzige Global City in der EU“, sagt auch „New Financi-

al“-Chef Wright. Dennoch will Väh dieses Modell nicht kopieren. „Weder hat Frankfurt Versailles, noch glauben wir an Druck als nachhaltiges Instrument der Standortförderung“, sagt er. „Wir wollen die Marktteilnehmer überzeugen, aus freien Stücken zu kommen.“

Doch Frankfurt muss kämpfen. Denn selbst viele Banken, die sich in Frankfurt ansiedeln oder die Metropole als Hauptsitz wählen, verlegen nicht all ihre Aktivitäten an den Main. „Es gibt große Finanzhäuser wie Goldman Sachs, Citi oder JP Morgan, die ihre Präsenz in Europa ausgebaut und ihre Private-Banking-Aktivitäten in Luxemburg angesiedelt haben“, erklärt Nicolas Mackel, Chef von Luxembourg for Finance, einer Agentur zur Entwicklung des Finanzplatzes Luxemburg, die von der Regierung und den Bankenverbänden getragen wird.

Luxemburgs Glück in der Nische

Das Großherzogtum hat nicht allein mit Private Banking gepunktet, sondern liefert sich auch bei Investmentfonds und Versicherern mit Irlands Hauptstadt Dublin ein Wettrennen auf Augenhöhe. Um die 70 Lizenzen hat die Aufsicht genehmigt. Selbst einige chinesische Banken und das US-Institut Northern Trust haben Luxemburg zu ihrem Hauptsitz gemacht. „Die Ansiedlungen verdeutlichen, in welchen Bereichen Luxemburg als starker Finanzplatz gesehen wird“, sagt Mackel. „Wir liegen nicht überall vorn, aber bei bestimmten Aktivitäten kommt man schwer an uns vorbei.“

Mackel buhlt nicht wahllos um jede Finanzfirma. „Es gab Standorte, die geglaubt haben, alle Arten von Finanzdienstleistungen anziehen zu können, wenn sie nur den roten Teppich ausrollen“, sagt er. „Die Finanzbranche entscheidet da aber sehr nüchtern und strukturiert – und denkt genau darüber nach, wo es das beste Ökosystem für bestimmte Geschäfte gibt.“

Das Votum der meisten elektronischen Handelsplattformen fiel in dieser Hinsicht fast einhellig aus. Bis auf wenige Ausnahmen haben elektronische Handelsplätze ihre EU-Ableger in Amsterdam gegründet. Das gilt für die beiden auf Aktienhandel spezialisierten Plattformen CBOE und Turquoise, eine Tochter der London Stock

Exchange, ebenso wie für die Bond- und Derivateplattformen Market Axess, Tradeweb oder CME/Nex.

Die niederländische Hauptstadt ist für viele der Überraschungssieger im großen Brexit-Poker. „Man kann sagen, der europäische Liquiditätspool für den Aktien- und Aktienderivatehandel befindet sich in Amsterdam“, räumt FMF-Geschäftsführer Vath ein. Rund ein Fünftel des täglichen Aktienhandelsvolumens in Europa läuft mittlerweile über Amsterdam, doppelt so viel wie vor dem Brexit. Das hat zum einen historische Gründe, weil es in Amsterdam schon in der Vergangenheit viele Market-Maker gab, also Technologieplattformen, die Kurse stellen. David Howson, Chef der Derivatebörse Cboe Europe, lobt auch, dass die Niederländer häufiger Englisch sprechen als Franzosen oder Deutsche. Außerdem seien die regulatorischen Vorgaben nicht ganz so streng wie an den anderen Finanzstandorten, sagte er vor Kurzem der Nachrichtenagentur Reuters.

Gemischte Job-Bilanz

Doch die Zahl der Brexit-Neuansiedlungen verrät wenig über deren ökonomische Relevanz. Die Niederlande sind bei neuen Jobs das Schlusslicht unter den großen EU-Finanzstandorten. Gerade einmal 1100 Finanzjobs sollen bislang durch den Brexit entstanden sein. Als Hürde gelten die sehr strengen Bonusregeln der Niederländer. In Luxemburg liegt der Jobzuwachs dagegen bereits bei 2000. Mackel hofft, dass daraus in den nächsten zwei Jahren noch etwa 3000 Arbeitsplätze werden.

Frankfurt, Paris und Dublin sind noch erfolgreicher. Die IDA Irland schätzt die Zahl der neuen Arbeitsplätze auf etwa 3000 Stellen. Die Schätzungen für Frankreich schwanken zwischen 2500 Jobs, wie die Banque de France vermutet, und 3500 Jobs, wie die Lobbygruppe Paris Europlace hofft.

Ähnlich sieht die vorläufige Bilanz für Frankfurt aus: Laut Bundesbank hat der Brexit bislang zu einem Stellenaufbau von 2500 Jobs geführt. FMF-Chef Vath geht davon aus, dass es mehr sind. Aus einer Sonderauswertung der Sozialversicherungsstatistik geht hervor, dass in Frankfurt seit dem Brexit-Votum bei Banken und Versicherungen etwa 3600 neue Stellen entstanden sind, ein Zuwachs von 4,9 Prozent. Deutschlandweit sind die Jobs im gleichen Zeitraum – zwischen Juni 2016 und Juni 2020 – um 2,7 Prozent gesunken. Wenn Frankfurt alles richtig macht, dann könnten in den nächsten Jahren noch weitere 1500 Jobs entstehen, schätzt Vath.

Was ihn optimistisch stimmt: Viele Banken haben ihre Vermögenswerte, etwa Großkredite oder Zins- und Währungsderivate, nach Frankfurt gebucht. In dieser Disziplin ist Deutschland EU-weit Spitzenreiter, zeigen eine Abfrage des Handelsblatts an anderen Standorten und ältere Schätzungen der Europäischen Zentralbank (EZB). „Daran hängen Arbeitsplätze, die mit dem Risikomanagement verknüpft sind und die die Tendenz haben, weitere Jobs in Handel und Strukturierung von Finanzierungen anzuziehen.“

Gemessen an der Gesamtzahl der Londoner Banker fallen die Zuwächse der Rivalen bislang relativ bescheiden aus. Alles in allem sind wegen des Brexits EU-weit zwischen 11.000 und

13.000 neue Jobs entstanden. „New Financial“-Chef Wright schätzt, dass die City in den nächsten drei bis fünf Jahren etwa zehn bis zwölf Prozent ihrer Arbeitsplätze an die EU verlieren wird. Das entspräche rund 35.000 Jobs.

Weitere Verschiebungen sind schon wahrscheinlich, weil die EZB den Instituten längst auferlegt hat, mittelfristig mehr Personal zu verlagern. Außerdem ist offen, wie lange europäische Banken Derivategeschäfte noch über London abwickeln dürfen. „Die EU-Kommission hat erst vor Kurzem wieder klargemacht, dass sie von den Banken erwartet, ihre Positionen bei britischen Clearinghäusern bis Juni 2022 zu reduzieren“, sagte Bundesbank-Vorstand Joachim Wuermeling kürzlich.

„Status quo ist nicht stabil“

Der größte Teil des Brexit-Kuchens ist also noch gar nicht verteilt – und die Gewinner-Bilanz längst nicht final. „Es gibt für keinen Finanzplatz einen Grund, sich auf erreichten Lorbeeren auszuruhen. Der Status quo ist kein stabiler, sondern ein labiler Zustand“, warnt FMF-Geschäftsführer Vath. Die meisten großen Banken in der EU seien als europäische Aktiengesellschaft organisiert. „Sie können also vergleichsweise einfach umziehen.“

Ähnlich sieht es der Wissenschaftler Veron. „Die Wahrscheinlichkeit ist relativ hoch, dass wir langfristig eine gewisse Konzentration auf weniger Finanzzentren sehen werden“, meint er. „New Financial“-Gründer Wright wagt eine Prognose: „Frankfurt gewinnt am Ende die meisten Vermögenswerte, Paris die meisten Arbeitsplätze und Dublin die größte Zahl an Firmen.“

4,9

Prozent
beträgt der Zuwachs der Stellen in Frankfurt bei Banken und Versicherungen seit dem Brexit-Votum.

Quelle: Wirtschaftsförderung Stadt Frankfurt

Nachgefragt

„Kontinentaleuropa wächst schneller“

Francesco Ceccato leitet das Geschäft der britischen Großbank Barclays in Kontinentaleuropa.

Herr Ceccato, über die Hälfte der Barclays-Mitarbeiter in Kontinentaleuropa sitzen in Deutschland. Aber als EU-Hauptsitz nach dem Brexit haben Sie Irland gewählt, warum?

Ein Vorteil von Dublin für uns ist sicher die englische Sprache. Wir sind eine angelsächsisch geprägte Bank, unsere stärksten Märkte sind die USA und Großbritannien. Da gibt es eine große kulturelle Nähe zu Dublin. Wichtig war außerdem, dass wir in Dublin bereits über eine regulierte Bank verfügten, die hätten wir in Frankfurt erst neu gründen müssen. Im Grunde ist es eine akademische Debatte. Als Barclays Europe verstehen wir uns als europäische Bank.

Wie viele Mitarbeiter verlagerte Barclays aus London?

Verglichen mit der gesamten Mitarbeiterzahl in London geht es um eine überschaubare Menge. Wir sprechen hier nicht von Tausenden, sondern von einer niedrigen dreistelligen Zahl.

Der Handel mit kontinentaleuropäi-

schen Aktien wanderte von London nach Amsterdam. Werden wir mehr solche Entwicklungen sehen?

London wird auf absehbare Zeit einer der wichtigsten internationalen Finanzzentren bleiben. Der Markt ist sehr tief und sehr reif. Das ist das Ergebnis einer jahrhundertelangen Entwicklung. Aber der Brexit ist sicher eine Wachstumschance für die kontinentaleuropäischen Finanzzentren. Ich sehe das nicht als Nullsummenspiel, bei dem der eine Standort das verliert, was der andere gewinnt.

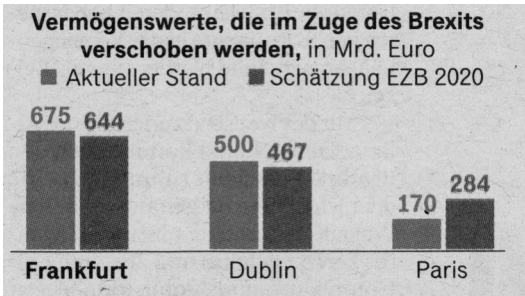
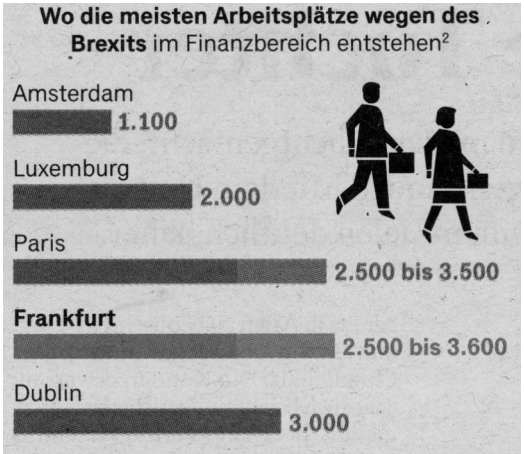
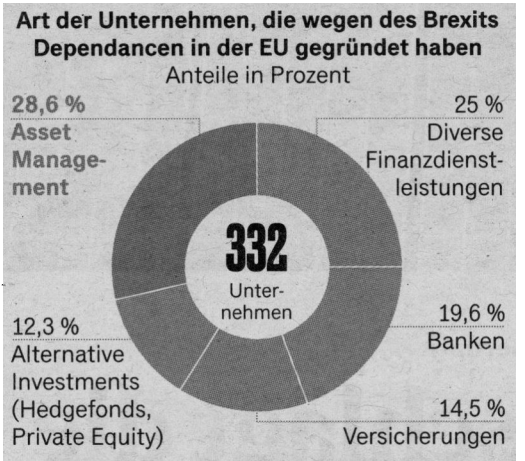
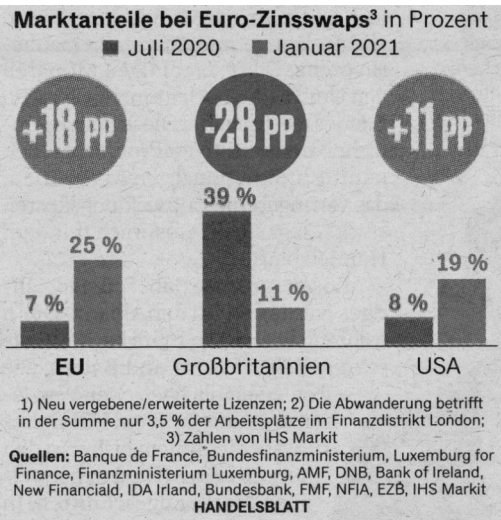
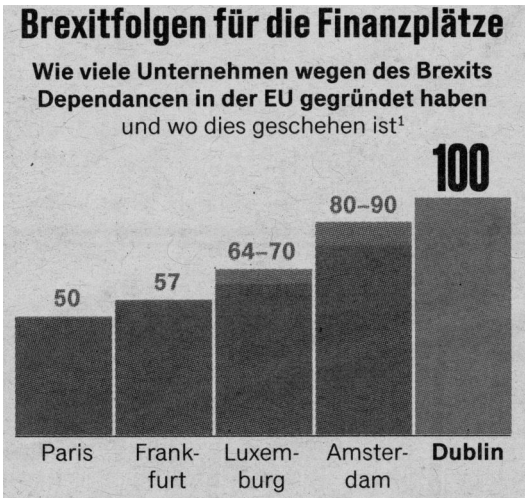
Wo wächst das Geschäft schneller, in Großbritannien oder in der EU?

Im Moment in Europa. Das ist zu einem erheblichen Teil eine Art Nachholwachstum, weil Geschäfte, die vorher vor allem in London stattfanden, teilweise verlagert werden. Wir bei Barclays sind von den Wachstumschancen in Kontinentaleuropa überzeugt.

Luxembourg

europa überzeugt, das gilt vor allem auch für Deutschland. Wer Europa erobern will, der muss in Deutschland eine starke Rolle spielen. Wir haben unsere Kapitalallokation und unsere Personalplanung so organisiert, dass wir von diesen Wachstumschancen profitieren werden.

Die Fragen stellte Michael Maisch.





GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

TRANSPORT UND LOGISTIK

Verzögerungen im Betriebsablauf

Der für Grenzgänger relevante Start der Weststrecke Trier droht sich weiter zu verschieben

Von Michael Merten

Trier/Luxemburg. Helmut Leidencker ist begeistert; man merkt es am euphorischen Klang seiner Stimme. „Dat is sauwer!“, das ist Klasse, freut sich der Trierer Mundartsänger in einem Video über die beeindruckende neue Verkehrsinfrastruktur im Westen der Moselstadt. Etwa die „funkelnare neue Bahnstation“ in Trier-Ehrang, die vielen neuen Bahnsteige „mit Häusjer, für sich unnerzustellen“. Ganz besonders hat es ihm der neue „Trier-Wester Boahnhof“ angetan, den er in breitem Trierer Dialekt als „en Schmuckstück unner dene Boahnhöf in Rheinland-Pfalz“ bezeichnet.

Als der lokal bekannte Sänger im Sommer 2017 seine Stimme für das fünfeinhalb Minuten lange Werbevideo der Stadt Trier hergab, herrschte Grund zur Freude. Die „virtuelle Fahrt mit Helmut Leidencker von Trier-Ehrang nach Trier-Zewen“ sollte den Bürgerinnen und Bürgern von Deutschlands ältester Stadt einen digitalen Vorgeschmack auf den bevorstehenden Quantensprung im Bahnverkehrswesen der Region geben. Jetzt würden sie bald losgehen, die Bauarbeiten zu insgesamt fünf neuen Bahnhaltspunkten, die eine deutliche Verbesserung im Pendlerverkehr nach Luxemburg bringen sollten. Und das sogar in absehbarer Zeit: Der Baubeginn sollte nach einer 2016 erstellten Präsentation des rheinland-pfälzischen Verkehrsministeriums Anfang 2019 sein, die Inbetriebnahme Ende 2020 erfolgen.

Doch fast vier Jahre nach der verheißungsvollen PR-Kampagne vom Juli 2017 herrscht Katerstimmung mit Blick auf das Prestige-Verkehrsprojekt; noch kein einziger Bagger ist angerollt. Die Weststrecke Trier ist für die Großregion, was der Pannenburgflughafen BER für Berlin ist: Eine unendliche Verzögerungsgeschichte. Wie Recherchen des „Luxemburger Wort“ ergeben haben, ist auch der zuletzt genannte Start für Ende 2024, an den sich die deutschen

Projektbeteiligten klammern, kaum noch einzuhalten.

Nur die CFL hält Wort

Dabei war in den ursprünglichen Planungen aus den frühen 2010er-Jahren ein Start der Weststrecke 2018 geplant gewesen. Dieses Ziel wurde immer wieder in die Zukunft verschoben. Einzig die luxemburgische CFL hielt sich an die Abmachungen: Im Dezember nahm sie wie vereinbart die neue Regionalbahn-Linie 83 in Betrieb, die von montags bis samstags zwischen Wittlich und Luxemburg fährt und an fast allen Bahnhöfen auf deutscher Seite hält. Doch anders als geplant, fahren die Züge nicht über den Westen der Römerstadt, sondern auf der alten Strecke im Osten via Trier Hauptbahnhof und Trier Süd.

Im Interview mit dem „Luxemburger Wort“ gab sich Mobilitätsminister François Bausch (Déi Gréng) im Frühjahr 2019 diplomatisch; er äußerte keine Kritik an den politisch Verantwortlichen im Nachbarland, sondern sagte: „Der Wille ist da, dass der Zeitplan für die Eröffnung der Bahnhöfe 2021 eingehalten werden kann.“

Wenig später wurde diese Eröffnung auf ein Datum in mittlerer Zukunft gelegt: Zum Fahrplanwechsel im Dezember 2024 soll es dann endlich so weit sein. Dieses Zieldatum gilt auch heute noch, betonen die Verantwortlichen auf deutscher Seite auf Nachfrage. Dabei muss gar keine komplett neue Schienenstrecke gebaut werden; Im Westen der Stadt liegen die vorhandenen Gleise, die derzeit allerdings nur für den Güterverkehr genutzt werden. Um die Strecke für Personenzüge fit zu machen, müssen lediglich Anpassungen etwa im Bahnsteigbereich vorgenommen werden und die neuen Trierer Haltepunkte Hafenstraße, Pallien, Trier-West, Euren und Zewen gebaut werden. Sie sollen mit Park & Ride-Angeboten für Autos und Fahrräder ausgestattet werden und dürften für viele Luxemburg-Pendler interessant werden.

Auf deutscher Seite gibt es eine Vielzahl an beteiligten Akteuren, darunter der Zweckverband Schienenpersonennahverkehr Rheinland-Pfalz Nord (SPNV Nord) und von Bahn-Seite DB Station und Service GmbH und DB Netz AG. Die Stadt Trier ist für die Umfeldgestaltung der Bahnhöfe zuständig. Ihre Planungen seien „entsprechend ihrer angedachten Umsetzung in Bearbeitung“, sagt Sprecher Ernst Mettlach. Bei einigen Haltepunkten seien die Entwürfe fertiggestellt und notwendige Grundstücke bereits erworben worden. „Nach derzeitigem Sachstand wird die Stadt überwiegend 2024 mit den Bauarbeiten der Umfeldmaßnahmen beginnen“, prognostiziert Mettlach.

Genehmigung verzögert sich

Doch die Stadt kann mit ihren Umfeld-Baumaßnahmen überhaupt erst anfangen, wenn die Bahn die neuen Haltepunkte fertiggestellt hat. Diese Arbeiten sollen nach den bisherigen Plänen 2023 beginnen. Es ist ein ambitionierter Zeitplan, der jedoch einen Haken hat: Als er erstellt wurde, waren alle Verantwortlichen davon ausgegangen, dass eine Genehmigung im Sommer 2020 vorliegt, sprich: Dass bis dahin ein Planfeststellungsbeschluss erarbeitet worden ist – der jedoch auch jetzt noch nicht vorliegt, ein Dreivierteljahr später.

Zuständig für die Genehmigung ist das Eisenbahn-Bundesamt mit Sitz in Bonn. Dort gibt man sich trotz jahrelanger Prüfung sehr zurückhaltend: „Eine zeitliche Prognose für den Abschluss des Verfahrens ist derzeit leider nicht möglich“, heißt es auf Anfrage. Die DB Netz AG habe zuletzt im Dezember 2020 Unterlagen nachgereicht; es gehe derzeit um naturschutzrechtliche Ersatzmaßnahmen. Warum genau es zu der Verzögerung kommt, dazu verweigert das Amt die Auskunft – und hält sich ähnlich bedeckt wie die anderen Projektpartner. Eine Sprecherin der DB Netz AG versichert,

dass sie davon ausgehe, „dass wir noch in der ersten Jahreshälfte eine Baugenehmigung erhalten“. Sie versichert: „Nach wie vor können wir den Terminplan mit einer Inbetriebnahme der Strecke 2024 halten. Parallel arbeiten wir dafür auch an Alternativen, falls sich das Genehmigungsverfahren weiter verzögern sollte.“

Kein Einblick in den Fahrplan

Doch wie soll ein Terminplan einzuhalten sein, bei dem sich die Genehmigung um mindestens ein Dreivierteljahr, wenn nicht noch viel länger verzögert haben wird? Ist es realistisch, dass die fünf neuen Bahnhaltspunkte sowie das Umfeld in knapp zwei Jahren fertiggestellt sein werden? Hinter vorgehaltener Hand äußern viele Beteiligte Zweifel. Um überprüfen zu können, ob der Fahrplan bis 2024 auf Sand gebaut oder realistisch ist, müsste man Details kennen. Doch auch auf Nachfrage weigert sich die DB Netz AG, diese Details mitzuteilen.

Dabei geht es um mehr als um eine attraktive Zuzugbindung für Tausende Einwohner der prosperierenden westlichen Trierer Stadtteile. Eine Verzögerung der Weststrecke bis 2025 oder gar noch später hätte Auswirkungen auf die gesamte Zugfrequenz zwischen Wittlich und Luxemburg. Denn es gibt erste Überlegungen auf deutscher Seite, dass künftig vor allem in den Hauptverkehrszeiten mehr schnelle Regionalexpress-Züge auf der Oststrecke fahren sollen. Dies ist jedoch erst dann möglich, wenn die langsamere Regionalbahn auf der Weststrecke unterwegs ist.

● Eine zeitliche
● Prognose für den
Abschluss des
Verfahrens ist
derzeit leider nicht
möglich.

Deutsches Eisenbahn-Bundesamt



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

WISSENSCHAFT, BILDUNG UND KULTUR

CO₂-neutrale Spitzenforschung

Uni Luxemburg und Paul Wurth richten Lehrstuhl für Energieverfahrenstechnik ein

Luxemburg. Das Unternehmen Paul Wurth und die Universität Luxemburg haben eine Vereinbarung zur Einrichtung und Finanzierung des Lehrstuhls „Paul Wurth Chair in Energy Process Engineering“ getroffen, zunächst über fünf Jahre. Ziel ist es, Spitzenforschung auf dem Gebiet der Wasserstoffverarbeitung und verwandter kohlenstoffneutraler In-

dustrieprozesse zu betreiben.

Vorreiter bei Wasserstoff

Luxemburg soll ein Kompetenzzentrum im Bereich Wasserstoffwirtschaft werden. Wasserstoff gilt als entscheidender Faktor für künftige Energiesysteme und die Energiewende sowie für den Übergang zu umweltfreundlicheren

Energiequellen. Eine mögliche Lösung liegt in Power-to-Liquid-Anwendungen für die Produktion von synthetischen Kraftstoffen und nachgelagerten Produkten. Wasserstoff verspricht auch, eine Alternative zur Kohle zu werden – sowohl als Reduktionsmittel in der Stahlerzeugung als auch als Treiber für die tiefgreifende Transformation der Stahlindustrie, die heu-

te ein großer CO₂-Emittent ist. „Am Hauptsitz von Paul Wurth in Luxemburg befindet sich das globale Wasserstoff-Kompetenzzentrum der SMS group. Gemeinsam arbeiten wir an den Dekarbonisierungslösungen von morgen, mit dem klaren Ziel, eine CO₂-freie Stahlproduktion weltweit zu ermöglichen“, erklärte Hans Ferkel, CTO der SMS group. Paul Wurth ist Teil der Gruppe.

Ein weiteres Ziel der Initiative ist, den Fachkräftemangel bei Ingenieuren zu beheben. *mab*

Europa will eigene Cloud

Luxemburg beteiligt sich am Gaia-X-Projekt

Luxemburg. „Daten sind das neue Öl.“ Diese in letzter Zeit häufig bemühte Analogie soll unterstreichen, wie wichtig der digitale Rohstoff in Zukunft als Schmiermittel der Wirtschaft werden wird. Aber wie beim tatsächlichen Öl machen auch in der Daten-Ökonomie nicht unbedingt diejenigen den großen Reibach, die das Zeug zutage fördern, sondern diejenigen, die es raffinieren, veredeln und im Besitz der entsprechenden Infrastruktur sind. In Bezug auf Daten ist die entscheidende Infrastruktur immer mehr die sogenannte Cloud, eine Technologie, die es ermöglicht, dass Informationen nicht mehr auf Rechnern oder Unternehmensservern liegen, sondern in großen Datenzentren von IT-Dienstleistern. In diesem wichtigen Feld ist Europa aber inzwischen zu so einer Art Entwicklungsland geworden, das von der Wertschöpfung der digitalen Rohstoffe kaum profitiert. Denn der Cloudmarkt wird schon lange von den großen amerikanischen Firmen wie Amazon oder Microsoft dominiert, eine wirkliche europäische Konkurrenz ist bestenfalls in

Nischen erkennbar.

Europäische Datensouveränität

Das zu ändern und dafür zu sorgen, dass Europa nicht auch den nächsten großen Entwicklungsschub in der digitalen Welt verschläft, hat sich das Projekt Gaia-X auf die Fahnen geschrieben. Ursprünglich von Frankreich und Deutschland initiiert, beteiligt sich seit gestern auch Luxemburg offiziell mit einem eigenen „Hub“ an der Initiative. Am Ende der Entwicklung von Gaia-X soll eine gemeinsame europäische Cloudinfrastruktur stehen, an der sich sowohl Anwender als auch Anbieter wie Datenzentren oder IT-Dienstleister beteiligen können.

Im Unterschied zu den amerikanischen Anbietern, die die Kunden fest an ihr Technologie-„Ökosystem“ binden wollen, soll die europäische Alternative offen sein und es den Anwendern erleichtern, zwischen einzelnen Diensten zu wechseln. „Dies ebnet den Weg zu einem europäischen vertrauenswürdigen Datenökosystem mit wettbewerbsfähigen datengesteuerten Diensten und Anwendun-

gen“, sagte Wirtschaftsminister Franz Fayot bei der Konferenz zum Start der Initiative in Luxemburg. Es gehe bei dem Vorhaben auch darum, die „Datensouveränität für Europa sicherzustellen“, betont Sasha Baillie, die CEO der Innovationsagentur Luxinnovation, die Gaia-X in Luxemburg koordiniert. Dass diese Souveränität unter den gegenwärtigen Bedingungen in Gefahr ist, machte nicht zuletzt der 2018 von der US-Regierung beschlossene sogenannte Cloud Act deutlich, der amerikanische Unternehmen verpflichtet, Nutzerdaten herauszugeben, selbst wenn diese Daten nicht auf amerikanischem Boden liegen.

Bei Gaia-X soll es aber nicht nur darum gehen, unabhängiger von den US-Anbietern zu werden. Es sollen auch künftige Anwendungsmöglichkeiten der Daten-Technologie vorhergesehen werden, auf die die neue Infrastruktur dann von Beginn an ausgerichtet werden soll. Zu diesem Zweck werden im ersten Schritt auf nationaler Ebene Arbeitsgruppen in verschiedenen Branchen wie Industrie, Gesundheit oder Finanzen ins Leben gerufen. „Im Grunde geht es darum, viele verschiedene Stakeholder einzubeziehen, die im Datenökosystem tätig sind –

Unternehmen, Forschungsakteure und Behörden. So soll sichergestellt werden, dass ihre Bedürfnisse und Anforderungen vollständig verstanden werden und sich in den späteren Lösungen widerspiegeln“, sagt Baillie. „Es kommt also darauf an, zunächst den Nutzern zuzuhören; ein wirklicher Bottom-up-Ansatz.“ Tatsächlich stehen so zunächst weniger konkrete Infrastrukturmaßnahmen im Mittelpunkt als vielmehr die Definition künftiger Standards. Ein Beispiel für eine mögliche Anwendung ist der grenzüberschreitende Austausch von Krankenhausdaten über die Cloud, um beispielsweise Epidemien früher zu erkennen und die Erforschung von Behandlungsmethoden zu beschleunigen. Damit solche Ansätze funktionieren, muss aber sichergestellt sein, dass die Daten einheitlich und nach einem gleichen Standard strukturiert sind. „Wir brauchen ein kohärentes, harmonisiertes System zum Austausch von Daten“, sagt Baillie. Einen genauen Zeitplan, wie die Ergebnisse der Arbeitsgruppen in konkrete Infrastruktur-Investitionen übersetzt werden sollen, gibt es allerdings noch nicht.

ThK

Goldener Bär für Luxemburger Koproduktion

Die unter Corona-Einschränkungen gedrehte bitterböse Satire des rumänischen Regisseurs Radu Jude gewinnt die Berlinale

Von Daniel Conrad

Radu Jude konnte sein Glück nicht fassen, und wollte es erst einmal nicht glauben, als der Künstlerische Leiter der Berlinale, Carlo Chatrian, ihm die Nachricht in einer Videokonferenz überbrachte. Die erste Reaktion des Regisseurs wurde aufgezeichnet und kurz nach der offiziellen Bekanntgabe der Wettbewerbsgewinner über die sozialen Medien verbreitet. „Das ist doch ein Scherz!“, zweifelt er erst. Und seine Produzentin Ada Solomon schlägt die Hände vors Gesicht, als ihr die Freudentränen kommen. Der Goldene Bär, der Hauptpreis eines der wichtigsten Filmfestivals der Welt, geht an Jades Film „Bad Luck Banging Or Loony Porn“ – und damit auch an das Koproduktionsteam aus Luxemburg.

Postproduktion in Luxemburg

Denn hinter dem Projekt stand Paul Thiltges mit seiner Firma Paul Thiltges Distributions (PTD). „PTD hat den Film zusammen mit dem Filmfund und dessen Cineworld-Fond (200000 Euro) mit insgesamt 218000 Euro koproduziert. Das sind 23 Prozent des Filmbudgets“, sagte Thiltges beim Start der diesmal wegen Covid-19 zunächst auf ein Businessreffen reduzierten Berlinale auf Nachfrage des „Luxemburger Wort“ am vergangenen Montag mit.

In Luxemburg wurden besonders Nacharbeiten gemacht: am Ton (Michel Schillings), am Bild (Raoul Nadalet) und die Anfangs-

und Schlußtitel (u.a. PTD Studio).

Als die Entscheidung gestern bekanntgegeben wurde, war Thiltges nicht mehr zu bremsen. „Seit 30 Jahren warte ich auf den Tag, wo ich auch einmal einen großen Preis abholen kann, und deshalb ist es umso schöner, wenn ich heute den Goldenen Bär mit meiner Kollegin Ada Solomon [Anm. d. Red.: die hauptverantwortliche Produzentin des Films], mit der ich vor fast 15 Jahren zum ersten Mal den Dokumentarfilm ‚Cold Waves‘ von Alexandru Solomon koproduziert habe, digital entgegennehme“, so der Produzent. „Die rumänischen Filme bringen uns Luxemburgern scheinbar Glück, nach ‚Collective‘ – von Koproduzent Bernard Michaux und Samsa Film – ist es nun Radu Jades Film, mit dem wir zu unerwarteten Ehren kommen, das freut uns umso mehr, als Radu einen Film gemacht hat, der kein Blatt vor den Mund nimmt und uns allen (nicht nur den Rumänen) einen Spiegel vor die Nase hält.“

Und Thiltges weiter: „Wir alle bei PTD sind überglücklich und stolz, an diesem Film mitgearbeitet zu haben. Unser Dank geht an alle, die mitgeholfen haben, an Film Fund Luxembourg, Espera Productions, Philophon und alle unsere Mitarbeiter. Heute ist ein wunderschöner Tag!“

Nur digital? Die Preise der 71. Berlinale werden zwar im Rahmen des derzeit laufenden Branchentreffs angekündigt, vergeben werden sie allerdings im Sommer,

wenn das diesmal abgetrennte öffentliche Festival stattfindet. Das sogenannte Berlinale Summer Special ist vom 9. bis 20. Juni 21 geplant.

Präsentation beim LuxFilmFest

Der Premier- und für den Filmbeereich und die Filmförderung zuständige Medienminister Xavier Bettel äußerte sich via Twitter noch aus der mittäglichen Regierungsratssitzung: „Toutes mes félicitations à Paul Thiltges, Adrien Chef et toutes les équipes d'avoir remporté l'Ours d'Or à la avec leur coproduction! Cette prestigieuse récompense souligne la vivacité du secteur luxembourgeois de la production audiovisuelle!“

Der Regisseur Radu Jude selbst hatte sich bereits am vergangenen Dienstag, als der Film für die Berlinale-Pressevertreter vorgestellt wurde, zu der Zusammenarbeit mit den Luxemburger Partnern geäußert: „Es ist wunderbar, solche Unterstützung zu erhalten. Jenseits der finanziellen Hilfe ist es besonders auch der Mut, solch einen Film zu unterstützen. Das war spürbar und hat mich sehr gestärkt.“

Filmfans haben Glück: der Film ist im Programm des diesjährigen Luxembourg City Film Festival – im Gegensatz zur Berlinale – sogar im Kino erlebbar. Im Rahmen des Programmteils „Films made in/with Luxembourg“ steht am 10. März die Präsentation auf der Leinwand an, am 11. März steht er on-

line zur Verfügung.

Doch Vorsicht: Er ist eher etwas für Erwachsene. „Radu Jude liefert eine aufrüttelnde Mischung zwischen unkonventioneller Form, respektlosem Humor und bissigem Kommentar zu Heuchelei und Vorurteilen in unserer Gesellschaft“, so das Pressedossier zum Berlinale-Beitrag.

Der Film nennt sich bewusst „Skizze eines Films“ und funktioniert eher wie ein Notizbuch um die Rahmenhandlung. Die Lehrerin Emi, gespielt von Katia Pascariu, bekommt die Härte einer digitalen Gesellschaft zu spüren. Ein mit ihrem Mann produziertes Sextape kommt in die Öffentlichkeit. „Und das in einer Gesellschaft (der postsozialistischen, aber letztlich unser aller), welche drauf und dran ist, sich im Social-Network-Diskurs aus restaurativen Saubermannattitüden, pseudopolitischer Besserwisserei, scheinheiligem Chauvinismus und grotesken Verschwörungstheorien zu verlieren. Alle haben Meinung. Die Debatte wird zum Tribunal – über konsensualen Sex, Pornografie und mehr“, so die Zusammenfassung im Berlinale-Programm.

● Heute ist ein
● wunderschöner
Tag!

Paul Thiltges, Koproduzent

Mehr rund um die Auszeichnung auf:

► <https://www.wort.lu/de/kultur>

Die Begründung der Jury im Wortlaut

Die Jury begründete ihre Entscheidung so: „Der Goldene Bär geht an einen Film, der die seltenen und grundlegenden Eigenschaften eines beständigen Kunstwerks besitzt. Es fängt auf der Leinwand den eigentlichen Gehalt, die Quintessenz, Geist und Körper, die Wertvorstellungen und das nackte

Fleisch unseres gegenwärtigen Augenblicks ein. Genau dieses Augenblicks menschlichen Daseins. Er tut das, indem er den Zeitgeist heraufbeschwört, ihn ohrfeigt, zum Duell herausfordert. Und damit hinterfragt er auch den gegenwärtigen Zeitpunkt im Kinofilm, indem er mit derselben Ka-

merabewegung unsere gesellschaftlichen und filmischen Konventionen erschüttert. Es ist ein kunstvoll gearbeiteter Film, der zugleich ausgelassen ist, intelligent und kindisch, geometrisch und lebendig, auf beste Art ungenau. Er greift die Zuschauer*innen an, ruft Widerspruch hervor, und erlaubt doch niemandem, Sicherheitsabstand zu halten.“

Quelle: Berlinale

Preisträger der Berlinale

Die Preisträger der 71. Berlinale stehen fest. Die Jury gab ihre Entscheidung am Freitag in einem Internetvideo bekannt. Verliehen werden die Auszeichnungen wegen der Pandemie erst im Juni.

Goldener Bär für den besten Film:

„Bad Luck Banging or Loony Porn“
von Radu Jude

Silberner Bär Großer Preis der Jury:

„Wheel of Fortune and Fantasy“
von Ryusuke Hamaguchi

Silberner Bär Preis der Jury:

„Herr Bachmann und seine Klasse“ von
Maria Speth

Silberner Bär für die beste Regie:

Dénes Nagy für „Natural Light“

Silberner Bär für die beste schauspielerische Leistung in einer

Hauptrolle: Maren Eggert in „Ich bin dein Mensch“ von Maria Schrader

Silberner Bär für die beste schauspielerische Leistung in einer

Nebenrolle: Lilla Kizlinger in „Forest – I See You Everywhere“ von
Bence Fliegauf

Silberner Bär für das beste Drehbuch:

Hong Sangsoo für „Introduction“

Silberner Bär für eine herausragende künstlerische Leistung:

Yibrán Asuad für die Montage von „A Cop Movie“ von Alonso Ruizpalacios. *dpa*



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

TOURISMUS UND GASTRONOMIE

Entdeckungstour per Rad

Radreisen erlebt nicht erst seit Corona einen zweiten Frühling. Die eigene oder eine andere Region entdecken, ohne dabei die Umwelt zu belasten – in ganz Europa im Trend. Auch die Luxemburger **Tourismusstrategie** setzt verstärkt auf Radtourismus.

Text: Franziska Peschel

Ich stand einmal auf einer Fähre in Lettland, umzingelt von Fahrrädern mit Radtaschen und Trinkflaschen und ihren braungebrannten Besitzern in Radlerhosen. Zwei von ihnen suchten sich gegenseitig zu beeindrucken mit den vielen Kilometern, die sie in kurzer Zeit auf dem Rad zurückgelegt hatten, mit dem Sommer, in dem sie die Tadschikistan-Tour aussetzen mussten, wegen einer Sportverletzung. Hatte ich kürz zuvor erwägt, die südliche Ostsee einmal auf dem Rad abzufahren, schreckte mich die zu erwartende Gesellschaft nun ab. Für mich war Radfahren nie mit Leistung verbunden. Das gemütliche Hollandrad mit Korb und breitem Sitz, entspannt ins Pedal treten, absteigen, wenn es sich lohnen könnte.

Wer Zug fährt, kann den Schaffner nicht bitten, eben anzuhalten, wenn er an einer schönen Kirche vorbeifährt, die er gern von innen sehen würde. Auf der Autobahn Hunderte von Kilometern nur Schallschutzwände und Böschungen. Mit dem Rad steige ich ab, lehne es an die Bank, um fünf Minuten die Aussicht zu genießen.

„Slow Tourism“ in all seinen Bedeutungen. Wer sich auf das Rad setzt, spart Abgase. Doch auch die Eindrücke, die bleiben, sind nachhaltig. Luxemburg hat eine gute Ausgangsposition für Radtourismus. Das Land ist einigermaßen eben, viel Wald ist auch da – für Tagesausflüge oder eine Tour durch ganz Luxemburg, ein paar Tage oder eine Woche. Wer viel Zeit hat, kann der Eurovelo 5 Route bis Brüssel oder Rom folgen.

Inzwischen hat auch die Regierung das Potenzial und die Nachfrage bemerkt und setzt seit einigen Jahren verstärkt auf Radtourismus. Aktivtourismus steht im Programm für diese Legislaturperiode. Doch schon 2011 hat die Regierung das Label Bed&Bike ins Leben gerufen. Damit dürfen sich Unterkünfte schmücken, die fahrradfreundlich sind. Also zum Beispiel einen abschließ-

baren Fahrradraum haben, Flickzeug zur Verfügung stellen und auch für eine Nacht buchbar sind. Zurzeit tragen 95 Campingplätze, Hotels und Hütten dieses Label.

Für einen neuen Schub in der Vermarktung vom Radwandern in Luxemburg hat das Tourismusministerium die Pandemie als Antrieb genommen. 2020 wurde das Projekt „Move, we carry“ ins Leben gerufen. Was andere europäische Tourismusregionen schon seit Jahren erfolgreich vermarkten, ist nun auch in Luxemburg angekommen, mit großem Erfolg, wie Tourismusminister Lex Delles betont. Reiseveranstalter transportieren das Gepäck von einer Unterkunft zur nächsten. So kann, wer im Voraus seine Route plant, das Gepäck schon an der eigenen Haustür abgeben und die Hügel ohne zusätzliches Gewicht meistern.

Das nationale Radwegenetz wird ständig erweitert. Waren es 2019 noch 632 Kilometer, sollen es über 1.000 werden, wann genau, weiß das Mobilitätsministerium jedoch nicht. Im Süden und Osten sind die Wege bereits gut miteinander verbunden, im Norden und Westen enden einige in Gemeinden ohne Anbindung zum Weiterradeln. Ziel von Mobilitäts- und Tourismusministeriums ist nun, die Gemeinden und Sehenswürdigkeiten mit Zuwegen an die Haupttrassen anzuschließen. Regionale und kommunale Pisten ergänzen schon jetzt das nationale Netz. Wer jedoch seine eigene Route planen will, muss verschiedene Quellen heranziehen, sich durch Internetseiten und Pdf-Streckendetails klicken. Google spuckt als erstes die Seite www.velospisten.lu aus, die recht altmodisch und unübersichtlich daherkommt und nur die nationalen Radwege anzeigt. Die Angaben auf der Seite wurden seit mindestens sechs Jahren nicht aktualisiert, wie dem Mobilitätsministerium auf unsere Anfrage hin auffällt, man werde daran arbeiten. Das nationale Geoportal zeigt eine Karte,

auf der nationale wie regionale Radwege eingezeichnet sind. Nach einer ersten Orientierung entdeckt man Höhenprofile, Unterkünfte, Restaurants und Sehenswürdigkeiten entlang und abseits der Routen – und findet schließlich heraus: Luxemburg per Rad, das geht.

Die beiden zuständigen Ministerien wollten das im vergangenen Jahr unter Beweis stellen und haben im August Straßen für den motorisierten Verkehr gesperrt und Radpisten erweitert. „Wir haben gezeigt, wie man in Luxemburg mit dem Rad reisen und dabei das eigene Land entdecken kann. Der Vëlosommer 2020 war sehr erfolgreich“, so die Bilanz von Lex Delles. Für dieses Jahr ist eine Fortsetzung geplant. „Wir sind im Gespräch mit verschiedenen Gemeinden, um die schönsten Touren auszuwählen. Sehr viele Gemeinden sind interessiert, dabei mitzumachen.“

Bisher haben vor allem Müllerthal und Molseltal ihren Reiz für Radler spielen lassen. Das Müllerthal schafft zurzeit ein Netz, um Gemeinden in der Region untereinander zu vernetzen und auch um die Anbindung an das nationale Netz auszubauen. Die Infrastruktur in den beiden stärksten Tourismusregionen des Landes ist gut für Mountainbiker wie für Radwanderer. In Zukunft soll auch der Westen stärker in den Fokus rücken. Dort tragen bisher nur zwei Betriebe das Label Bed&Bike. „In Guttland zum Beispiel könnte man das Tal der sieben Schlösser sehr gut mit dem Rad erkunden.“ Bisher schlägt der Tourismusverband Guttland auf seiner Internetseite eine 27 Kilometer lange PKW-Route vor,

„Der Vëlosommer 2020 war sehr erfolgreich.“

Lex Delles

Luxemburg per Rad, das geht.

um die Schlösser abzufahren. Auch im Norden sieht Delles Potenzial. „Sehr viele Touristen kommen über die Vennbahn nach Ulflingen. Da gilt es nun, die Anbindung ins ganze Land über sichere Fahrradnetze auszubauen.“ Von Seiten des Verkehrsministeriums geht es zurzeit aber vor allem um die Pendler. Das größte Projekt momentan ist der Radschnellweg von der Hauptstadt über die Cloche d'Or nach Esch/Alzette und Belval. Dieser soll 2022 fertiggestellt werden und darf – natürlich auch – für Freizeitradler herhalten. *



Neue Kanuregeln entlang der Sauer

Nach vielen Jahren ist es soweit: Die neue Rechtsverordnung für den Kanutourismus auf der Sauer steht. Für Freizeitsportler gibt es mehr Einstiege, ein Befahrverbot im Frühjahr und neue Regeln bei niedrigem Pegel.

VON SABINE SCHWADORF

BOLLENDORF/LUXEMBURG/KOBLENZ

Regelmäßig in heißen Sommern wird das kühle Nass der Sauer zum Streitpunkt zwischen Freizeitsportlern und Urlaubern auf der einen Seite sowie Naturschützern und Anglern auf der anderen Seite. Wie viele Kanus und Schlauchboote sind zu viel des Guten? Ab wann sind naturnahe Uferbereiche und Vogelnistplätze durch Paddler und Kanuten gefährdet?

Damit dauerhafte Schäden am Ökosystem vermieden werden, weil Urlauber und Freizeitsportler die Uferbereiche zertrampeln oder Tiere aus Sträuchern und Gewässer verjagen, hat sich die Struktur- und Genehmigungsdirektion (SGD) Nord mit dem luxemburgischen Ministerium für Umwelt, Klima und nachhaltige Entwicklung nach mehreren Jahren Vorlauf darauf verständigt, die bestehenden Befahrensregeln für die Sauer den aktuellen ökologischen Anforderungen anzupassen.

Denn in den vergangenen Jahren haben die Ausflüge mit Kanu, Kajak oder Schlauboot stetig zugenommen. Außerdem wurden gesetzliche Vorgaben des Bootsverbots regelmäßig im Sommer umschifft, weil es unterschiedliche gesetzliche Vorgaben gab und die Boote kurzerhand auf der jeweils anderen Grenzseite zu Wasser gelassen wurden.

Dass dies nicht unproblematisch ist, zeigen die Gefahren für die Fische und ihren Laich, für Wasserpflanzen sowie für Vögel und Libellen am Ufer. Bereits 2015 hatten Untersuchungen ergeben, dass es Handlungsbedarf gibt, weil sich die Situation für

die Fische gegenüber dem letzten Monitoring aus dem Jahr 2004 erheblich verschlechtert hatte. Pflanzen wie der flutende Hahnenfuß sind laut Experten mittlerweile gänzlich verschwunden.

Der im Herbst 2020 vorgestellte Entwurf der neuen Rechtsverordnung durch die SGD Nord in Koblenz ist nach der Anhörung der Öffentlichkeit inzwischen angepasst. Die alte Regelung ist mehr als ein Vierteljahrhundert alt und noch von der damaligen Bezirksregierung Trier 1994 eingeführt worden. Im Rahmen der Anhörung durch Betroffene, Anrainer und Tourismusvertreter waren bis Oktober etwa 50 Stellungnahmen eingegangen. „Diese kritisierten die Verordnung generell oder das Fahrverbot“, heißt es von Seiten der SGD Nord auf TV-Anfrage. Darüber hinaus wurden Vorschläge zur Ergänzung von Ein- und Ausstiegsstellen gemacht.

Die neuen Vorgaben sind ein Kompromiss – sowohl in Richtung Freizeittourismus als auch den Naturschützern gegenüber. „Nach Auffassung der SGD Nord und der luxemburgischen Behörde stellt die nun gefundene Lösung eine gute Abwägung zwischen der touristischen Nutzung der Sauer und dem Naturschutz dar“, erklärt denn auch Uwe Hüser, Präsident der SGD Nord.

Das Fahrverbot auf der Sauer „mit Kleinfahrzeugen aller Art ohne Maschinenantrieb“ wird künftig statt vom 15. Juli bis 1. Oktober nun in der Hauptlaichzeit der Fische und der Hauptbrutzeit vieler Vögel zwischen 29. Februar und 15. Juni gelten. So sollen die Tiere eine Schonzeit vor den Kanuten bekommen. Außerdem wird das Befahren der Sauer zwischen Wallendorf und Wasserbillig zudem bei einem Pegelstand unter 56 Zentimetern am Messpunkt Bollendorf verboten. Zunächst waren 60 Zentimeter geplant, so wie die Angler vom Anglerverein A.C. Grenzlandangler Bollendorf dies schon lange gefordert hatten, weil der Pegel am Sauerstaden mehrmals bei 55 Zentimetern gelegen hatte. Auch der

Luxemburger Sportfischerverbandes FLPS hielt diesen Pegel bislang als „absolut notwendig“.

Kritiker einer neuen Verordnung wie Hanna van de Braak, Tourismusreferentin bei der Industrie- und Handelskammer Trier, halten das Fahrverbot bei einem zu niedrigen Pegelstand für „zu restriktiv“. Ein Fahrverbot im Frühjahr, zur Laichzeit der Fische, sei vielleicht noch zu verkraften. Es gefährde jedoch generell die Existenz von Bootsverleihern, Gastronomen, Hoteliers und Einzelhändlern in der Grenzregion.

Bei Zuwiderhandlungen gegen die neue Verordnung drohen immerhin bis zu 50 000 Euro Bußgeld. Ausnahmen für ein Befahren der Sauer sind laut SGD Nord im Einzelfall und unter Auflagen jedoch möglich. So durfte ein Luxemburger Kanuverleiher, der sich 1997 eine Ausnahmegenehmigung vor dem Verwaltungsgericht Trier erstritten hatte, 200 Boote pro Tag zu Wasser lassen, solange der Wasserpegel in Bollendorf nicht unter 50 Zentimeter sinkt.

Konkret steht fest, dass drei weitere neue Ein- und Ausstiegsstellen geplant sind und damit dann sieben Stellen in Deutschland (Wallendorf, Bollendorf, Camping Altschmiede, Echternacherbrück, Wintersdorf, Metzdorf, Langsur) und acht in Luxemburg (Walldorf-Pont, Dillingen, Bollendorf-Pont, Echternach, Rosport, Born, Moersdorf, Wasserbillig) bestehen.

Im nächsten Schritt befasst sich nun der luxemburgische Regierungsrat mit der Verordnung. Sobald dieser zugestimmt hat, wird der Entwurf veröffentlicht. In Kraft treten wird die neue Rechtsordnung, nachdem diese das gesamte luxemburgische Notifizierungsverfahren durchlaufen hat. Denn für den Fluss sind Deutschland und Luxemburg gemeinsam verantwortlich. Ziel war es, die Regelung noch vor der neuen Kanusaison in diesem Frühjahr unter Dach und Fach zu bekommen, was zeitlich trotz langen Vorlaufs wohl knapp werden wird.



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

VERSCHIEDENES

Wider das Vergessen

Luxemburg erinnert sich am 25. nationalen Resistenztag an Kriegsoffer

Von Raymond Schmit

Luxemburg. „Sie sind gestorben für Freiheit und Unabhängigkeit.“ Das sagte Generalvikar Patrick Muller gestern im Rahmen der Gedenkfeier zum 25. nationalen Resistenztag. An diesem Tag wird an alle Luxemburger erinnert, die während der deutschen Besatzung zwischen 1940 und 1945 Opfer von Gewalt und Unterdrückung wurden.

Der nationale Resistenztag begann mit einer Messe, die in der Glacis-Kapelle von Generalvikar Patrick Muller gefeiert wurde. Anschließend wurden beim Hinzert-Kreuz auf dem Liebfrauenfriedhof von Parlamentspräsident Fernand Etgen, Staatsratspräsidentin Agnès Durdu, Premierminister Xavier Bettel, der Bürgermeisterin der Stadt Luxemburg, Lydie Polfer, und den Widerstandsorganisationen Blumen niedergelegt.

Im Namen der Demokratie

In den Ansprachen von Claude Wolf, Präsidentin des Comité pour la mémoire de la Deuxième Guerre mondiale, und Premierminister Xavier Bettel wurde nicht nur an die Opfer der Luxemburger erinnert, die sich während des Zweiten Weltkriegs für Freiheit und Demokratie einsetzten. Man sollte an diesem Tag nicht nur diejenigen würdigen, die zwischen 1940 und 1945 den deutschen Besatzern die Stirn boten, sondern an alle Men-

schen denken, die im Laufe der Geschichte weltweit für Demokratie, Freiheit und Menschenrechte eintraten, so Wolf.

Xavier Bettel nutzte die Gelegenheit, um in Zeiten der Corona-Pandemie an das Solidaritätsgefühl aller Luxemburger zu appellieren. Den Begriff Widerstand hätten manche noch nicht richtig verstanden, bedauerte der Premier mit Verweis aus Corona-Leugner und Verschwörungstheoretiker. Der nationale Resistenztag wurde 1997 eingeführt. Bis dahin wurde jedes Jahr die sogenannte Hinzert-Messe gefeiert. An diesem Gedenktag soll an all die Luxemburger erinnert werden, die während des Zweiten Weltkriegs von den deutschen Besatzern in Konzentrationslagern, Gefängnissen oder die Umsiedlung verschleppt wurden, in die Wehrmachtsuniform gezwungen wurden oder im Widerstand aktiv waren, um sich einem übermächtigen Feind entgegenzustellen. Dass der Tag jedes Jahr Ende Februar begangen wird, ist aber kein Produkt des Zufalls.

Gedacht wird bei dieser Gelegenheit besonders der 23 Widerstandskämpfer, die am 25. Februar 1944 in einem Wald in der Nähe des SS-Sonderlagers Hinzert im Hunsrück hingerichtet wurden. Es war nicht die erste Massenhinrichtung in dem Lager, das von 1939 bis 1945 bestand und in den Augen

der Nazis „nur ein kleines KZ“ war.

Schon zwischen dem 2. und dem 10. September 1942 waren 20 Luxemburger nach dem Generalstreik als Reaktion auf die Verkündung der allgemeinen Wehrpflicht für die jungen Männer der Jahrgänge 1920 bis 1924 auf Anordnung des Gauleiters Gustav Simon am 30. August 1942 als abschreckende Maßnahme in kleinen Gruppen in Hinzert erschossen worden.

In das SS-Sonderlager unfern von Trier wurden während des Zweiten Weltkriegs besonders viele Luxemburger verschleppt. Insgesamt 1 600 Menschen aus dem Großherzogtum erlebten dort die Hölle. Für viele war es nur eine erste Etappe auf einem langen Leidensweg, weil sie später in andere Konzentrationslager überführt wurden. Andere Quellen sprechen von 1 900 Luxemburgern.

Genaue Zahlen kennt man nicht, weil zahlreiche Dokumente von der Lagerleitung angesichts der anrückenden amerikanischen Streitkräfte Anfang März 1945 zerstört wurden. 82 Luxemburger kamen in Hinzert ums Leben. Sie wurden ermordet oder starben an den Folgen von Misshandlungen und Krankheiten.

Erinnerung an alle Kriegsoffer

Erinnert wird mit dem nationalen Gedenktag nicht nur an die Toten

von Hinzert, die stellvertretend für viele andere stehen, sondern an sämtliche Kriegsoffer in den Jahren 1940 bis 1945 in Luxemburg.

Aus politischen Gründen wurden während der Kriegsjahre aus dem damals 290 000 Einwohner zählenden Land 3 963 Menschen in Konzentrationslager wie Dachau, Buchenwald, Natzweiler-Struthof, Mauthausen, Ravensbrück oder Sachsenhausen verschleppt. 791 von ihnen überlebten die Qualen nicht. Ebenfalls aus politischen Gründen wurden 4 136 Einwohner in Lager in Schlesien, dem heutigen Polen, umgesiedelt. 154 starben während der Umsiedlung.

In die deutsche Wehrmacht wurden ab 1942 10 211 junge Luxemburger zwangsverpflichtet. 2 848 von ihnen sahen ihre Heimat nie wieder. Die meisten von ihnen starben an der Ostfront. 3 610 junge Männer tauchten unter, als sie den Stellungsbeehl erhielten, und entzogen sich somit der Zwangsverpflichtung.

Die Unterdrückung traf aber nicht nur die männliche, sondern auch die weibliche Bevölkerung. Von 3 614 Mädchen und jungen Frauen, die in den Reichsarbeitsdienst gezwungen wurden, überlebten deren 58 nicht. Besonders groß war die Opferzahl unter der jüdischen Bevölkerung. Von 1 289 Männern Frauen und Kindern jüdischen Glaubens, die zu dem Zeitpunkt in Luxemburg lebten, entkamen nur 81 dem Tod.



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

ZAHLEN UND FAKTEN

Der niedrigste Gender-Pay-Gap in Europa

STATEC Aber (völlig) gleichgestellt sind Frauen hierzulande noch nicht

Frank Goebel

Je komplexer Datensätze werden, desto mehr Raum zur Interpretation geben auch daraus abgeleitete Statistiken. Aus der neuesten Veröffentlichung der luxemburgischen Statistikbehörde Statec zu Lohnunterschieden zwischen Frauen und Männern lassen sich jedenfalls einige zunächst anscheinend widersprüchliche Eindrücke gewinnen – je nachdem, an welcher Stelle man in den Report hineinschaut, der sich auf das Jahr 2018 bezieht: Da kann man einerseits feststellen, dass Frauen nach wie vor schnell und geradezu systematisch abgehängt werden, vor allem, wenn sie gering qualifiziert sind und in Teilzeit arbeiten (was bei ihnen sehr oft vorkommt). Es gelingt ihnen aber auch immer besser, in Führungspositionen zu kommen. Und je nachdem, welchen Bildungsgrad und welches Alter man betrachtet, verdienen sie sogar teils deutlich mehr als ihre männlichen Kollegen.

Bezogen auf den Stundenlohn beträgt das Lohngefälle zwischen Frauen und Männern nur 1,6 Prozent – womit sogar der „unbereinigter“ Pay Gap der niedrigste in der ganzen Europäischen Union ist.

Im Jahr 2018 belief sich das durchschnittliche Jahresbruttovollzeitäquivalent eines Mannes auf 67.675 Euro, das einer Frau auf 62.829 Euro. Hier ist die Lücke mit 7,2 Prozent zwar schon etwa größer – aber stellt EU-weit immer noch nur das zweitkleinste Lohngefälle dar, nach Rumänien.

Das hat die Statistikbehörde Statec am Montag mitgeteilt – wobei das nur zwei von vielen Fakten sind, die sich über die Lohnungleichheit in Luxemburg feststellen lassen. Die Ungleichheit wurde aber bei Weitem nicht überall beinahe zum Verschwinden gebracht – und hat sich in einigen Bereichen sogar zuungunsten der Männer ausgebildet.

Zunächst ist aber festzustellen, dass in Luxemburg ohnehin nur relativ wenige Frauen überhaupt angestellt arbeiten: Sie stellen derzeit 38 Prozent aller Beschäftigten, während diese Quote EU-weit nahe der goldenen Mitte liegt, nämlich bei etwa 48 Prozent. Tatsächlich liegt die Quote bei den einheimischen Luxemburgerinnen auch genau da, nämlich bei 48 Prozent. Erst die ausländischen Einwohnerinnen ziehen ihn herunter (unter ihnen beträgt der Anteil nur 38 Prozent) und bei den Grenzgängern sind die Männer sogar mit 67 Prozent in der Mehrzahl.

Auch ist die Aufteilung in Berufssparten weiterhin sehr auffällig: So sind 75 Prozent der Beschäftigten im Gesundheits- und Sozialwesen Frauen, im Bildungswesen beträgt der Anteil 66 Prozent. Gering vertreten sind sie im Baugewerbe (8 Prozent), im Transportwesen (15 Prozent) und auch in der Industrie (17 Prozent).

Auch da, wo der Anteil von Frauen unterhalb von 50 Prozent liegt, ist er oft höher als im EU-Durchschnitt – etwa im Handel (42 Prozent), bei den unterstützenden Dienstleistungen (41 Prozent), aber auch im Finanzsektor (46 Prozent) und bei den spezialisierten, wissenschaftlichen und technischen Tätigkeiten (42 Prozent).

Elementare Jobs sind eher Männersache

Überdurchschnittlich hoch ist der Frauenanteil generell in den Angestelltenberufen („white collar“-Jobs), in der Mitte der Hierarchie, also etwa Verwaltungspositionen und Tätigkeiten mit direktem Kontakt zu Personen, oder in geistigen und wissenschaftlichen Berufen: In letzterem Bereich ist die Quote zum Beispiel seit 2010 von 41 auf 46 Prozent gestiegen. Erstaunlich: Unter den gelernten Arbeitern („skilled blue collars“), die etwa durch Hand-

werker vertreten werden, sind Frauen fast nicht vorhanden: Ihr Anteil beträgt hier gerade einmal 3 Prozent. Dabei sind sie bei den niedriger qualifizierten Berufen, zum Beispiel als Reinigungskräfte, wieder sehr überdurchschnittlich oft dabei: 17 Prozent aller Frauen sind in dieser Kategorie, aber nur 12 Prozent aller Männer.

Allerdings nimmt ihre Zugehörigkeit zu dieser Gruppe ab: In der Untersuchung zu 2010 wurde festgestellt, dass die „elementaren Berufe“ noch genau zur Hälfte von Frauen ausgeübt werden. Für 2018 wurde ein Wert von 46 Prozent festgestellt. Hier stellen Männer mittlerweile also die Mehrheit in dieser Gruppe – die oft nur wenige Möglichkeiten zum Aufstieg bietet und die auch finanziell eher unattraktiv ist. Bei den Frauen sind viele ausländische Einwohnerinnen hier vertreten: Ein Drittel von ihnen arbeitet in diesem Bereich, beispielsweise als Reinigungskräfte.

Auch am anderen Ende der Karriereleiter, wo noch altbekannte Verhältnisse zu herrschen scheinen, ändern sich die Dinge in Wirklichkeit aber auch – und zwar durchaus zügig: Waren 2010 unter den Direktoren und leitenden Angestellten nur 18 Prozent Frauen, so liegt ihr Anteil hier inzwischen bei 26 Prozent. Dies ist damit die Berufskategorie, in der der Frauenanteil am stärksten gestiegen ist.

Generell ist festzustellen: Frauen sind stärker in Berufen mit überwiegend intellektueller Ausrichtung konzentriert: So haben 81 Prozent von ihnen Angestelltenpositionen inne – aber nur 56 Prozent der Männer.

Es hat sich etwas getan in der Bildung

„Diese Entwicklungen sind die Folge eines tiefgreifenden Wandels im Bildungswesen“, sind die Autoren der Statec-Untersuchung überzeugt. Schließlich sei seit

etwa 15 Jahren festzustellen, dass junge Frauen das Schulsystem mit höheren Qualifikationen abschließen als Männer. Dieses Phänomen werde dann auf dem Arbeitsmarkt noch verstärkt, da die Beschäftigungsquote bei den am meisten Qualifizierten höher ist.

Jedenfalls hatten 2018 volle 44 Prozent der erwerbstätigen Frauen einen Tertiär-Abschluss, im Vergleich aber nur 35 Prozent der Männer. Damit konnten die Frauen ihren Vorsprung in diesem Bereich weiter ausbauen: 2010 hatten noch 34 Prozent der Frauen einen tertiären Abschluss und nur 28 Prozent der Männer. Aufgrund des weiter höheren Anteils der Hochschulabsolventinnen, vor allem unter den jungen Frauen, dürfte diese Entwicklung sich auch noch fortsetzen, glaubt Statec.

Damit dürfte auch das Gehalt vieler Frauen weiter ansteigen – die in manchen Bereichen die Männer sogar längst hinter sich gelassen haben: Zwar sei das Durchschnittsgehalt von Männern höher als das von Frauen – dieser Wert wird in Luxemburg aber stark verzerrt durch einen kleinen Prozentsatz extrem hoher Löhne, die dann wieder häufiger von Männern erzielt werden. Aus

diesem Grund werde allgemein der Medianwert bevorzugt, schreibt Statec – und der enthüllt dann zunächst Erstaunliches, nachdem der Medianlohn bereits 2010 höher war als der der Männer. 2018 verdienten 50 Prozent der Frauen mehr als 53.071 Euro – während 50 Prozent der Männer nur ein Gehalt von mehr als 47.937 Euro haben. Der Pay Gap beträgt also satte 10,7 Prozent – zugunsten der Frauen.

Aber auch ein gegenteiliges Ungleichgewicht liegt vor: So ist es für Frauen auch viel wahrscheinlicher sehr niedrige Gehälter von weniger als 30.000 Euro pro Jahr zu erzielen.

Frauen holen eigentlich überall auf

An den Spitzen der Hierarchien ist ebenfalls Schluss mit Ausgleich: Eine weibliche Führungskraft verdient im Durchschnitt 29 Prozent weniger als ein männlicher Manager.

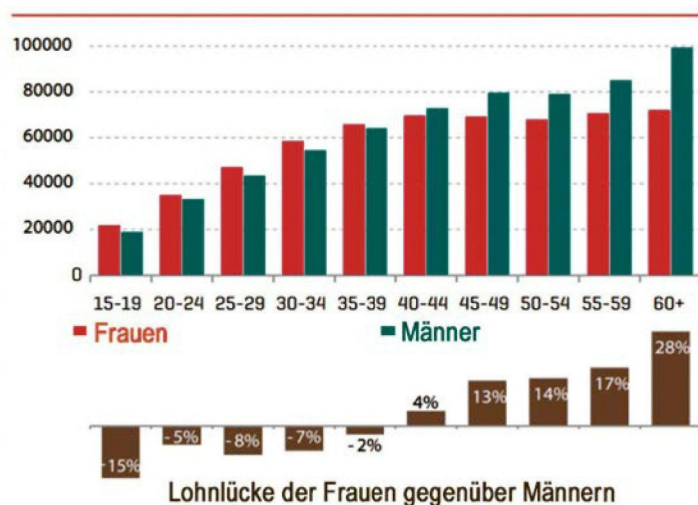
Vielleicht wird sich aber hier noch etwas tun: Jetzt schon sei festzustellen, dass unter den höher qualifizierten Personen (Master/Bac+5) Frauen in höheren Altersstufen deut-

lich weniger verdienen als jeweils die Männer –während dieser Unterschied schrumpft, je jünger die Betrachteten sind. Es wird sich in den kommenden Jahren zeigen, ob die Männer mit fortschreitender Karriere einfach generell höhere Verdienste beanspruchen können – oder ob hier andere Generationen nachkommen, die sich nicht mehr so einfach abhängen lassen.

Generell ist festzustellen: Das Schwellenalter, in dem der Durchschnittslohn von Männern den von Frauen übersteigt, verschiebt sich auf dem Zeitstrahl des Alters nach rechts. Betrug er 2010 noch 35 Jahre, so lag er 2018 bereits bei 40 Jahren. „Es ist zu erwarten, dass sich dieser Trend in den nächsten Jahren fortsetzen wird“, folgert Statec auch für diesen Bereich.

Der Pay Gap ist in Luxemburg also definitiv noch vorhanden, aber er wird kleiner – durch „den allmählichen Anstieg des durchschnittlichen Bildungsniveaus von Frauen (über das der Männer), dessen Wirkung auf dem Arbeitsmarkt dadurch verstärkt wird, dass Frauen mit höherer Qualifikation tendenziell aktiver bleiben“ – und weil in den „elementarsten“ Berufen der Anteil der Frauen weiter zurückgeht.

Jahresgehälter in Vollzeitäquivalenten (in Euro)



Grafik: Statec/Editpress (Übersetzung)

Jüngere Frauen verdienen in Luxemburg mehr als ihre männlichen Kollegen

Tabelle

Gender Pay Gap, Frauenerwerbsquote und Vorstellungen über Geschlechterrollen

Rang (sortiert nach Gender Pay Gap)	Land	Gender Pay Gap (In Prozent)	Frauenerwerbs- quote (In Prozent)	Zustimmung zur Aussage „Es ist die Aufgabe des Mannes, Geld zu verdienen, die Frau ist für Haushalt und Familie zuständig“ (In Prozent)
1	Luxemburg (LU)	1,4	67,4	
2	Rumänien (RO)	2,2	58,3	47,8
3	Italien (IT)	5,5	56,2	34,0
4	Belgien (BE)	5,8	64,3	
5	Montenegro (ME)	7,7	57,2	37,5
6	Polen (PL)	8,5	63,3	38,9
7	Portugal (PT)	8,9	72,4	27,3
8	Nordmazedonien (MK)	9,1	52,2	37,9
9	Slowenien (SI)	9,3	71,7	19,9
10	Serbien (RS)	9,6	60,6	35,1
11	Zypern (CY)	10,4	70,4	
12	Griechenland (GR)	10,4	59,9	
13	Irland (IE)	11,3	67,1	
14	Kroatien (HR)	11,4	61,7	25,7
15	Spanien (ES)	11,9	68,6	12,8
16	Schweden (SE)	12,1	81,0	5,1
17	Malta (MT)	13,0	63,8	
18	Norwegen (NO)	13,2	75,4	9,2
19	Island (IS)	13,8	84,6	7,1
20	Bulgarien (BG)	13,9	67,0	53,4
21	Litauen (LT)	14,0	75,8	46,0
22	Ungarn (HU)	14,2	64,9	44,4
23	Dänemark (DK)	14,6	75,3	5,7
24	Niederlande (NL)	14,7	75,8	7,2
25	Frankreich (FR)	16,7	68,1	16,4
26	Finnland (FI)	16,9	76,3	11,9
27	Schweiz (CH)	18,3	79,9	18,3
28	Lettland (LV)	19,6	75,1	
29	Vereinigtes Königreich (UK)	19,8	73,2	17,0
30	Slowakei (SK)	19,8	65,9	51,4
31	Deutschland (DE)	20,1	74,3	13,5
32	Tschechien (CZ)	20,1	69,6	47,2
33	Österreich (AT)	20,4	72,0	29,6
34	Estland (EE)	21,8	75,6	37,3

Anmerkungen: Für einige Länder liegen keine Daten aus dem European Value Survey 2017 vor.

Quellen: Eurostat (Frauenerwerbsquoten und Gender Pay Gaps aus dem Jahr 2018), European Value Survey 2017 (Rollenvorstellungen), eigene Darstellung.